

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Black America

Colson Whitehead
„WAS WÄRE, WENN ...?“
EIN GESPRÄCH

Ibram X. Kendi
ILLUSION EINER
POSTETHNISCHEN
GESELLSCHAFT

Michael Hochgeschwender
ZUR GESCHICHTE
VON BLACK AMERICA

Britta Waldschmidt-Nelson
TRAUM ODER ALBTRAUM?
DAS ERBE VON
MARTIN LUTHER KING JR.

Jens Kastner
VON BLACK POWER
BIS TA-NEHISI COATES.
SCHWARZE IDENTITÄTSPOLITIK
IN DEN USA

Ousmane Power-Greene
DER GEIST VON KING COTTON.
AFROAMERIKANER UND DAS
VERMÄCHTNIS DER SKLAVEREI
IM REICH DER BAUMWOLLE

Christopher Vials
WHITE SUPREMACY.
GESCHICHTE UND POLITIK
DES WEIßSEINS IN DEN USA

Christian Werthschulte
SPACE IS THE PLACE.
KURSORISCHER TRIP DURCH
DEN AFROFUTURISMUS

Astrid Franke
RASSENORDNUNG
ALS MACHTORDNUNG.
DISKRIMINIERUNG
IM BILDUNGS- UND
RECHTSSYSTEM DER USA

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Black America

APuZ 12/2018

COLSON WHITEHEAD

„WAS WÄRE, WENN ...?“ EIN GESPRÄCH

Für seinen Roman „Underground Railroad“ wurde er 2017 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet: Colson Whitehead im Interview über Sklaverei und alltäglichen Rassismus.

Seite 04–06

IBRAM X. KENDI

ILLUSION EINER POSTETHNISCHEN GESELLSCHAFT

Die Vorstellung von einer postethnischen Gesellschaft wurde schnell zur neuen Trennlinie zwischen Rassisten und Antirassisten, als Barack Obama im Januar 2009 sein Amt antrat.

Seite 07–14

MICHAEL HOCHGESCHWENDER

ZUR GESCHICHTE VON BLACK AMERICA

Trotz der Erfolge der Bürgerrechtsbewegung ab den 1930er Jahren blieb die *color line* für die amerikanische Gesellschaft bis heute konstitutiv. Was sind die historischen Wurzeln dieser Spaltung?

Seite 15–22

BRITTA WALDSCHMIDT-NELSON

TRAUM ODER ALBTRAUM?

DAS ERBE VON MARTIN LUTHER KING JR.

Am 4. April 1968 wurde Martin Luther King Jr. erschossen. Sein Traum von Gleichberechtigung lebte jedoch weiter. Hat sich 50 Jahre nach dem Attentat die Hoffnung bewahrheitet?

Seite 23–30

JENS KASTNER

VON BLACK POWER BIS TA-NEHISI COATES. SCHWARZE IDENTITÄTSPOLITIK IN DEN USA

Bei Identitätspolitik geht es um die Betonung partikularer Identität und den Anspruch auf gesellschaftliche Umgestaltung. Diese Doppelforderung sieht sich seit jeher Kritik ausgesetzt.

Seite 31–36

OUSMANE POWER-GREENE

DER GEIST VON KING COTTON.

AFROAMERIKANER UND DAS VERMÄCHTNIS DER SKLAVEREI IM REICH DER BAUMWOLLE

Bei vielen US-Amerikanern ist beim Begriff „King Cotton“ nur der romantische Mythos von magnolienumrankten Herrenhäusern geblieben. Die Sklaverei bleibt außen vor.

Seite 37–42

CHRISTOPHER VIALS

WHITE SUPREMACY. GESCHICHTE UND POLITIK DES WEIßSEINS IN DEN USA

Man kann den Begriff „Rasse“ in den USA nicht verstehen, wenn man sich dabei einzig auf Schwarzsein fokussiert und die Kategorisierung „weiß“ ausblendet.

Seite 43–49

CHRISTIAN WERTHSCHULTE

SPACE IS THE PLACE. KURSORSCHER TRIP DURCH DEN AFROFUTURISMUS

Afrofuturismus imaginiert eine Zukunft, in der Afroamerikaner sich frei entfalten können. Spätestens mit dem Film „Black Panther“ ist er im Zentrum der Popkultur angekommen.

Seite 50–54

ASTRID FRANKE

RASSENORDNUNG ALS MACHTORDNUNG. DISKRIMINIERUNG IM BILDUNGS- UND RECHTSSYSTEM DER USA

Warum ist das Verhältnis von weißen und schwarzen Amerikanern seit Jahrhunderten stabil? Die Kontinuität der Ordnung wird in den Bereichen Bildung und Justiz deutlich.

Seite 55–61

EDITORIAL

Vor 50 Jahren, am 4. April 1968, wurde der Baptistenpastor und Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. in Memphis erschossen. King war die Galionsfigur des gewaltfreien zivilen Widerstands der 1950er und 1960er Jahre und Kämpfer gegen die Rassenungleichheit in den USA. Heute wird er dafür weltweit verehrt. Zu seinen Lebzeiten war das anders, zumindest in seiner Heimat: Laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Gallup-Instituts von 1966 hatten 63 Prozent der US-Amerikaner eine negative Meinung vom Pastor aus Atlanta. Auch gewalttätige Reaktionen gegen die Bürgerrechtsbewegung, die schließlich die rechtliche Gleichstellung von Schwarzen erkämpfte, blieben nicht aus. Sie gipfelten in der Ermordung Kings.

Noch vor dem Attentat resümierte der Schriftsteller James Baldwin: „Die Geschichte der Schwarzen in Amerika ist die Geschichte von Amerika. (...) Es ist keine schöne Geschichte.“ Für einige schien sie fast 150 Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei mit dem Wahlsieg Barack Obamas 2008 ein glückliches Ende gefunden zu haben. Sie sprachen vom Anbrechen der Ära eines „postethnischen Amerikas“, in dem Hautfarben keine Rolle mehr spielen würden. Andere lehnten diese Vorstellung entschieden ab und verwiesen auf Polizeibrutalität gegen Schwarze und die große ökonomische Kluft zwischen Weißen und *people of color*. Nicht zuletzt die Gründung der Bewegung Black Lives Matter im Juli 2013 sowie die rassistischen Ausschreitungen in Charlottesville im August 2017 sind Ausdruck davon, wie angespannt die Rassenbeziehungen in den USA nach wie vor sind.

Um die Geschichte von Schwarzen in den Vereinigten Staaten zu beleuchten, wird in dieser Ausgabe in einigen Beiträgen das Wort „Rasse“ verwendet – stellenweise auch ohne Anführungszeichen. Es handelt sich dabei um eine direkte Übersetzung des englischen *race*, das eine andere Konnotation hat als der historisch extrem belastete deutsche Rassenbegriff. Auch wenn die Einteilung von Menschen in verschiedene „Rassen“ keine wissenschaftliche Grundlage hat, ist der Begriff im aktuellen Diskurs in den USA zu präsent, um ohne ihn auszukommen.

Lorenz Abu Ayyash

INTERVIEW

„WAS WÄRE, WENN ...?“

Ein Gespräch mit Colson Whitehead über Sklaverei, Alltagsrassismus und Literatur

Für den Roman „Underground Railroad“ wurde Colson Whitehead 2017 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet. Die Romanhandlung spielt in den USA des 19. Jahrhunderts. Erzählt wird von der Flucht einer Sklavin von einer Baumwollplantage und dem Helfer-Netzwerk der Underground Railroad, das im Roman zu einer tatsächlichen Eisenbahn wird.

Mr Whitehead, die Idee für das Buch „Underground Railroad“ hatten Sie bereits im Jahr 2000. Was hat Sie 15 Jahre später dazu bewogen, die Geschichte der Sklavin Cora zu erzählen? – Ich hatte die Idee, aus der realen Underground Railroad eine literarische Railroad zu machen – eine Art Reise. Auf ihrer Reise erlebt die Heldin Cora verschiedene Varianten der USA. Mich reizte diese Idee schon lange, aber mit 30 Jahren war ich nicht gut genug, um so etwas zu schreiben. Ich dachte, wenn ich mehr Bücher schreibe, würde ich vielleicht ein besserer Autor und könnte strukturierter vorgehen. Wenn ich ein bisschen älter und reifer wäre, könnte ich die Weisheit meiner Jahre in das Buch einfließen lassen und das Thema so behandeln, wie es das verdient. Wenn ich eine Idee für ein Buch habe, basiert sie auf der Frage „Was wäre, wenn?“ –

erstmal nur als verrückte Idee. Mein erstes Buch drehte sich um die Frage, was wäre, wenn eine Fahrstuhlinspektorin einen Kriminalfall lösen müsste? Im Fall von „Underground Railroad“ überlegte ich, was wohl passiert, wenn ein Kind zum ersten Mal von der Underground Railroad erfährt. Und dabei stellte ich mir eine richtige Eisenbahn im Untergrund vor, was natürlich sehr unpraktisch wäre. Also bevor die Idee da war, über Sklaverei zu schreiben, war es einfach die Frage, was wäre, wenn es einen richtigen Zug anstelle der bloßen Metapher gegeben hätte.

Also war es keine persönliche Angelegenheit, zum Beispiel weil Sklaverei in Ihrer Familie ein bestimmendes Thema war?

– Ich glaube, in den meisten schwarzen Familien heißt es nicht dauernd „Sklaverei, Sklaverei, Sklaverei“. Wir reden mehr über Rassismus und Diskriminierung in unserem heutigen Leben. Die Sklaverei liegt 150 Jahre zurück – wir haben immer noch mit den Auswirkungen der Sklaverei zu tun, aber es ist nicht so, dass wir beim Frühstück sagen: „Gib mir mal den Zucker ... und was die Sklaverei betrifft, wo waren wir bei unserer Diskussion gestern stehen geblieben?“ (*lacht*) Ich glaube, dass der Zweite

Weltkrieg für Europäer deutlich präsenter ist als die Sklaverei für US-Amerikaner. Wenn man in einem rassistischen Land lebt, ist der Kampf um die Bürgerrechte die eine Seite. Die andere Seite ist beispielsweise die Frage, wie verhält man sich, wenn man von einem Polizisten auf der Straße angehalten wird? Es geht also mehr um die Realität des alltäglichen Rassismus und die Diskriminierung als um historische Ereignisse wie: „1626 wurde der erste Sklave von Afrika in die Kolonie New York verschleppt.“

Gab es auch politische Gründe?

Etwa ein Vorfall, der Ihnen sagte:

„Jetzt ist der richtige Zeitpunkt“?

– Nein, aufgrund der Entwicklung in den USA mit Donald Trump werde ich immer wieder gefragt, ob meine Entscheidung für das Thema etwas damit zu tun hatte, aber eigentlich war das nicht der Fall. Ich fühlte mich einfach irgendwann bereit, das Buch zu schreiben. Ich hatte es so lange vor mir hergeschoben, dass ich das Gefühl hatte, jetzt muss ich endlich dieses Ding angehen, vor dem ich Angst habe, von dem ich nicht weiß, ob ich es schreiben kann.

Das Buch ist in vielen Ländern ein Bestseller. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?

– Das kann ich nicht. Das Buch ist einfach gut (*lacht*). Als ich das Buch geschrieben habe, dachte ich, ich würde mein übliches Ding machen. Ich versuchte, mein Bestes zu geben und es nicht zu vermässeln. Ich habe vor langer Zeit aufgehört mich zu fragen, warum die Leute eine Verbindung zu einem Buch haben oder nicht. Manchmal springen die Leute

darauf an und manchmal nicht. In diesem Fall waren es eben ziemlich viele. Es ist toll, dass die Leute verstanden haben, was ich versucht habe, und sich darauf einlassen.

Hat Sie der Erfolg überrascht?

– Oh ja, sehr sogar. Das ist mein achttes Buch, und ich war an ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit gewöhnt. Aber so etwas kann man nie erwarten. Ich denke, so ein Buch schreibt man nur einmal im Leben. Obwohl ich zur Melancholie neige und gerne leide, genieße ich den Erfolg, so sehr ich kann.

Wie viel Gegenwart oder genauer gesagt, wie viel von der heutigen Gesellschaft in den USA steckt in Ihrem Buch?

– Ich glaube nicht, dass ich an die gegenwärtige amerikanische Gesellschaft dachte, als ich mein Buch schrieb. Während der Recherche las ich von Sklavenpatrouillen, die jeden Schwarzen anhalten konnten, den sie sahen, um seine Papiere zu überprüfen – ob frei oder Sklave. Da liegt natürlich der Vergleich zum „Stop and frisk“-Verfahren [„anhalten und durchsuchen“] nahe, vor allem in Hinblick auf junge Schwarze. Aber derartige Vergleiche muss man dem Leser nicht aufzwingen, wenn man über Rassismus im Jahr 1850 schreibt. Unser Land ist immer noch rassistisch. Und dadurch spricht man am Ende auch über das, was heute passiert.

Sie haben das Buch 2015 geschrieben. Hätten Sie Ihr Buch genauso geschrieben, wenn Sie gewusst hätten, dass Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten wird?

– Tja, das kann ich nicht sagen. Als ich am Buch arbeitete, war er bereits bei den Vorwahlen angetreten, aber er war einer von sieben oder acht republikanischen Kandidaten. Ich wuchs in New York auf, da ist er seit 30 Jahren eine Größe im Immobiliengeschäft, aber auch eine Art Lachnummer und Witzfigur. Während des Schreibens hatte ich daher keine Ahnung, dass er so weit kommen würde – und vor allem nicht, dass er so schnell so großen Schaden anrichten würde, kaum dass er gewählt worden war.

Hatten Sie während der Präsidentschaft Barack Obamas je den Gedanken, dass seine Wahl den Übergang der USA in ein postethnisches Zeitalter markieren könnte?

– Nein, natürlich war der Wahlsieg Obamas ein Meilenstein und ein Symbol des Fortschritts, aber kein Schwarzer würde ernsthaft den Begriff „postethnisch“ verwenden. Es ist ja nicht so, dass Obama gewählt wurde und plötzlich niemand mehr rassistisch war. Offensichtlich haben wir Millionen und Abermillionen, die sich vom Vorankommen der *people of color* und Frauen bedroht fühlen und wieder zurück in die 1950er Jahre wollen. Ich denke daher, dass wir, wie viele andere Länder auch, kleine Fortschritte machen, aber dann immer wieder ein bisschen zurückfallen. In den USA gibt es einen Krieg zwischen der politischen Rechten und der Linken um die Seele dieses Landes. Und es gibt immer dieses Tauziehen um Ideale. Obamas Wahlsieg war also ein großer Schritt nach vorne, aber da ist ganz offensichtlich immer noch sehr viel zu tun.

Ist Trump eine Art Gegenreaktion?

– Oh ja, das ist er. Aber zu dieser Wahl hat vieles beigetragen. Und ein Faktor war die Gegenreaktion auf die Fortschritte von *people of color* und Frauen.

Werden Sie häufig aufgefordert, stellvertretend für die schwarze Community zu sprechen? Passiert Ihnen das nur in Europa oder kommt das auch in den USA vor?

– Nein, dies wird auch oft in den USA von mir erwartet. Wenn man irgendwie in der Öffentlichkeit steht oder bekannt ist, gilt man plötzlich als Experte und soll sich zu allem äußern, was jemand anderes für wichtig hält. Ich will aber nicht in irgendeiner stupiden Talkshow auftreten. Ich rede natürlich gern über meine Bücher und freue mich, wenn man mir die Möglichkeit bietet, für sie zu werben. Aber wenn jemand wissen will, wie es mit Black Lives Matter weitergeht, dann sollte er lieber bei Black Lives Matter nachfragen. Wenn Sie mich zum Thema kulturelle Aneignung befragen wollen, nach dem Motto „Darf man das?“, sollten Sie lieber jemanden fragen, der sich wirklich mit der Diskussion beschäftigt – und nicht mich.

In Ihrem Buch machen Sie deutlich, dass Sklaverei eng mit dem Kapitalismus zusammenhängt. Können Sie diesen Gedanken ausführen?

– Ein Sklave ist eine Ware. Er hat einen Preis, der je nach Marktlage schwankt. Somit wird Mensch zum Objekt. Und wenn man die Geschichte der USA betrachtet, die auf Sklaverei aufbaut, dann sind die USA durch die Sklaverei

zur Wirtschaftsmacht aufgestiegen – durch unsere Exporte, unsere Baumwolle oder unseren Zucker. Man kann die Sklaverei nicht ausklammern, sie ist Teil der kapitalistischen Prägung Amerikas. Neben dem Rassismus war einer der Gründe, warum die Südstaaten die Sklaverei nicht abschaffen wollten, die Vorstellung, dass man die Leute bezahlen sollte, die man Hunderte Jahre lang einfach so ausgebeutet hatte. Amerika gründet auf der Enteignung der Ureinwohner, auf dem Völkermord an den Ureinwohnern und darauf, dass Afrikaner gefangen, verschleppt und zur Ware gemacht wurden. All das und ein paar andere Faktoren machten die USA, dieses noch junge Land, im 19. Jahrhundert zu einem mächtigen Staat.

Denken Sie, dass „Underground Railroad“ in Deutschland auf irgendeine besondere Art aufgenommen wird? Unterscheiden sich die Reaktionen auf das Buch beispielsweise davon, wie Franzosen oder US-Amerikaner es lesen?

– Ich denke, dass jedes Land bei der Interpretation eines Buches auf seine eigene Geschichte zurückgreift. Ob ein Land Kolonien hatte oder keine, welches Verhältnis man zur eigenen kolonialen Vergangenheit hat, ob ein Land Teil des Sklavenhandels war – das alles kann sich auf die Lektüre auswirken. Die Lesart in Frankreich etwa ist definitiv bemerkenswert. Ich weiß, dass viele Franzosen die reale Underground Railroad mit der Résistance im Zweiten Weltkrieg in Verbindung bringen: mit den Schaffnern, die anderen zur Flucht

verhelfen, dem hohen persönlichen Risiko, dem Versuch, ein furchtbares Regime zu stürzen, das Menschen vernichtet. Ich denke daher, dass Cora ein sehr starker, greifbarer Charakter ist, zu dem die Leser eine Beziehung eingehen oder den sie zumindest bewundern und dem sie folgen wollen. Es gibt Dinge, die von Land zu Land variieren. Die speziell deutsche Sicht auf das Buch kenne ich noch nicht. Ich habe überwiegend mit Kritikern gesprochen und weiß nicht genau, wie die Leser darauf reagieren. Ich freue mich, dass es hier gut aufgenommen wurde, aber vieles ist am Ende nicht ganz nachvollziehbar. Warum zum Beispiel Chinesen auf das Buch anspringen, weiß ich auch nicht genau. Ich war in China, aber ich kann immer noch nicht sagen, wie sie das mit der chinesischen Geschichte verknüpfen. Es geht wohl einfach immer um das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten, Starken und Schwachen. Dieses Verhältnis zieht sich natürlich durch die gesamte Menschheitsgeschichte – egal, ob man das nun mit Königen und Untertanen oder Sklavenhaltern und Sklaven in Verbindung bringt. Die Dynamik der Macht als zentrales Thema spricht die Menschen in ganz unterschiedlichen Ländern an.

Wie ist Ihre persönliche Meinung zur Frage, welche Rolle Literatur im Kampf gegen den Rassismus spielen kann?

– Ich bin mir nicht sicher, welche Rolle sie spielen kann oder spielt. Ich bin mir auch nicht sicher, ob der Literatur überhaupt noch eine so zentrale Rolle in der Kultur zukommt.

Was mein Buch betrifft, weiß ich, dass es viele Menschen sehr bewegt hat. Junge Schwarze begannen ebenso wie ältere Weiße in den Südstaaten, sich mit der Geschichte ihrer Region auseinanderzusetzen. Das kann schwer sein. Vielleicht heißt das, sich damit auseinanderzusetzen, dass der Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Großvater Menschen für Geld vergewaltigt und gefoltert hat. Vielleicht ist man in einem Haus aufgewachsen, auf einem Stück Land, das durch Sklavenarbeit finanziert wurde. Ich bin daher in gewisser Weise auch überrascht, wie offen manche Menschen in den Südstaaten für das Buch sind. Ich war im vergangenen Jahr fünf Mal in South Carolina, davor war ich während meiner gesamten Schriftstellerkarriere drei Mal dort. Die Leute setzen sich also mit ihrer Geschichte auseinander. Nach Alabama und Mississippi wurde ich noch nicht eingeladen, aber manche Menschen sind eben ein bisschen langsamer als andere (*lacht*).

Zumindest gibt es Zeichen der Hoffnung.

– Oh ja, definitiv!

Das Interview führten Lorenz Abu Ayyash und Anne-Sophie Friedel am 29. November 2017 in Köln.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

COLSON WHITEHEAD ist US-amerikanischer Schriftsteller und wohnt in New York. Zuletzt erschien von ihm der Roman „Underground Railroad“ (2017).

ESSAY

ILLUSION EINER POSTETHNISCHEN GESELLSCHAFT

Ibram X. Kendi

Einige weiße Amerikaner, die 2008 Barack Obama wählten, vertraten eine postethnische oder antirassistische Haltung. Andere schoben ihren Rassismus beiseite. Wenn antirassistische Schwarze in den vergangenen Jahrzehnten rassistische Demokraten als „das geringere Übel“ wählen konnten, dann konnten auch rassistische Weiße sich für Obama als „das geringere Übel“ entscheiden. Zu behaupten, ein weißer Obama-Wähler könne kein Rassist sein, wäre so naiv wie die Annahme, dass ein Weißer mit schwarzen Freunden nicht rassistisch sein könnte oder dass jemand mit dunklem Teint sich nicht irgendwie minderwertig fühlen könnte. Allerdings waren es nicht die weißen Wähler, die die Wahl für Obama entschieden, auch wenn manche Schlagzeilen das andeuteten oder verkündeten. Die weißen Wähler wählten Obama mit einem ähnlichen Stimmenanteil (43 Prozent), wie sie seine demokratischen Vorgänger seit Lyndon B. Johnson gewählt hatten. Die gestiegene Wahlbeteiligung bei den nichtweißen Wählern im Vergleich zu John Kerry 2004 und die Rekordwahlbeteiligung junger Wähler verhalfen Obama zum Sieg.

Doch er hätte die Wahl auch leicht aufgrund rassistischer Ideen verlieren können. Was wäre gewesen, wenn Obama von amerikanischen Sklaven abstammen würde? Was, wenn er keine weißen Vorfahren hätte? Was, wenn er nicht angefangen hätte, in seinen Reden über die persönliche Verantwortung der Schwarzen zu sprechen? Was, wenn die Republikaner unter George W. Bush nicht mit die schlechtesten Umfragewerte gehabt hätten, die sie je hatten? Was, wenn Obama nicht den, wie es heißt, besten Wahlkampf in der Geschichte der USA geführt hätte? Was, wenn die Wirtschaftskrise die Wähler nicht wenige Wochen vor der Wahl in Panik versetzt hätte? Die Anhänger der Theorie, dass sich die USA in einem postethnischen Zeitalter befinden würden, kümmerten sich wenig um all die anderen Faktoren, die

zusammenkamen, damit der erste schwarze Präsident der USA gewählt wurde. Aber wann hatten sich die Schöpfer rassistischer Vorstellungen je um die Realität gekümmert?

SEGREGATIONISTEN, ANTIRASSISTEN UND ASSIMILATIONISTEN

Historisch hat es in der Debatte um ethnische Ungleichheit drei Seiten gegeben: Die Segregationisten haben die Schwarzen selbst für die ethnische Ungleichheit verantwortlich gemacht. Die Antirassisten verwiesen auf ethnische Diskriminierung und die Assimilationisten haben versucht, Argumente für beide Seiten zu finden. Die Vorstellung von einer postethnischen Gesellschaft in den USA wurde schnell zur neuen Trennlinie zwischen Rassisten und Antirassisten, als Obama im Januar 2009 sein Amt antrat. Der Politikwissenschaftler Michael Dawson, der für die Antirassisten sprach, erklärte, das Land sei bei der Überwindung der Rassenschranken noch nicht so weit, um sich auch nur annähernd als „postethnisch“ zu bezeichnen.⁰¹ Die Belege dafür waren überall: Die Wirtschaftskrise reduzierte das durchschnittliche Einkommen eines schwarzen Haushalts um elf Prozent, verglichen mit fünf Prozent bei den Weißen. Am 1. Januar 2009 tötete ein Bahnpolizist in Oakland den 22 Jahre alten Oscar Grant, während er mit dem Gesicht nach unten und mit auf dem Rücken gefesselten Händen auf dem Boden lag. All die Genetiker, Ku-Klux-Klan-Mitglieder, anonymen Internet-Rassisten und natürlich die Mitglieder der Tea Party – die am 19. Februar 2009 gegründet wurde – sowie andere Segregationisten organisierten sich nach der Wahl Obamas, als ob es kein Morgen gäbe. Zwischen dem 11. September 2001 und jenem schicksalhaften Junitag 2015, an dem Dylann Roof neun Schwarze während einer Bibelstunde in Charles-

ton in der ältesten Kirche der African Methodist Episcopal Church im Süden erschoss, hatten weiße amerikanische Terroristen 48 Amerikaner ermordet – fast doppelt so viele, wie von anti-amerikanischen islamistischen Terroristen getötet worden waren. Die Strafverfolgungsbehörden stuften diese weißen amerikanischen Terroristen als gefährlicher für das Leben der Amerikaner ein als anti-amerikanische islamistische Terroristen. Doch diese weißen Terroristen sind nicht auf dem Radar der „Falken“, die sich nur auf den Krieg gegen den Terror konzentrieren.

Barack Obama muss dieser Anstieg des Segregationismus während seiner Präsidentschaft schon früh aufgefallen sein, Jahre bevor er den Namen Dylann Roof hörte. Oder vielleicht auch nicht. Oder vielleicht doch, aber womöglich dachte er, wenn er darauf hinweisen würde, könnte er das Land spalten. „Wahrscheinlich hat es in den USA noch nie weniger Diskriminierung gegeben als heute“, sagte Obama am 16. Juli 2009 vor der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP). „Aber das darf uns nicht täuschen: Die Diskriminierung in Amerika ist immer noch schmerzlich zu spüren.“⁰² Am selben Tag rief ein Anwohner in Cambridge, Massachusetts, die Polizei, weil er gesehen hatte, wie der Harvard-Professor Henry Louis Gates Jr. versuchte, die klemmende Tür an seinem Haus zu öffnen. Als Obama erklärte, der herbeigerufene weiße Polizist habe dumm gehandelt, „als er jemanden verhaftete, obwohl es Belege dafür gab, dass er sich in seinem eigenen Haus befand“, als er einräumte, dass das *racial profiling* eine „lange Geschichte“ habe, griffen die Anhänger der Theorie einer postethnischen Gesellschaft ein, um Obamas Antirassismus zu stoppen, bevor er außer Kontrolle geriet.⁰³ Obamas Äußerung zu Jeremiah Wright und dessen „Zorn“ fiel nun auf ihn zurück, so wie ähnliche Äußerungen auf Martin Luther King Jr. und W.E.B. Du Bois zurückgefallen waren.⁰⁴ Obama habe sich „wie-

der und wieder“ als Typ erwiesen, „der tief sitzenden Hass gegen Weiße oder die weiße Kultur empfindet“, sagte Glenn Beck, Liebling der Tea Party, seinem aufmerksamen Publikum von Fox News. „Ich sage nicht, dass er keine Weißen mag. Ich sage nur, dass er ein Problem hat. Dieser Typ ist meiner Meinung nach ein Rassist.“⁰⁵ Eine bemerkenswerte Interpretation.

EFFEKTIVE POSTETHNISCHE TAKTIK

Einige Monate nach Obamas Amtsantritt legten die Anhänger der postethnischen Theorie ihre neuen Grundregeln für das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen fest: Kritik an Millionen Schwarzen ist stets möglich, so oft man will. Das ist kein Rassendenken oder Rassismus oder Hass. Man redet nicht einmal von Rasse. Aber sobald man einen einzelnen Weißen als diskriminierend bezeichnet und kritisiert, verfällt man in rassistische Kategorien, verbreitet Hassreden, ist ein Rassist. Wenn rassistische Vorstellungen schon immer den Zweck gehabt hätten, antirassistische Widerständler zum Schweigen zu bringen, damit sie nicht länger auf Rassendiskriminierung hinweisen, dann ist die postethnische Taktik vermutlich die bislang raffinierteste und effektivste.

Die Anhänger der Theorie der postethnischen Gesellschaft hatten kein Problem, die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zu erklären oder die anhaltende sozioökonomische Misere der Schwarzen, man gab ihnen einfach wieder einmal selbst die Schuld – bei Fox News, im „Wall Street Journal“, am Obersten Gerichtshof und in den Reihen der republikanischen Abgeordneten. Rassistische Politik verteidigen, indem man Schwarze herabsetzt: Das war seit fast sechs Jahrhunderten die Aufgabe derjenigen, die rassistische Ideen in die Welt setzten, angefangen mit Gomes Eanes de Azurara, der den Handel mit afrikanischen Sklaven von Heinrich dem Seefahrer rechtfertigte. Die postethnischen Attacken lösten Gegenangriffe der Antirassisten aus, die auf Rassendiskriminierung hinwiesen, von Twitter bis Facebook, vom Hip-Hop bis zu Stipendien im Fach Black Studies, von Sendungen des Nachrichtensenders MSNBC bis zum Satellitenradio SiriusXM Pro-

01 Michael C. Dawson, *Not in Our Lifetimes: The Future of Black Politics*, Chicago 2011.

02 Barack Obama, *Remarks by the President at the NAACP Conference*, 14.7.2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/07/14/remarks-president-naacp-conference>.

03 Zit. nach Obama: *Police Who Arrested Professor „Acted Stupidly“*, 23.7.2009, <http://edition.cnn.com/2009/US/07/22/harvard.gates.interview>.

04 Siehe Ibram X. Kendi, *Gebrandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika*, München 2017, S. 526 f.

05 Zit. nach Fox Host Glenn Beck: *Obama Is A „Racist“*, 28.8.2009, www.huffingtonpost.com/2009/07/28/fox-host-glenn-beck-obama_n_246310.html.

gress, was dann wieder zu Gegenattacken der postethnischen Vertreter führte, die die Antirassisten als spalterisch und rassistisch bezeichneten. Die Assimilationisten standen dazwischen und betrachteten sich als die gemäßigten Stimmen der Vernunft. Sie trommelten weiter für die falsch verstandene Vorstellung, wie weit die Nation doch schon gekommen sei und wie weit sie es noch bringen werde. Die tatsächliche aktuelle Entwicklung der Fortschritte beim Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen, aber auch der Fortschritte beim Rassismus passte immer noch nicht zu ihrer Ideologie.

Unterdessen schafften es weder die Anhänger des Postethnizismus noch des Assimilationismus, all die Antirassisten zum Schweigen zu bringen, die lautstark auf Rassendiskriminierung hinwiesen. Sie schienen überall zu demonstrieren, vor allem vor Gefängnissen, wo sie gegen das kämpften, wogegen Angela Davis vier Jahrzehnte lang gekämpft hatte: gegen das rassistische Justizsystem (und den industriellen Gefängniskomplex). 2010 brachte Michelle Alexander, Juraprofessorin an der Ohio State University, ihr Buch „The New Jim Crow. Masseninhaftierung und Rassismus in den USA“ heraus, das sofort ein Erfolg wurde. Darin legte sie die Rassendiskriminierung offen, die überall im amerikanischen Justizsystem zu finden war, von der Gesetzgebung bis zur Arbeit der Polizei, von den Fragen, wer verdächtigt wird, wer verhaftet, angeklagt und verurteilt wird, bis zur Frage, wer ins Gefängnis kommt. Und wenn die Schwarzen wieder aus den Gefängnissen entlassen werden, die überfüllt sind mit Schwarzen und *people of color*, endet diese Form der Sklaverei nur, um neuen Formen legaler Diskriminierung Platz zu machen. „Ein Vorstrafenregister erlaubt heute genau die Formen der Diskriminierung, die wir angeblich hinter uns gelassen haben – Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, in der Bildung, bei staatlichen Leistungen und bei der Arbeit der Geschworenen“, schreibt Alexander. „Wer als kriminell bezeichnet wird, dem kann das Wahlrecht entzogen werden.“⁰⁶

Alexander deckte in ihrem Buch die Lüge auf, der man im postethnischen Amerika anhing. Doch nichts förderte diese Lüge deutlicher zutage als ein Vorfall, der sich am 26. Februar 2012

ereignete. George Zimmerman, Mitglied einer Nachbarschaftswache in Sanford, Florida, sah an jenem Abend einen schwarzen Teenager, Trayvon Martin, der auf ihn den Eindruck machte, er hätte etwas gestohlen. Der unbewaffnete Teenager bekam es mit der Angst zu tun und rannte weg. Zimmerman setzte sich über die Anweisungen der von ihm informierten Polizei hinweg, nahm die Verfolgung auf und erschoss den Siebzehnjährigen. Danach überschlugen sich die Ereignisse – Zimmerman schützte Notwehr vor, es gab Proteste, Zimmerman wurde verhaftet und wegen Mordes angeklagt, die Verteidigung stellte Trayvon Martin als angsteinflößenden Schläger dar, Zimmerman wurde entlastet und die Geschworenen brachten ihre rassistischen Begründungen für den Freispruch vor, während Segregationisten das Urteil bejubelten. Antirassisten waren empört, die Assimilationisten waren hin und her gerissen. Mit jedem Mord an einem Schwarzen durch die Polizei schienen die Emotionen höher zu schlagen, etwa nach dem Tod der psychisch kranken Shereese Francis in New York, der 22 Jahre alten Rekia Boyd in Chicago und der 23 Jahre alten Shantel Davis in Brooklyn – sie alle starben nur wenige Monate nach dem Mord an Trayvon Martin. Am 9. März 2013 schossen zwei Polizisten in New York siebenmal auf den 16-jährigen Kimani Gray. Die gewalttätigen Proteste, die auf Kimanis Tod – und andere Todesfälle – folgten, lösten weitere Debatten zwischen postethnischen Segregationisten aus, die die gewalttätigen „Schläger“ verurteilten, den Antirassisten, die auf die rassistische Ursache der Gewalt hinwiesen, und den Assimilationisten, die ebenfalls die gewalttätigen „Schläger“ verurteilten und die Diskriminierung als Ursache für ihr Fehlverhalten nannten.

#BLACKLIVESMATTER

Für Alicia Garza war der Freispruch für George Zimmerman 2013 wie ein Schlag in die Magenruhr. Zur Ablenkung griff sie nach ihrem Mobiltelefon. Doch sie regte sich nur noch mehr auf, als sie die rassistischen Nachrichten auf ihrem Facebook-Newsfeed las, die „uns Schwarzen die Schuld an unserem Zustand gaben“. Garza, die sich in der National Domestic Workers Alliance eigentlich für die Rechte von Hausangestellten einsetzte, verfasste eine Liebeserklärung an alle Schwarzen und bat sie, sich dafür stark-

⁰⁶ Michelle Alexander, *The New Jim Crow*, New York 2010, S. 6f., S. 138, S. 214–222.

zumachen, dass „schwarze Leben zählen“. Eine Freundin in Los Angeles, Patrisse Cullors, die sich gegen Polizeigewalt engagierte, las Garzas leidenschaftliche Erklärung auf Facebook und ergänzte sie um einen Hashtag. Opal Tometi, eine IT-kundige Aktivistin für die Rechte von Einwanderern, stieß dazu und baute die Online-Plattform. #BlackLivesMatter war geboren. Entstanden aus dem Denken und aus den Herzen dieser drei Frauen, von denen zwei LGBT (*lesbian, gay, bisexual, transgender*) sind, signalisierte diese Erklärung intuitiv, dass man sich, wenn man wirklich antirassistisch sein will, auch gegen alle Formen von Sexismus, Homophobie, Vorurteilen aufgrund der Hautfarbe, Ethnozentrismus, Nativismus, kulturellen Vorurteilen und Klaskendenken wenden muss, denn all diese Haltungen verbinden sich mit dem Rassismus und richten im Leben von so vielen großen Schaden an. Diese starke antirassistische Erklärung griff von den sozialen Medien bald auf die reale Welt über und kam 2014 auf Schildern und in Sprechchören bei antirassistischen Demonstrationen im ganzen Land zum Ausdruck. Die Demonstranten lehnten die rassistische Aussage aus sechs Jahrhunderten ab: Dass schwarze Leben nicht zählten.

#BlackLivesMatter entwickelte sich von einer antirassistischen Liebeserklärung schnell zu einer antirassistischen Bewegung mit jungen Leuten, die sich im ganzen Land in lokalen Gruppen engagierten, oft geführt von jungen schwarzen Frauen. Gemeinsam gingen die Aktivisten gegen Diskriminierung in jeglicher Form vor, in allen Bereichen der Gesellschaft und aus einer Vielzahl von Blickwinkeln. Und als Reaktion darauf, dass für manche das Leben männlicher Schwarzer am meisten zählte, verlangten antirassistische Feministinnen mutig von Amerika, „ihren Namen zu nennen“ (#SayHerName): die Namen der schwarzen Frauen, die getötet wurden, Opfer wie Sandra Bland. „Wir wollen in dieser neuen Form der schwarzen Freiheitsbewegung für eine möglichst breite Beteiligung sorgen“, erklärte Garza 2015 in „USA Today“. „Wir haben so viele verschiedene reiche und komplexe Erfahrungen. Wir müssen all diese Erfahrungen zusammenbringen, um die Lösungen zu erreichen, die wir anstreben.“⁰⁷

07 Zit. nach Jessica Guynn, Meet the Woman Who Coined #BlackLivesMatter, 4.3.2015, www.usatoday.com/story/tech/2015/03/04/alicia-garza-black-lives-matter/24341593.

STRATEGIEN GEGEN RASSISMUS

Wann wird der Tag kommen, an dem das Leben von Schwarzen für Amerikaner zählt? Das hängt stark von den Aktionen der Antirassisten ab – und von den Strategien, die sie einsetzen, um gegen rassistische Ideen vorzugehen. Reformer haben immer wieder gebeten oder verlangt, dass die Amerikaner, vor allem weiße Amerikaner, ihre eigenen Privilegien opfern sollten, damit es den Schwarzen besser gehe. Dabei gründet diese Strategie auf einem der ältesten Mythen der Moderne, einem Mythos, der von Rassisten wie Antirassisten kontinuierlich produziert und reproduziert wird: Dass die Mehrheit der Weißen materiell vom Rassismus profitiert, dass die Weißen beim Aufbau eines antirassistischen Amerika auf der Verliererseite anstatt der Gewinnerseite stehen würden. Es stimmt natürlich, dass Weiße *allgemein* auf Kosten der Schwarzen *allgemein* (und anderer) von rassistischen Maßnahmen profitiert haben. Damit fasst man die Geschichte des Rassismus in aller Kürze zusammen, es ist eine Geschichte ungleicher Chancen. Aber es stimmt auch, dass in einer Gesellschaft mit gleichen Chancen, auch die große Mehrheit der Weißen profitieren würde, sogar deutlich mehr als in einer rassistischen Gesellschaft. Es ist kein Zufall, dass zur Zeit der Sklaverei auch der Großteil der weißen Bevölkerung in den Südstaaten arm war. Es ist kein Zufall, dass es vielen weißen Amerikanern in den Zeiten der egalitären Bewegungen von den 1930er bis zu den frühen 1970er Jahren so gut ging wie nie zuvor oder seitdem in der Geschichte der USA. Es ist kein Zufall, dass mit den antiegalitären Bewegungen, die im späten 20. Jahrhundert auf diese Phase folgten, eine Stagnation oder eine Verminderung des Einkommens der weißen Mittelklasse und unteren Schichten einherging und gleichzeitig die Lebenshaltungskosten enorm stiegen.

Antirassisten sollten aufhören, Rassismus mit Selbstsucht und Antirassismus mit Selbstlosigkeit in Verbindung zu bringen. Altruismus ist erwünscht, aber nicht erforderlich. Antirassisten müssen nicht selbstlos sein. Antirassisten müssen nur ein vernünftiges Eigeninteresse haben und aufhören, die rassistischen Ideen zu konsumieren, die im Laufe der Jahre ein so großes, unintelligentes Eigeninteresse erzeugt haben. Es liegt im vernünftigen Eigeninteresse der Schwarzen mit mittlerem und höherem Einkommen, sich gegen den Rassis-

mus zu wenden, der Schwarze mit niedrigem Einkommen trifft, denn sie werden den Rassismus, der sich auf ihren sozioökonomischen Aufstieg auswirkt, nur los, wenn auch Schwarze mit niedrigem Einkommen den Rassismus loswerden. Es liegt im vernünftigen Eigeninteresse der Asiaten, amerikanischen Ureinwohner und Latinos, den gegen Schwarze gerichteten Rassismus infrage zu stellen, denn sie werden den Rassismus nicht los, solange die Schwarzen den Rassismus nicht loswerden. Es liegt im vernünftigen Eigeninteresse der weißen Amerikaner, gegen den Rassismus anzugehen, denn sie werden den Sexismus, das Klassendenken, die Homophobie und den Ethnozentrismus erst los, wenn die Schwarzen den Rassismus loswerden. Die Geschichte der rassistischen Ideen, die sich gegen Asiaten, amerikanische Ureinwohner und Latinos richten, weist ebenso wie die Geschichte der sexistischen, elitären, homophoben und ethnozentrischen Ideen eine gespenstische Ähnlichkeit mit dieser Geschichte der rassistischen Ideen auf. Zum Teil stehen dahinter auch die gleichen bigotten Verfechter und Anhänger. Diese vorherrschenden bigotten Ideen zu unterstützen, liegt nur im Interesse einer kleinen Gruppe reicher, protestantischer, heterosexueller weißer angelsächsischer Männer. Sie sind die Einzigen, die altruistisch sein müssen, um auch anti-rassistisch zu sein. Der Rest von uns muss sich einfach nur für die intelligente Lösung entscheiden.

Historisch betrachtet, hatten sich Schwarze für die Verbesserung durch Selbstverbesserung entschieden, weil sie diese Strategie für die klügste hielten – die jedoch so undurchführbar war wie die Selbstaufopferung bei den Weißen unrealistisch. Etwa ab den 1790er Jahren drängten Abolitionisten die steigende Zahl freier Schwarzer, vor Weißen ein besonders vorbildliches Verhalten an den Tag zu legen, weil sie glaubten, man könnte dadurch die rassistischen Vorstellungen untergraben, die der Sklaverei zugrunde lagen. Schwarze würden „die Achtung, das Vertrauen und die Gunst der Weißen im Verhältnis zur Vervollkommnung ihrer Kenntnisse und ihrer Moral erlangen“, wie William Lloyd Garrison in den 1830er Jahren freien Schwarzen predigte.⁰⁸

Die Geschichte der rassistischen Vorstellungen zeigt nicht nur, dass die Verbesserung durch Selbstverbesserung gescheitert ist, sondern dass

das Gegenteil des beabsichtigten Effekts eingetreten ist. Rassistische Amerikaner zeigten immer wieder gegenüber jenen schwarzen Amerikanern besondere Verachtung, die es weit gebracht hatten, weil sie den rassistischen Gesetzen und Theorien trotzten, mit denen sie kleingehalten werden sollten. Aufstrebende Afroamerikaner konnten rassistische Ideen oder Maßnahmen nicht durch ihr gutes Beispiel oder Argumente beseitigen. Im Gegenteil: Die Verbesserung ihrer Situation führte zum Fortschreiten des Rassismus – zur Entstehung neuer rassistischer Maßnahmen und Ideen, nachdem die Schwarzen die alten überwunden hatten.

Wer die historische Präsidentschaft von Barack Obama miterlebt hat – und den historischen Widerstand gegen ihn –, weiß nur allzu gut, dass Schwarze, je weiter sie kommen, mit einer umso heftigeren rassistischen Gegenreaktion rechnen müssen. Verbesserung durch Selbstverbesserung ist als Strategie für eine Verbesserung der Situation der Schwarzen allgemein gescheitert. Schwarze müssen als Einzelpersonen auf diese Strategie verzichten und aufhören, sich Gedanken darüber zu machen, was andere über sie denken könnten, über ihr Verhalten, über ihre Art zu sprechen, ihr Aussehen, ihren Kleidungsstil, ihre Darstellung in den Medien, ihre Art zu denken, zu lieben und zu lachen. Einzelne Personen sind nicht repräsentativ für ihre Rasse. Sie sind nicht für die Amerikaner verantwortlich, die rassistische Vorstellungen haben. Schwarze müssen in Gegenwart von Weißen, untereinander und mit anderen ihr unvollkommenes Selbst sein. Schwarz ist schön und hässlich, intelligent und unintelligent, Schwarze befolgen Gesetze und verstoßen dagegen, sind fleißig und faul – diese Unvollkommenheit ist menschlich und bei allen Menschen anzutreffen.

Neben der Selbstaufopferung und Verbesserung durch Selbstverbesserung gab es noch eine weitere Strategie, die von Reformern angewandt wurde, die Verbesserung durch Bildung und Aufklärung. 1894 glaubte der junge Du Bois: „Die Welt hatte eine falsche Vorstellung von Rasse, weil sie es nicht besser wusste. Dummheit war das grundlegende Übel. Das Heilmittel war Wissen auf Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen.“⁰⁹ Genau 50 Jahre später wiederholte

⁰⁸ William Lloyd Garrison, *An Address, Delivered Before the Free People of Color, in Philadelphia, Boston 1831*², S. 5f.

⁰⁹ W.E.B. Du Bois, *My Evolving Program for Negro Freedom*, in: Rayford W. Logan (Hrsg.), *What the Negro Wants*, New York 1969, S. 31–70, hier S. 70.

der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal Du Bois' Strategie der Bildung in seinem für die aufkommende Bürgerrechtsbewegung wegweisenden Manifest. Doch anstatt die weißen Amerikaner mithilfe der Wissenschaft aufzuklären, wollte Myrdal sie über die Medien erreichen: „Nach Ansicht des Verfassers besteht kein Zweifel daran, dass die große Mehrheit der weißen Amerikaner bereit wäre, den Negern ein erheblich besseres Abkommen anzubieten, wenn sie die Fakten kennen würden.“¹⁰ Du Bois und Myrdal glaubten – wie die Abolitionisten vor ihnen und die Reformen von heute –, dass man dem Rassismus mit Fakten begegnen und die Menschen so davon abbringen könnte. Die Überzeugungsarbeit erfolgte in vielfältiger Weise. Lehrer konnten die Fakten vermitteln. Wissenschaftler konnten die Fakten entdecken. Anwälte konnten die Fakten in Prozessen für ihre schwarzen Mandanten vorbringen. Fernsehserien, Filme und Romane konnten die Fakten über aufrechte Schwarze vermitteln. Bei Demonstrationen und Versammlungen konnten Schwarze die Fakten ihrer Misere vor Zuschauern, Zuhörern oder Lesern schildern. Fernsehsender, Dokumentationen, Journalisten und Wissenschaftler konnten Einblicke in das Leben der Schwarzen, die unter brutaler Diskriminierung zu leiden hatten, in ihrer eigenen Umgebung bieten.

Die vielen Formen der Überzeugungsarbeit gründeten wie die Strategie der Verbesserung durch Selbstverbesserung auf einem falschen Konstrukt: der Vorstellung, dass Unwissenheit und Hass zu rassistischen Vorstellungen führen, die wiederum rassistische Maßnahmen nach sich ziehen. Dabei führt Eigeninteresse zu rassistischen Maßnahmen, die wiederum rassistische Vorstellungen nach sich ziehen, die zu Unwissenheit und Hass führen. Rassistische Maßnahmen entstanden aus Eigeninteresse. Daher wurden sie normalerweise auch aus Eigeninteresse wieder freiwillig zurückgenommen. Die populäre und glorreiche Version der Geschichte, die besagt, dass Abolitionisten und Bürgerrechtsaktivisten durch ihre Argumente und Aufklärung nach und nach rassistische Vorstellungen abbauen und die Abschaffung rassistischer Vorschriften bewirken konnten, klingt großartig. Aber das war nie die ganze Geschichte, es war noch nicht einmal der

wesentliche Teil. Die Gesetze zum Wahlrecht und zu den Bürgerrechten in den 1860er und 1960er Jahren wurden von der Politik in erster Linie aus politischem und wirtschaftlichem Eigeninteresse verabschiedet – nicht aufgrund von Argumenten und Fakten oder moralischer Erkenntnis. Zudem bedeuteten diese Gesetze nicht das Ende der rassistischen Politik. Die rassistische Politik entwickelte sich einfach weiter. Es gab eine alles andere als glorreiche Weiterentwicklung des Rassismus, die durch Argumente und Aufklärung nicht aufgehoben werden konnte und die von den Amerikanern gar nicht erkannt wurde.

Ironischerweise gab Du Bois die Überzeugungsarbeit durch Bildung auf, bevor Gunnar Myrdal dafür eintrat. Mitten in der Weltwirtschaftskrise blickte Du Bois auf die USA von einem gigantischen Berg aus Fakten, der zum Teil auch aus seinen eigenen Büchern, Aufsätzen, Petitionen, Reden und Artikeln bestand, die er im Lauf von vier Jahrzehnten verfasst hatte. Die „Anführer der Neger“ dachten, „die weißen Amerikaner wüssten von der anhaltenden Misere der Neger nichts oder würden sie nicht erkennen“, schrieb er 1935 in einem Aufsatz. „Entsprechend haben wir uns in den vergangenen beiden Jahrzehnten mit Büchern und Zeitschriften, Reden und Appellen, mit verschiedenen dramatischen Methoden der Agitation bemüht, den Amerikanern die wesentlichen Fakten darzulegen. Heute kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die Amerikaner die Fakten kennen; und doch bleiben sie größtenteils gleichgültig und ungerührt.“¹¹

In den acht Jahrzehnten, die vergangen sind, seit Du Bois seinen Aufsatz schrieb, haben sich antirassistische Amerikaner weiter mit ähnlichen Methoden bemüht, den Amerikanern die grundlegenden Fakten nahezubringen. Zweifellos kennen diejenigen, die eine rassistische Politik ersinnen, verfechten und ignorieren, die Fakten. Und doch bleiben die meisten gleichgültig und ungerührt: Gleichgültig gegenüber der Notwendigkeit, Gesetze zu erlassen, die das Justizsystem, das die Schwarzen verklagt, gründlich überholen; ungerührt, um sich für Initiativen einzusetzen, mit denen man etwa die Kriminalität mit mehr Arbeitsplätzen und besseren Jobs bekämpfen könnte; gleichgültig gegenüber den Aufforderungen, Drogen zu entkriminalisieren und Al-

¹⁰ Gunnar Myrdal, *An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy*, Bd. 1, New York 1944, S. 48.

¹¹ W.E.B. Du Bois, *A Negro Nation Within the Nation*, in: *Current History* 42/1935, S. 265–270.

ternativen zu Gefängnissen zu finden; ungerührt, um Kommunen die Macht zu geben, die Polizisten, die dort für Sicherheit sorgen, selbst einzustellen und zu entlassen. Sie sind größtenteils nicht bereit, auf umfassende Gesetze zu dringen, die das Verhältnis zwischen den Ethnien in Amerika neu regeln, indem sie von der Annahme ausgehen, dass Diskriminierung die Ursache für ethnische Ungleichheiten ist (anstatt den Fehler bei den Schwarzen zu suchen), und eine Behörde einzurichten, die aktiv die Ungleichheiten untersucht und absichtliche und unabsichtliche Diskriminierung bestraft. Diese Behörde müsste auch auf eine gleichmäßigere Verteilung von Vermögen und Macht in schwarzen und weißen Vierteln und deren Einrichtungen achten und den klaren Auftrag haben, der durch Diskriminierung entstandenen Ungleichheit entgegenzuwirken.

Gesetzgeber haben heute die Möglichkeiten, Rassendiskriminierung auszumerzen und ethnische „Gleichheit als Tatsache“ zu schaffen, um Lyndon B. Johnson zu zitieren, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Sie haben die Möglichkeit, die alten Rufe nach sofortiger Emanzipation, die auch die heutigen Antirassisten vertreten, aufzugreifen und sich von der assimilationistischen Sache der schrittweisen Gleichstellung und der segregationistischen Sache dauerhafter Ungleichheit zu verabschieden. Doch die regionalen und staatlichen Gesetzgeber fürchten die Auswirkungen auf Wahlkampfspenden und Wähler. Sie wissen, dass die Vertreter des Postethnizismus jede umfassende antirassistische Gesetzesänderung als diskriminierend gegenüber Weißen verurteilen würden, so wie früher die Sklavenhalter und Segregationisten derartige Gesetze verurteilten, selbst wenn von einem solchen Gesetz fast alle Amerikaner einschließlich der Weißen profitieren würden. Wenn der Rassismus beseitigt wäre, fürchten viele Weiße in wirtschaftlichen und politischen Spitzenpositionen, dass damit auch eins der effektivsten Werkzeuge beseitigt wäre, das ihnen zur Kontrolle und Ausbeutung der Nichtweißen, aber auch der Weißen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zur Verfügung steht.

Die Amerikaner, die die Macht haben, den Rassismus, wie wir ihn heute kennen, zu beseitigen, hart dagegen vorzugehen und eine Gesellschaft jenseits des Rassismus aufzubauen (eine Gesellschaft, die die Vertreter der These, wir würden bereits in einer postrassistischen Gesellschaft leben, gar nicht wahrhaben wollen), diese Men-

schen kennen die Fakten seit den Zeiten von Angela Davis. Amerikaner mit Einfluss kannten die Fakten auch schon zu Lebzeiten von Cotton Mather, Thomas Jefferson, William Lloyd Garrison und Du Bois. Es ist die wichtigste Aufgabe der Mächtigen, über die Fakten in Amerika Bescheid zu wissen. Menschen aufzuklären, die bereits Bescheid wissen, hat daher keinen großen Sinn. Der Versuch, diejenigen zu informieren, die den amerikanischen Rassismus in die Welt setzen, ihn vertreten oder ignorieren, und sie über seine nachteiligen Auswirkungen aufzuklären, wäre ähnlich wie eine Gruppe Geschäftsleute darüber aufzuklären, wie schädlich ihre Produkte sind. Sie wissen es bereits, aber es kümmert sie nicht genug, um dem Schaden ein Ende zu machen.

SCHLUSS

Die Geschichte ist eindeutig. Opferbereitschaft, gesellschaftlicher Aufstieg und Überzeugungsarbeit haben rassistische Vorstellungen nicht beseitigt, sie tun es jetzt nicht und werden es nie tun, und gegen eine rassistische Politik können sie erst recht nichts ausrichten. Die Mächtigen werden nie ihre eigenen Interessen opfern. Die Mächtigen lassen sich nicht davon überzeugen, auf ihre eigenen Interessen zu verzichten. Die Mächtigen lassen sich auch durch Bildung und Aufklärung nicht dazu bringen, auf ihre eigenen Interessen zu verzichten. Wer die Macht hat, die Rassendiskriminierung abzuschaffen, hat das bislang noch nicht getan und wird sich auch weder durch Argumente noch durch Bildung davon überzeugen lassen, solange er in irgendeiner Weise vom Rassismus profitiert.

Ich will damit natürlich nicht sagen, dass es keine Amerikaner in Machtpositionen gibt, die sich nicht selbst geopfert oder durch Bildung oder Argumente oder die Biografien erfolgreicher Schwarzer überzeugen ließen, rassistische Ungleichheiten in ihrem Einflussbereich zu beenden. Doch diese mutigen Antirassisten in Machtpositionen sind eher die Ausnahme als die Regel. Ich will natürlich auch nicht sagen, dass Generationen, die rassistischen Ideen anhängen, sich nicht durch Argumente oder Bildung davon abbringen ließen. Doch wenn die alten rassistischen Ideen verworfen wurden, tauchten immer wieder neue auf. Deshalb gleichen die Bemühungen, rassistischen Ideen in Amerika durch Argumente oder Fakten beizukommen, einer unendlichen Ge-

schichte. Deshalb wird die Überzeugungsarbeit mithilfe von Bildung nie zu einem antirassistischen Amerika führen.

Um die Rassendiskriminierung abzuschaffen, müssen sich die Amerikaner auf diejenigen konzentrieren, die die Macht haben, die Rassendiskriminierung zu beseitigen. Proteste gegen irgendjemand anderen sind genauso eine Zeitverschwendung wie der Versuch, die Mächtigen mit Fakten oder Argumenten zu überzeugen. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Amerikaner, die die Macht hatten, weitverbreitete Formen der Rassendiskriminierung abzuschaffen, dies selten getan haben. Sie haben es jedoch getan, wenn sie selbst erkannten, dass die Abschaffung mancher Formen der Diskriminierung in ihrem eigenen Interesse lag, so wie Abraham Lincoln entschied, die Sklaverei abzuschaffen, um die Union zu retten. Sie ließen sich auch auf antirassistische Veränderungen ein, weil diese eine bessere Alternative darstellten als die zerstörerischen, chaotischen, politisch schädlichen und/oder unrentablen Zustände, die die antirassistischen Proteste verursachten.

Proteste gegen rassistische Strategien sind natürlich keine langfristige Lösung zur Beseitigung der Rassendiskriminierung – und damit der rassistischen Vorstellungen – in Amerika. So wie eine Generation von Amerikanern überzeugt oder durch Proteste dazu gebracht werden kann, die Rassendiskriminierung zu beenden, so könnte eine andere Generation die Rassendiskriminierung wieder fördern, wenn sich die Verhältnisse und Bedingungen ändern. Selbst wenn Proteste gegen die Macht des Rassismus Erfolg haben, darf man daraus nicht schließen, dass man die Macht hat. Eine effektive Lösung zur Beseitigung des Rassismus in Amerika muss Amerikaner miteinbeziehen, die sich antirassistischen Maßnahmen verschrieben haben, die nach der Macht greifen und sie halten – in Institutionen, Stadtvierteln, Kommunen, Bundesstaaten, Ländern, auf der ganzen Welt. Es hat keinen Sinn, sich zurückzulehnen und die Zukunft Menschen zu überlassen, die sich einer rassistischen Politik verschrieben haben oder die nur in ihrem eigenen Interesse handeln und ihr Mäntelchen nach dem Wind hängen, heute für Rassismus, morgen dagegen. Ein antirassistisches Amerika ist nur garantiert, wenn Antirassisten mit Prinzipien an der Macht sind, eine antirassistische Politik zum allgemeinen Gesetzesgrundsatz wird und antirassistische

Vorstellungen damit zum festen Bestandteil des Alltagsdenkens werden und die Bürger ihre antirassistischen Politiker und Staatslenker an diesem antirassistischen „Common Sense“ messen.

Dieser Tag wird sicher einmal kommen. Keine Macht hält sich ewig. Die Zeit wird kommen, in der die Amerikaner erkennen werden, dass das Einzige, was an Schwarzen nicht stimmt, der Gedanke ist, dass etwas mit ihnen nicht stimmt. Es wird eine Zeit kommen, in der rassistische Vorstellungen uns nicht länger daran hindern, die völlige Abnormität rassistischer Ungleichheit zu erkennen. Es wird eine Zeit kommen, in der wir die Menschheit lieben, in der wir den Mut finden werden, für diese geliebte Menschheit um eine gleiche und gerechte Gesellschaft zu kämpfen, in dem Wissen, dass wir für uns selbst kämpfen, wenn wir für die Menschheit kämpfen. Die Zeit wird kommen.

Dieser Beitrag basiert auf Auszügen aus Ibram X. Kendi, *Gebrandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika*, München 2017 (Verlag C.H. Beck).

IBRAM X. KENDI

ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der American University in Washington, D.C.

ZUR GESCHICHTE VON BLACK AMERICA

Michael Hochgeschwender

Als im November 2008 Barack Obama zum 44. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt wurde, glaubten viele, eine neue Zeit sei angebrochen. Von einer postethnischen und post-rassistischen Gesellschaft war die Rede.⁰¹ Die notorisch unrühmliche *color line*, die strikte Trennlinie zwischen Schwarzen und Weißen, welche die amerikanische Geschichte seit nunmehr 300 Jahren durchzogen habe, sei endgültig überwunden. Wie so oft irrten die Bannerträger des „Fortschritts“. Obwohl sich seit der Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre manches geändert hatte, neigte die medial vermittelte Wahrnehmung schwarzer und weißer US-Amerikaner am Ende der Präsidentschaft Obamas dazu, die Kluft zwischen beiden Ethnien tiefer zu verorten als zu Beginn seiner Amtszeit. Was aber sind die Wurzeln dieser Spaltung? Warum wirkt die *color line* so lange und so intensiv nach?

VERTRAGSKNECHTE, KRIEGSGEFANGENE UND SKLAVEN

Alles begann in den 1610er Jahren in den englischen Plantagenkolonien rund um die Chesapeake Bay, den heutigen Bundesstaaten Maryland und Virginia. Da es in Nordamerika keine Gold- und Silbervorkommen gab, deren Ausbeutung sich gelohnt hätte, standen, neben dem ertragreichen Fellhandel, sogenannte *cash crops* („Bargeld-Pflanzen“) im Mittelpunkt der kolonialen Wirtschaft, die für den imperialen Markt des Mutterlandes hergestellt wurden.⁰² Dabei richtete sich das Hauptaugenmerk auf Tabak, Indigo, Reis und vor allem ab den 1790er Jahren auf Baumwolle, die zum Exportschlager des US-amerikanischen Südens wurde.

Wegen des subtropischen Klimas und des Arbeitskräftemangels, aber auch, um die Produktionskosten möglichst niedrig zu halten, griffen

die Pflanzer anfangs auf indianische Sklaven zurück. Ein Modell, das sich jedoch nicht bewährte: Die ortskundigen Indianer verschwanden fast ebenso schnell, wie sie eingefangen wurden. Deshalb griff man auf das System der *indentured servitude* (Vertragsknechtschaft) zurück.⁰³ Landarbeiter und Hausangestellte bekamen von den Grundbesitzern die Überfahrt in die Neue Welt bezahlt und arbeiteten dort als unfreie Zwangsarbeiter fünf bis sieben Jahre lang die entstandenen Kosten ab. Oft kamen arme Engländer und Waliser, aber auch viele Iren nutzten diese Chance, um dem Elend der Grünen Insel zu entfliehen – schließlich hatte man im Anschluss an die Dienstzeit das Recht auf eigenes Land. Da die Pflanzer sich diese Spätkosten gerne ersparten, behandelten sie die Leibeigenen im letzten Dienstjahr besonders schlecht, um deren kostengünstigen Tod zu beschleunigen. Parallel zu den weißen Leibeigenen wurden ab 1619 schwarze Plantagenarbeiter eingeführt, zuerst als *indentured servants*, die nach der Freilassung dann selbst Landbesitzer und schließlich Dienstherrn für weitere *indentured servants* wurden, danach, ab etwa 1630, in wachsendem Maße westafrikanische Sklaven, meist Kriegsgefangene aus innerafrikanischen Territorialkonflikten.

Sklaven waren rechtloser und billiger als die Leibeigenen auf Zeit. Bald wurde der englisch-britische Sklavenhandel zu einem etablierten Bestandteil des Dreieckshandels zwischen Europa, Afrika und Amerika.⁰⁴ Zwischen 1619 und 1850 wurden insgesamt 388 747 Schwarzafrikaner lebend als Sklaven in die nordamerikanischen Kolonien Großbritanniens verschleppt, freilich nur ein Bruchteil der insgesamt 10 702 656 Afrikaner, die Amerika lebend erreichten. Allein in die britische Karibik kamen über 2,3 Millionen Sklaven, nach Brasilien sogar über vier Millionen.⁰⁵ Anders als in der Karibik oder in Brasilien beherrschten auf dem nordamerikanischen Festland weniger Großplantagen mit 100, 500 und mehr

Sklaven die Szenerie, sondern kleine und mittlere Betriebe mit zwei bis zehn, mitunter bis zu 50 Sklaven. Diese Dislozierung verhinderte zum einen die vielen Sklavenaufstände, die für die Zentralgebiete der amerikanischen Sklaverei charakteristisch waren, zum anderen gab sie den Rahmen für die einzige neuweltliche Sklavenpopulation, die sich aus sich heraus reproduzierte.

Obwohl die Diskussion über die ökonomische Effizienz von Sklavenhalterwirtschaften noch keineswegs beendet ist, muss man festhalten, dass im frühen 19. Jahrhundert die nordamerikanischen Sklavenhalter zu den reichsten Menschen der Welt zählten, da die von ihnen produzierte Baumwolle inzwischen den Weltmarkt beherrscht hatte.⁰⁶ Gleichfalls in der Diskussion ist die Frage, ob die nordamerikanisch-angelsächsische oder die iberamerikanische beziehungsweise karibische Variante der Sklaverei „menschlicher“ war. Für erstere These spricht die höhere Lebenserwartung und höhere Reproduktionsquote nordamerikanischer Sklaven – was allerdings die bloße Folge gesünder Lebensumstände und nicht jenes spezifisch paternalistischen Ansatzes gewesen sein dürfte, den sich nordamerikanische Sklavenhalter selbst zubilligten, wenn sie etwa von Sklaven als Angehörige ihrer „family black and white“ sprachen.⁰⁷

01 Dieses Narrativ wurde maßgeblich auf David Hollinger zurückgeführt: *Postethnic America. Beyond Multiculturalism*, New York 2000.

02 Vgl. dazu ausführlich Sven Beckert, *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*, München 2015.

03 Vgl. John Wareing, *Indentured Migration and the Servant Trade from London to America, 1618–1718*, Oxford 2017.

04 Vgl. Udo Sautter, *Sklaverei in Amerika*, Darmstadt 2014, S. 11–47; Robin Blackburn, *The Making of New World Slavery. From Baroque to the Modern, 1492–1800*, London 2010; John Hope Franklin/Alfred A. Moss Jr., *From Slavery to Freedom: History of African Americans*, New York 2009; Peter Kolchin, *American Slavery, 1610–1877*, New York 2003; James Oliver Horton/Lois E. Horton, *Slavery and the Making of America*, New York 2005; David Brion Davis, *The Problem of Slavery in Western Culture*, Oxford 1966; Orlando Patterson, *Slavery and Social Death. A Comparative Study*, Cambridge MA 1982.

05 Vgl. Kenneth Morgan, *Transatlantic Slavery*, London 2016, S. 23.

06 Eine kritische Evaluation der von Robert F. Fogel und Stanley L. Engerman, *Time on the Cross. The Economics of American Negro Slavery*, New York 1974 neuerlich angestoßenen, sehr polemischen Debatte um die wirtschaftliche Effizienz der Sklaverei bietet John Ashworth, *Slavery, Capitalism, and Politics in the Antebellum Republic, Volume: 1, Commerce and Compromise, 1820–1850*, Cambridge 1995, S. 499–509.

07 Das ist ein Standardtopos aus Briefen und Tagebüchern der Sklavenhalter, den man in zahlreichen Quellen findet. Der Ausdruck spiegelt das paternalistische Selbstverständnis weißer

Für die zweite These, die erstmals der US-amerikanische Historiker Frank Tannenbaum formulierte,⁰⁸ spricht insbesondere die deutlich höhere Freilassungsquote gerade in katholischen Pflanzkolonien, wo kirchliche Bruderschaften die finanziellen und institutionellen Grundlagen für den Freikauf legten.

ONE-DROP RULE

So umstritten zentrale Fragen zur Sklaverei auf dem nordamerikanischen Festland auch sein mögen, in zwei Problemkomplexen, die für das Verhältnis von schwarzen und weißen US-Amerikanern von bleibender Bedeutung sind, herrscht weitgehend Konsens: *Erstens* handelte es sich bei der Sklaverei in den britischen Kolonien und den USA um *chattel slavery*, also eine Form der Sklaverei, die sich von älteren Formen der Leibeigenschaft und Hörigkeit nicht nur durch die Adaption von globalisierten kapitalistischen Produktionsweisen und Marktverhältnissen auszeichnete, sondern die obendrein an der Rechtsfiktion festhielt, dass Sklaven keine humane Persönlichkeit besäßen, sondern reine Sachen wären.⁰⁹

Damit verband sich *zweitens* der strikt rassistische Charakter der Sklaverei im Süden der USA.¹⁰ Mit dem Auslaufen der *indentured servitude* von Weißen im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden die Konzepte „schwarz“ und „Sklave“ weithin identisch, obwohl es, insbesondere in früheren französischen Kolonialgebieten, etwa dem Louisiana-Territorium, noch bis in die 1860er Jahre freie schwarze Sklavenhalter gab. Dies hing mit den unterschiedlichen Rassenordnungen in lateinisch-katholischen und nordeu-

Sklavenhalter wider, die vor allem Haussklaven und Sklavenkinder als Bestandteil ihrer Familien ansahen, wobei der Familienbegriff in etwa dem des *oikos*, des „Hauses“, in der Frühneuzeit entspricht, wo ja auch Knechte und Mägde neben der engeren Verwandtschaft zur Familie gezählt wurden.

08 Vgl. Frank Tannenbaum, *Slave and Citizen: The Negro in the Americas*, New York 1947; Michael Hochgeschwender, *Wahrheit, Einheit, Ordnung. Die Sklavenfrage und der amerikanische Katholizismus, 1835–1870*, Paderborn 2006, S. 198–207.

09 Vgl. David K. O'Rourke, *How America's First Settlers Invented Chattel Slavery. Dehumanizing Native Americans and Africans with Language, Laws, Guns, and Religion*, New York 2005.

10 Vgl. Ibram X. Kendi, *Gebirgslandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika*, München 2017; Jochen Meissner et al., *Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei*, München 2008.

ropäisch-protestantischen Kolonialgebieten zusammen. Während in katholischen Territorien ein komplexes Kastensystem galt, in das man je nach Herkunft und Färbung der Haut eingegliedert wurde, und es stellenweise durchaus wohlhabende freie Schwarze gab,¹¹ kannten Briten und Niederländer nur die binäre Unterscheidung von schwarz und weiß, wobei jede noch so geringe Variante von Farbigkeit sozial disqualifizierend wirkte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verfestigte sich diese zuvor traditionale Rassenordnung zur legalen *one-drop rule*, wonach jeder als schwarz galt, der mindestens zu einem Achtel, also von einem Urgroßelternanteil, „schwarzes Blut“ aufwies. Dieses Blutquantum sollte bis weit in das 20. Jahrhundert seine gesetzliche Gültigkeit behalten.

Im Laufe der 1840er und 1850er Jahre etablierte sich eine essenzialistische Zuschreibung fester Rassencharakteristika in den USA – im Norden und Süden. Schwarze, die zuvor wegen angeblicher kultureller Defizite als bloß rückständig und unzivilisiert gegolten hatten, wurden nun als minderwertige Menschen zweiter Klasse definiert. Selbst eine bessere Bildung, wie sie die Aufklärer des späten 18. Jahrhunderts für angebracht gehalten hatten, erschien mithin als vergebliche Liebesmüh. Einzig wenige evangelikale Sklavenhalter hielten es im Interesse des jenseitigen Seelenheils ihrer Sklaven für angebracht, ihnen gegen das Gesetz das Lesen der Bibel beizubringen, während sich im Gegensatz dazu viele südstaatliche evangelikale Pfarrer weigerten, schwarze Kinder zu taufen. Als biblische Begründung diente die Verfluchung Hams und Kanaans durch Noah in Genesis 9,25.¹² Protestantische Kirchengemeinden waren folgerichtig strikt ras-

sisch segregiert. Allerdings war die religiöse Begründung meist sekundär gegenüber der vordarwinistischen naturwissenschaftlichen Lehre von der Polygenese, nach der Schwarze einer separaten „Menschenrasse“ entstammten, die von Natur aus primitiver gewesen sei als die „weiße Rasse“, allen voran als die Angelsachsen.

Ab den 1860er Jahren fiel dem Sozialdarwinismus die Begründungsfunktion für den weltanschaulichen Rassismus zu. Mit der Lehre von den unabänderlichen Rassecharakteristika setzte sich im Süden die Vorstellung vom naturhaft devoten „Sambo“¹³ oder dem treudoofen, aber loyalen „Onkel Tom“¹⁴ durch. Im Norden hingegen, wo im Ausgang des 18. Jahrhunderts die Sklaverei abgeschafft worden war und freie Schwarze die Regel waren, galten – gerade für die Demokratische Partei – die schwarzen Männer als besonders gewalttätig und als potenzielle Vergewaltiger weißer Frauen. Hier herrschte das Stereotyp vom *black perpetrator* („schwarzer Verbrecher“) vor, das in Verbindung mit den Ängsten in den Südstaaten vor einem blutigen Sklavenaufstand wie dem auf Santo Domingo (Haiti) um 1791 die Wahlkämpfe der Demokraten ab den 1840er Jahren dominierte.¹⁵

Aber selbst die Gegner der Sklaverei, viele Liberale, aufgeklärte Philanthropen, vor allem aber radikale nordstaatliche Evangelikale und Quäker (die ersten Abolitionisten überhaupt), blieben nicht frei von rassistischen Vorurteilen und Stereotypen. Sie strebten zwar aus religiösen, ethischen und wirtschaftlichen Gründen ein Ende der Sklaverei an, viele von ihnen aber hätten es nur zu gerne gesehen, wenn im Anschluss an die künftige Emanzipation alle Schwarzen nach Afrika „zurückgekehrt“ wären. Die Gründung des liberianischen Freistaates an der Westküste Afrikas in den 1820er Jahren durch die American Colonization Society, der auch viele Sklavenhalter angehörten, verdankte sich dieser Hoffnung.¹⁶

11 Siehe Nina Möllers, *Kreolische Identität. Eine amerikanische „Rassengeschichte“ zwischen Schwarz und Weiß. Die Free People of Color in New Orleans*, Bielefeld 2008, S. 99–124.

12 Kanaan, der Sohn des Ham wird verflucht, weil Ham sich die Blöße seines betrunkenen Vaters Noah angeschaut hatte – anders als die beiden anderen Söhne Sem und Japhet, die sich schamvoll abwandten. An sich hatte der Text keine rassistische Tendenz. Aber im 18. Jahrhundert machten anglikanische Theologen in Großbritannien Ham zum Urvater der Hamiten Afrikas und legten die Verfluchung dahingehend aus, dass es um die Verurteilung der Afrikaner als Nachfahren Hams geht und darum, sie den Semiten und vor allem den Japhiten als Sklaven unterzuordnen – Japhet wurde als Vorfahr der Europäer gedacht. In manchen naturwissenschaftlichen Kreisen wurde die Stelle als Beleg für die polygenetische These, also die Lehre von den verschiedenen Ursprüngen der Menschenrassen, genommen.

13 Stanley M. Elkins, *Slavery. A Problem in American Institutional and Intellectual Life*, Chicago 1959.

14 Dieses Stereotyp wurde vor allem durch den abolitionistischen Roman von Harriet Beecher Stowe, *Onkel Toms Hütte* (1852), weltweit bekannt.

15 Vgl. Elisabeth Fox-Genovese/Eugene D. Genovese, *The Mind of the Master Class. History and Faith in the Southern Slaveholders' Worldview*, Cambridge 2005, S. 35–39.

16 Vgl. Eric Burin, *Slavery and the Peculiar Solution. A History of the American Colonization Society*, Gainesville 2008.

BLACK COMMUNITY, ABOLITIONISMUS UND ANTIABOLITIONISMUS

Noch zu Zeiten der Sklaverei entstand ab dem ausgehenden 18. Jahrhundert die *black community*. Als Zentren dienten zum einen freie Schwarze, vor allem Pfarrer der evangelikalischen *black church*, zum anderen Sklaven, die – wie etwa Kutscher oder Hausdiener – über ein gewisses Maß an Beweglichkeit verfügten und Nachrichten von Plantage zu Plantage verbreiten konnten. Auf Großplantagen organisierten die Sklaven außerdem nachts ein afrikanisch-synkretistisch geprägtes religiöses und kulturelles Eigenleben mit afrikanischer Musik, Gesängen und Zeremonien. Es gelang den Sklaven sogar, so etwas wie ein geregeltes Familienleben mit eigenen Hochzeitszeremonien aufrechtzuerhalten, das indes durch die zahllosen Vergewaltigungen schwarzer Frauen durch Sklavenhalter und Aufseher sowie durch den ungehemmten Verkauf schwarzer Familienmitglieder erheblich beeinträchtigt wurde.¹⁷ Zudem zog die sexuelle Rivalität durch Sklavinnen den Zorn weißer Plantagenherrinnen nach sich, die mitunter zu unmenschlichen Strafen für die „Konkurrentinnen“ führten. Von einer Solidarität zwischen weißen Frauen und schwarzen Sklavinnen war wenig zu spüren.¹⁸

Daneben formierte sich Widerstand: Aufstände, wie der von Denmark Vesey 1823 und Nat Turner 1831, waren selten. Dafür finden sich Belege von Sabotage, Brandstiftung, Giftanschlägen und Morden. Viele schwarze Mütter trieben ihren Nachwuchs ab, um ihm das Schicksal der Sklaverei zu ersparen.¹⁹ Vielfach jedoch diente die Flucht als Mittel der Wahl. Im Laufe des frühen 19. Jahrhunderts etablierten sich reguläre Fluchtlinien aus dem Süden bis in den Norden und nach Britisch-Nordamerika (Kanada), die Underground Railroad, an der vielfach Quäker ebenso wie umherreisende freie Schwarze, darunter viele Frauen, etwa Harriet Tubman oder Sojourner

Truth, wichtige Rollen spielten.²⁰ Die Südstaatler setzten dagegen das Fugitive Slave Law von 1850 durch, das ihnen erlaubte, flüchtige Schwarze inmitten des sklavenfreien Nordens festzunehmen. Die daraus resultierenden menschlichen Tragödien, darunter öffentliche Selbstmorde ganzer schwarzer Familien, intensivierten bei einer einflussreichen und wortgewaltigen Minderheit im Norden die abolitionistischen Ressentiments gegenüber Sklaverei und Pflanzeraristokratie im Süden.

Bereits in der Amerikanischen Revolution (1765–1783) hatte die Sklavenfrage zu Unstimmigkeiten und politischen Friktionen geführt. Nicht dass die Emanzipation der Sklaven für irgendeinen Revolutionär im Zentrum seiner Überlegungen gestanden hatte – im Gegenteil. Eines der ersten Opfer der Revolutionäre in South Carolina war ein freier Schwarzer gewesen, der Kaufmann Thomas Jeremiah.²¹ Ihm hatte man vorgeworfen, einen Sklavenaufstand geplant zu haben. Im Laufe der Revolution setzten sich lediglich im Norden und Westen die Gegner der Sklaverei durch. Und letztlich führte der Gründungskompromiss – der Missouri-Kompromiss von 1820 – in der Sklavenfrage zu einer strukturellen Sollbruchstelle in der neuen Union.²²

Ab den 1820er Jahren intensivierte sich die daraus resultierende Krise, die schließlich in den 1830er Jahren definitiv seitens der Antiabolitionisten in Gewalt umschlug, als 1837 der erste Abolitionist im Mittelwesten gelyncht wurde. Um 1830 kam der radikale Abolitionismus auf, der eine sofortige und entschädigungslose Freilassung aller Sklaven forderte.²³ Nordstaatliche Evangelikale erklärten die Sklaverei zur Sünde, Südstaatler nannten sie dagegen ein Institut göttlichen Rechts. Nun spalteten sich die protestantischen Religionsgemeinschaften, und ab 1850 zerfiel das Parteiensystem. 1854 setzte in Kansas ein

¹⁷ Siehe Eugene D. Genovese, Roll, Jordan, Roll. The World the Slaves Made, New York 1973.

¹⁸ Siehe Elisabeth Fox-Genovese, Within the Plantation Household. Black and White Women of the Old South, Chapel Hill 1988.

¹⁹ Vgl. Herbert Aptheker, American Negro Slave Revolts, New York 1983; Norbert Finzsch, Konsolidierung und Dissens. Nordamerika von 1800 bis 1865, Münster 2005, S. 149–156.

²⁰ Siehe Raymond Biol, The Underground Railroad, Boston 1995.

²¹ Vgl. William R. Ryan, The World of Thomas Jeremiah. Charles Town at the Eve of the American Revolution, New York 2010.

²² Vgl. Alan Gilbert, Black Patriots and Loyalists. Fighting for Emancipation in the War of Independence, Chicago 2012; Michael Hochgeschwender, Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation, 1763–1815, München 2016, S. 319–330.

²³ Vgl. zur Bedeutung von Sklaverei und Abolitionismus in der Phase vor dem Amerikanischen Bürgerkrieg Hugh Tulloch, The Debate on the American Civil War Era, Manchester 1999, S. 33–104.

blutiger Vorbürgerkrieg ein, in dem sich der Terrorist John Brown durch besondere Gewaltakte hervortat, die im Norden zum Teil hymnisch gefeiert wurden. 1860 versuchte er vergeblich, eine Sklavenrevolte in Virginia zu initialisieren, was zu seiner Hinrichtung führte.²⁴ Parallel dazu radikalisierte sich der Süden. Als dann 1860 der moderate Abolitionist und Republikaner Abraham Lincoln wegen der Spaltung der Demokraten zum Präsidenten der USA gewählt wurde, traten die meisten Sklavenstaaten aus der Union aus – ein Akt, der in den Bürgerkrieg mündete.

Lincoln hatte ursprünglich nur die Ausdehnung der Sklaverei in den Westen verhindern wollen, nahm dann aber die Sezession zum Anlass, am 1. Januar 1863 mit der Emanzipationsproklamation die Sklaverei in den abtrünnigen Gebieten aufzuheben. Dies befreite zwar faktisch erst einmal keinen einzigen Sklaven, führte aber alsbald zu einer Massenflucht von den Plantagen. Gerade diese Massenflucht erbitterte die Sklavenhalter, die sich stets als mildtätige, paternalistisch-wohlwollende Herren gesehen hatten. Hinzu kam bei Lincoln unter dem Eindruck des führenden schwarzen Intellektuellen seiner Zeit, Frederick Douglass, ein Meinungswandel, der nicht allein die Emanzipation, sondern auch die bürgerliche Gleichstellung der befreiten Schwarzen anstrebte. Nach dem Mord an Lincoln 1865 nahmen die radikalen Republikaner diese Position auf und garantierten den Schwarzen neben der Freiheit Bürgerrechte und Wahlrecht. Daraufhin koalierte die liberale weiße Frauenbewegung mit rassistischen Demokraten, um mit den Frauen ein Gegengewicht zu den Stimmen der Schwarzen zu bilden.²⁵ Rassismus blieb konstitutiv für die amerikanische Gesellschaft, selbst für ihr progressives Segment.

RECONSTRUCTION, JIM-CROW-GESETZE UND LYNCHJUSTIZ

Die befreiten Schwarzen versuchten, ihre teilweise in alle Winde zerstreuten Familien zu sammeln und neu aufzubauen,²⁶ strebten nach Bildung und

politisch-gesellschaftlicher Teilhabe. Die *reconstruction* (1866–1877) erlaubte ihnen dies im Rahmen der Republikanischen Partei.²⁷ Selbst nach dem Ende der *reconstruction* gelang es schwarzen Politikern, teilweise in Zusammenarbeit mit den rassistischen Demokraten, bis in die 1880er Jahre an der Macht zu bleiben. In den Augen der weißen Südstaatler haben diese Regierungen bis heute den Geruch der Korruption und politischen Unfähigkeit. Dabei haben historische Untersuchungen gezeigt, dass die Regierungen nicht korrupter und unfähiger waren als die Regierungen der weißen Rassisten zuvor und danach. Die befürchteten Racheakte nach 200 Jahren Sklaverei und grausamer Unterdrückung blieben hingegen weitgehend aus, wozu einerseits die Präsenz der Unionsarmee beigetragen haben mag, andererseits und vor allem aber der religiös-ethische Einfluss der *black church*, die bis zum heutigen Tag das moralische Rückgrat der *black community* darstellt.²⁸

Die Weißen im Süden reagierten auf diese Partizipationsversuche der Schwarzen mit rechtlicher Ausgrenzung: den *black codes*, die zugleich die ökonomische Abhängigkeit von den weißen Großgrundbesitzern durch das System des *sharecropping* zementierten. Schwarze erhielten mehrheitlich keine Bewegungsfreiheit und mussten für dieselben Herren arbeiten wie zu Zeiten der Sklaverei. Da die liberalen Republikaner nicht bereit waren, die Eigentumsverhältnisse im Süden zu verändern, kehrten die Großgrundbesitzer rasch an die Macht zurück. Ihre nominell freien Arbeiter wurden schlecht bezahlt und in permanenter wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten. So waren sie verpflichtet, Güter des alltäglichen Bedarfs in den Warenhäusern der Grundbesitzer zu überhöhten Preisen einzukaufen und deswegen beständig neue Kredite aufzunehmen.²⁹

Begleitet wurden diese Maßnahmen von einer entsetzlichen Gewaltkultur. Allein 1868 brachten der Ku-Klux-Klan und verwandte Terrororganisationen im tiefen Süden weit über tausend Re-

24 Siehe die empathische Biografie von David S. Reynolds, John Brown, Abolitionist. The Man Who Killed Slavery, Sparked the Civil War, and Seeded Civil Rights, New York 2005.

25 Vgl. Sara M. Evans, Born for Liberty. A History of Women in America, New York 1989, S. 123.

26 Siehe Herbert G. Gutman, The Black Family in Slavery and Freedom, 1750–1925, New York 1977.

27 Vgl. Richard White, The Republic for which it Stands. The United States during Reconstruction and the Gilded Age, 1865–1896, New York 2017; Steven Hahn, A Nation under our Feet. Black Political Struggles in the Rural South from Slavery to the Great Migration, Cambridge MA 2003.

28 Vgl. Curtis J. Evans, The Burden of Black Religion, Oxford 2008.

29 Vgl. R. Douglas Hurt, African American Life in the Rural South, 1900–1950, Columbia 2003.

publikaner und freie Schwarze um. Diese Massaker zogen sich bis 1873 hin, ehe das militärische Eingreifen der Unionsgruppen die gewaltsame Opposition gegen die *Reconstruction*-Regimes beendete.³⁰ Danach aber gab die Union die *reconstruction* auf, und zwischen 1877 und 1896 setzten sich die lokalen und einzelstaatlichen Rassentrennungsgesetze, die Jim-Crow-Gesetze, im Süden auf breiter Front durch. Zwischen 1866 und 1967 waren Mischehen gesetzlich verboten (Entscheidung des Obersten Gerichtshofs „*Loving v. Virginia*“). Bald wurden das Schulsystem, die Verkehrssysteme, die Restaurants, Schwimmbäder, Trinkbrunnen, Toiletten und Kirchen nach Rassen getrennt. 1896 erklärte der Oberste Gerichtshof mit der Entscheidung „*Plessy v. Ferguson*“ („*separate but equal*“) das System der Rassentrennung für verfassungskonform.

Der *solid south* mit seinem auf die Demokratische Partei gegründeten Einparteienregime entstand.³¹ Ganz wesentlich basierte er auf der *color line*, die selbst armen Weißen die Möglichkeit eröffnete, sich als tragende Säulen einer „Herrenvolk democracy“ zu fühlen, ohne indes sozioökonomisch wirklich von Belang zu sein.³² Selbst der reformfreudige Franklin D. Roosevelt musste bei seinen Maßnahmen zum New Deal während der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre auf die rassistischen Vorbehalte seiner weißen südstaatlichen Wähler Rücksicht nehmen, wie überhaupt die Demokratische Partei bis in die 1960er Jahre von den sogenannten *lily whites* abhängig blieb.

Dies war Ausdruck und Folge der weiterhin außerordentlichen Brutalität, mit der die Rassentrennung durchgesetzt wurde. Zwischen 1890 und 1920 wurden über 3000 schwarze Männer, nicht selten wegen des imaginierten Vorwurfs der Vergewaltigung, rituell gelyncht. In aller Öffentlichkeit wurden sie gefoltert, getötet, zerstückelt, verbrannt und Körperteile verkauft. Man nahm sogar Eintrittspreise zu diesen keineswegs spontanen Ereignissen. Die Justiz des Südens akzeptierte diese Formen extralegalen Volksgewalt vorbehaltlos. Erst als ab den 1920er Jahren vermehrt

Schwarze legal (und bis 1935 öffentlich) hingerichtet wurden, ging die Zahl der *lynchings* deutlich zurück, um dann im Kampf gegen die Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre wieder zuzunehmen.³³

Die Gewaltkultur des Südens vermochte es indes nicht, die Rassensegregation auf Dauer aufrechtzuerhalten. Insbesondere zwang die ökonomische Entwicklung zum Umdenken. Um 1916 begann, vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Eintritts der USA in den Ersten Weltkrieg und die damit verknüpften Rüstungsanstrengungen, die sogenannte Große Migration vieler Schwarzer in den industrialisierten Norden.³⁴ Dort stießen sie zwar auf rassistisch motivierte Barrieren – weiße Familien weigern sich teilweise bis heute, Schwarze in der Nachbarschaft zu akzeptieren, weil dann die Grundstückspreise sinken –, insgesamt aber besserte sich ihre Situation. Eine schwarze Mittelklasse entstand, die sich dann mit weißen Aktivisten, darunter vielen Juden, verbündete, um etwa die Anti-Lynchbewegung im Norden institutionell abzusichern.

SCHWARZE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG

Auf diese Weise entstanden die ersten Bürgerrechtsorganisationen, etwa 1909 die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), kurz darauf die sehr moderate National Urban League (NUL) sowie schwarze Gewerkschaften.³⁵ Gerade die NAACP entwickelte eine streng rechtsstaatliche Strategie und kämpfte vor allem ab den 1930er Jahren erfolgreich gegen die Benachteiligung der Schwarzen im Süden. Gleichzeitig brachte die Große Migration schwarze Kultur in den Norden. Nach dem Bordellverbot in New Orleans 1910 zogen Jazzmusiker nach Chicago und New York, später nach Paris und Berlin. In New York entwickelte sich um 1925 die Harlem Renaissance, eine genuin schwarze Kulturbewegung, die Musik, bildende Künste, Theater, Kabarett und Literatur verband

30 Vgl. James G. Hollandsworth Jr., *An Absolute Massacre. The New Orleans Race Riot of July 30, 1866*, Baton Rouge 2001; Hahn (Anm. 27), S. 290–303, S. 455–458.

31 Der Begriff „Solid South“ beschreibt die kulturelle Geschlossenheit des US-amerikanischen Südens.

32 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christopher Vials in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

33 Vgl. Manfred Berg, *Lynchjustiz in den USA*, Hamburg 2014; Grace Elisabeth Hale, *Making Whiteness: The Culture of Segregation in the South, 1890–1940*, New York 1999.

34 Siehe Alferdeen Harrison (Hrsg.), *Black Exodus. The Great Migration from the American South*, Jackson 1991.

35 Vgl. Manfred Berg, *The Ticket for Freedom. The NAACP and the Struggle for Black Political Integration*, Gainesville 2005.

und bei Weißen für großes Aufsehen sorgte.³⁶ Mit W. E. B. Du Bois und Booker T. Washington traten, erstmals seit Frederick Douglass, wieder hochgebildete schwarze Intellektuelle an eine breitere Öffentlichkeit.

Dies war allerdings mit Spaltungen und Fraktionsbildungen verbunden: Unter dem Einfluss von Du Bois gründete Marcus Garvey die United Negro Improvement Association (UNIA), die in Abgrenzung zum liberalen, auf Integration bedachten Universalismus der NAACP einem schwarzen, panafrikanisch-äthiopistischen Nationalismus huldigte.³⁷ In den 1930er Jahren sollte die Nation of Islam diese partikularistische Perspektive übernehmen.³⁸ Der schwarze Nationalismus hatte oft antisemitische und homophobe Züge, die sich in den 1930er Jahren bemerkbar machten, als viele radikale Schwarze im Norden offen mit dem Antisemitismus Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten sympathisierten.

Mit den beiden Weltkriegen nahm die schwarze Bürgerrechtsbewegung Fahrt auf. Nach dem Ersten Weltkrieg waren viele schwarze Veteranen empört, dass sie von den Franzosen besser behandelt wurden als von ihren Vorgesetzten. Zudem kam es 1918 und 1919 wiederholt zu *lynchings* an schwarzen Veteranen, die im Süden in Uniform wählen gehen wollten. Der Zweite Weltkrieg war noch weitaus entscheidender. Außerhalb des Südens ließ sich der Öffentlichkeit nicht mehr erklären, warum man gegen den nationalsozialistischen Rassenwahn zu Felde zog, im eigenen Land die Schwarzen aber aus offen rassistischen Motiven unterdrückte. Hinzu kam ab 1947 der Kalte Krieg und in den 1950er Jahren die Dekolonisierung Afrikas. Die Sowjetunion zog aus der „Negerfrage“³⁹ propagandistischen

Nutzen, und schwarze Diplomaten aus Guinea, dem Senegal oder Ghana waren empört, als sie in Motels oder Diners nicht bedient wurden, weil sie schwarz waren. Die USA liefen Gefahr, den Propagandakrieg mit den Kommunisten, die sich bereits in den 1930er Jahren an die Seite der Bürgerrechtsbewegung gestellt hatten, zu verlieren. Dennoch reagierte der Bundesstaat mehr als zögerlich, vor allem wegen des anhaltenden Widerstands der demokratischen *lily whites* im tiefen Süden.

Immerhin verfügte Präsident Harry S Truman 1948 die Desegregation der US-Armee, was jedoch im Vietnamkrieg der 1960er Jahre den Effekt hatte, dass nun nicht mehr schwarze Einheiten als erstes in feindliche Dörfer einrückten, um das feindliche Feuer auf sich zu ziehen, sondern die schwarzen Soldaten gemischter Einheiten. Außerdem erfreute sich nun plötzlich die lange aus der Öffentlichkeit verschwundene konföderierte Kriegsflagge der 1860er Jahre bei weißen Soldaten aus dem Süden größter Beliebtheit, die damit, unterstützt von ihren Politikern, gegen ihre schwarzen Kameraden demonstrierten.⁴⁰ Im Laufe der 1950er Jahre nahmen einige Südstaaten die konföderierte Kriegsflagge in ihre Staatenfahne auf oder hängten sie auf ihre Staatslegislaturen, um gegen Bürgerrechtsbewegung und Rassenintegration zu mobilisieren.

1954 kam es zu einem folgenreichen Durchbruch, den so niemand, am allerwenigsten der moderat konservative Präsident Dwight D. Eisenhower, erwartet hatte: Der neu ernannte republikanische Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten, Earl Warren, erklärte am 17. Mai mit dem ersten Urteil im Fall „Brown v. Board of Education“ den juristischen Grundsatz von „Plessy v. Ferguson“ („*separate but equal*“) für verfassungswidrig. Die Südstaatensensoren protestierten heftig, und die Bundesregierung tat erst einmal nichts, aber der Gerichtshof drängte nun auf Reformen, um die Rassensegregation zu beenden. Angesichts der Ineffizienz der Bundesregierung nahm die schwarze Bürgerrechtsbewegung im Süden den Kampf in die eigenen Hände: 1955 provozierte die NAACP-Sekretärin Rosa Parks ihre Verhaftung in einem Bus in Montgomery, Alabama, als

³⁶ Vgl. Mark Whalan, *The Great War and the Culture of the New Negro*, Gainesville 2008.

³⁷ Vgl. Colin Grant, *Negro with a Hat. The Rise and Fall of Marcus Garvey*, London 2009.

³⁸ Vgl. Mattias Gardell, *In the Name of Elijah Mohammed. Louis Farrakhan and the Nation of Islam*, Durham 1996.

³⁹ „Negerfrage“ ist ein Quellenbegriff, der auf den deutschen Diskurs über die sozioökonomischen Probleme der schwarzen Minderheit in den USA zwischen den 1920er und 1960er Jahren verweist. Obwohl „Neger“ im späten 18. Jahrhundert als ausdrücklicher Wertungsbegriff das nicht diskriminierende, ältere Wort „Mohr“ ersetzt hatte, büßte es im Laufe seines Gebrauchs den streng rassistischen Wertungscharakter ein und wurde im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts zum allgemein gebrauchten Begriff für Schwarze, der auch von politisch Progressiven bis in die 1980er Jahre hinein verwendet wurde.

⁴⁰ Siehe zu dieser Problematik John M. Coski, *The Confederate Battle Flag. America's Most Embattled Emblem*, Cambridge 2005.

sie sich weigerte, zugunsten eines Weißen aufzusteigen. Die schwarze Bevölkerung reagierte mit einem massiven Boykott, an dessen Spitze sich der schwarze Klerus in der Southern Christian Leadership Conference stellte.⁴¹ Neben Fred Shuttlesworth und Ralph Abernathy stach dabei insbesondere der charismatische, medienwirksame Prediger Martin Luther King Jr. hervor. Bald wurde er zum unumschränkten Anführer.⁴²

Eine Welle von lokalen Kämpfen gegen die Rassentrennung und die Jim-Crow-Gesetze sowie für ein integriertes Schulsystem überrollte den Süden. Schwarze und weiße Aktivisten aus dem Norden und Süden kämpften für das Wahlrecht der Schwarzen. Die weißen Südstaatler reagierten mit neuerlichen Gewaltexzessen gegen diese, wie sie es nannten, „*second reconstruction*“. Die weiße Polizei setzte Tränengas und Hunde gegen Schulkinder ein. Immer wieder mussten Regierungstruppen oder die Nationalgarde die Ordnung wiederherstellen. Selbst das streng konservative FBI begann gegen Ende der Amtszeit von John F. Kennedy (1961–1963) auf Befehl des Justizministers Robert F. Kennedy, die Bürgerrechtsbewegung zu unterstützen. Am Ende war es Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson, der als Südstaatler aus Texas 1964 den Civil Rights Act und 1965 den Voting Rights Act durchsetzte.

Noch 1965 begann die Abwanderung konservativer Südstaatendemokraten in die Republikanische Partei, wo sie in den 1990er Jahren dann die Mehrheit übernahmen. Der solide demokratische Süden wurde solide republikanisch, blieb aber konservativ. Dennoch zeitigten Bürgerrechtsbewegung und Bürgerrechtsgesetze im Süden die größten Erfolge. Der offene Rassismus der Segregationszeit brach zusammen. Problematischer war die Lage in den urbanen Zentren des Nordens, wo die Rassengrenzen fluider und verdeckter definiert waren und entsprechend die Frustration der Schwarzen groß war. Martin Luther Kings Gegenspieler Malcolm X symbolisierte diese Mischung aus

Zorn und Frustration wie kein anderer. Er trat für den bewusst separatistischen Begriff „African-American“ ein – anstelle des überkommenen, universalistisch-integrativ konnotierten Ausdrucks „American Negro“. In den Städten kam es ab 1964 zu gewaltsamen Aufständen, die nach der Ermordung Martin Luther Kings und Robert F. Kennedys 1968 eskalierten. Anders als im Süden hatten hier nicht die liberalen Universalisten und die Kleriker der *black church* das Sagen, sondern schwarze Nationalisten und radikale Gruppen wie die Black Panther Party, die vom FBI mit gnadenloser Gewalt zerschlagen wurde.

SCHLUSS

Trotz der unbestreitbaren Erfolge der Bürgerrechtsbewegung ab den 1930er Jahren blieb die *color line* für die amerikanische Gesellschaft konstitutiv. Gewiss, die schwarze Mittelklasse wurde breiter, entfernte sich aber auch geistig und materiell, zum Teil auch örtlich von der Masse der *black community* in den großstädtischen Slums oder den ländlichen Distrikten des Südens. Schwarze Politiker, Firmeninhaber, Akademiker, Polizisten und Kleriker teilen nicht mehr zwangsläufig die Lebenswelt der schwarzen Mehrheit, die wirtschaftlich, sozial, bildungspolitisch, am Arbeitsmarkt und gesundheitlich sowie im Lebensstandard hinter allen anderen amerikanischen Ethnien zurückbleibt, weil sie weiterhin strukturell durch offenen und verdeckten Rassismus sowie durch interne Fehlentwicklungen benachteiligt wird. Und so tragen die USA immer noch schwer am Erbe ihrer rassistischen Vergangenheit.

MICHAEL HOCHGESCHWENDER

ist Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte, Empirische Kulturforschung und Kulturanthropologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der USA in der Antebellums- und Bürgerkriegsepoche.

michael.hochgeschwender@lrz.uni-muenchen.de

⁴¹ Vgl. Pete Daniel, *Lost Revolutions. The South in the 1950s*, Chapel Hill 2000; Kevern Verney, *The Debate on Black Civil Rights in America*, Manchester 2006; Gary Gerstle, *American Crucible. Race and Nation in the Twentieth Century*, Princeton 2001.

⁴² Zu Martin Luther King und seinem radikalen Gegenspieler aus den Reihen der Nation of Islam siehe Britta Waldschmidt-Nelson, *Gegenspieler. Martin Luther King – Malcolm X*, Frankfurt/M. 2000; dies. *Malcolm X. Eine Biographie*, München 2015.

TRAUM ODER ALBTRAUM?

Das Erbe von Martin Luther King Jr.

Britta Waldschmidt-Nelson

Am 28. August 1963 hielt Martin Luther King Jr. seine weltbekannte „I Have a Dream“-Rede vor dem Lincoln Memorial in Washington, D.C. Der damals 34-jährige Anführer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung drückte hierin seine Hoffnung aus, dass die USA eines Tages ihren schwarzen Bürgerinnen und Bürgern⁰¹ die volle Gleichberechtigung erteilen und Menschen aller Rassen in den USA friedlich und respektvoll zusammenleben werden. Kings entschiedenes Eintreten für Rassengleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und Frieden brachte ihm weltweit viel Hochachtung ein. In den USA wurde er jedoch immer mehr zur Hassfigur der politischen Rechten und *white supremacists*. Ein weißer Rassist erschoss King schließlich vor 50 Jahren, am 4. April 1968, aus dem Hinterhalt. Doch Kings Traum lebte weiter und gilt bis heute vielen als Ansporn, sich für eine bessere, tolerantere und gerechtere Gesellschaft einzusetzen.⁰² Als 2008 Barack Obama zum ersten afroamerikanischen Präsidenten der USA gewählt wurde, glaubten viele, dies sei der Beginn einer neuen Ära, welche die baldige Erfüllung von Kings Traum ankündigte.⁰³ Hat sich diese Hoffnung bewahrheitet?

Der Beitrag bietet einen Überblick über die Entwicklung seit den 1960er Jahren und diskutiert die wichtigsten Fortschritte und Defizite in Bezug auf die politische, soziale und wirtschaftliche Situation der Afroamerikaner bis zur Gegenwart. Um die Leistung Kings und der schwarzen Bürgerrechtsbewegung angemessen würdigen zu können, ist es sinnvoll, sich vorab an die Situation schwarzer US-Amerikaner in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern.

SEGREGATIONSÄRA

Nach dem Ende des Amerikanischen Bürgerkriegs (1861–1865) waren durch Verfassungszusätze in den gesamten USA die Sklaverei verboten und den befreiten Afroamerikanern die vollen Bürgerrechte sowie das Wahlrecht zugesprochen wor-

den. Kaum jedoch hatten die letzten Nordstaatentruppen den Süden am Ende der *reconstruction* 1877 verlassen, begann die weiße Südstaatenelite, durch ein raffiniertes System von neuen Gesetzen ihre Herrschaft über die schwarze Bevölkerung wieder zu etablieren.⁰⁴ Diese Gesetze wurden als Jim-Crow-Gesetze⁰⁵ bezeichnet und zielten im Wesentlichen auf drei Dinge ab: *erstens* auf die politische Entmündigung der schwarzen Bevölkerung (zum Beispiel durch den gezielten Ausschluss von den Wählerlisten), *zweitens* auf die Kontrolle der schwarzen Arbeitskraft (beispielsweise durch Gesetze, die jede Berufstätigkeit außerhalb der Landwirtschaft oder dem Dienstbotenbereich untersagten) und *drittens* schließlich die Segregation, das heißt Rassentrennung, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Das Jim-Crow-System beruhte darauf, dass Afroamerikaner nicht als gleichwertige Bürger, sondern als Menschen zweiter Klasse angesehen wurden, die gebührenden Abstand von der weißen „Herrenrasse“ zu halten hatten. Schwarze mussten im Bus hinten und im Zug in eigenen Abteilen sitzen; auch Restaurants, Kinos, Schwimmbäder, ja sogar Trinkbrunnen waren segregiert, gleiches galt für Krankenhäuser und Schulen. Die Einrichtungen für Weiße waren hierbei stets deutlich besser ausgestattet als die für Schwarze. Vom Besuch der staatlichen Hochschulen waren Afroamerikaner im Süden ganz ausgeschlossen, nicht nur, weil die meisten Weißen sie nicht für intelligent genug hielten, ein Hochschulstudium zu absolvieren, sondern vor allem, weil es im Interesse der weißen Machthaber lag, die schwarze Bevölkerung auf einem möglichst geringen Bildungsniveau zu halten.

Die Jim-Crow-Gesetze erwiesen sich fast ein Jahrhundert lang als ausgesprochen effektiv, zumal Widerstandsversuche der schwarzen Bevölkerung nicht nur strafrechtlich, sondern auch durch brutale Terrormaßnahmen des Ku-Klux-Klans und anderer rassistischer weißer Organisationen geahndet wurden. Zwischen 1877 und 1950 wurden im

Süden der USA mehr als 3900 Afroamerikaner von weißen Mobs gelyncht.⁰⁶

Zwar versuchten Afroamerikaner immer wieder gegen ihre Unterdrückung aufzubegehren, aber bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts nur mit relativ geringem Erfolg. Mit dem Zweiten Weltkrieg änderten sich dann allerdings einige wichtige Parameter: *Erstens* erhöhte sich durch die Teilnahme von über einer Million afroamerikanischer Soldaten im Krieg, die in Europa gegen den Nazi-Rassismus gekämpft und dort ein Leben ohne legale Rassentrennung kennengelernt hatten, deren Selbstwertgefühl und Widerwillen, sich weiterhin den Jim-Crow-Gesetzen zu beugen. Viele engagierten sich darum nach ihrer Heimkehr in der Bürgerrechtsbewegung. *Zweitens* wurde die legale Diskriminierung schwarzer Bürger im Süden der USA in der Zeit des Kalten Kriegs für die US-Regierung ein zunehmend peinliches, auch international bekanntes Problem. *Drittens* erklärte das Oberste Bundesgericht der USA im Mai 1954 die Rassentrennung an öffentlichen Schulen für verfassungswidrig. Daraufhin begann 1955 eine neue Ära des schwarzen Freiheitskampfes.

Durch den 382 Tage langen, erfolgreichen Busboykott von Montgomery, Alabama, wurde der junge, charismatische Baptistenpfarrer Martin Luther King Jr. an die Spitze der Bürgerrechtsbewegung katapultiert. Er und andere Aktivisten motivierten Hunderttausende zum Mitmachen bei Demonstrationen, Boykotten, Protestmärschen und vielen anderen Aktionen. Die hohen Ideale, die Opferbereitschaft, der Mut und die Standhaftigkeit dieser Bürgerrechtler, von denen Tausende von weißen Rassisten brutal misshan-

delt und eine ganze Reihe getötet wurden, bewegten die amerikanische Regierung schließlich zum Einlenken. So begann Mitte der 1960er Jahre endlich eine neue Ära der legalen Gleichstellung der afroamerikanischen Bevölkerung, die viele andere positive Veränderungen nach sich zog.

GESETZLICHE GLEICHSTELLUNG UND POLITISCHE REPRÄSENTATION

Als wichtigste gesetzliche Schritte für die Rassegleichberechtigung seien hier zuerst die beiden großen Bürgerrechtsgesetze der 1960er Jahre genannt: der Civil Rights Act (CRA) von 1964 und der Voting Rights Act (VRA) von 1965, deren Verabschiedung maßgeblich auf die von der Bürgerrechtsbewegung organisierten Proteste zurückzuführen ist.

Der CRA hob die bis dahin legale Rassentrennung auf und verbot die Diskriminierung von Schwarzen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, in Regierungsprogrammen und auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem schuf der CRA die legale Grundlage für *affirmative action*, sprich für Regelungen und Vorschriften, die Afroamerikanern und anderen benachteiligten Gruppen gewisse Vorteile im Ausbildungs- und Berufswesen verschaffen, um frühere Diskriminierungen auszugleichen.

Der VRA verfügte darüber hinaus die sofortige Abschaffung aller Arten von Wahlsteuern, Tests und Sonderregelungen, die zur politischen Entmündigung der Schwarzen im Süden beigetragen hatten und ordnete an, dass Inspektoren der United States Commission on Civil Rights in den folgenden Jahren die Wahleinschreibungsprozesse im Süden genau überwachten. Dieses Gesetz, das zuletzt 2006 für weitere 25 Jahre verlängert wurde, war von ganz entscheidender Bedeutung für eine Öffnung des politischen Systems für Afroamerikaner.⁰⁷ So konnte sich die Anzahl der registrierten schwarzen Wähler in den Südstaaten innerhalb von fünf Jahren verdoppeln, womit sich wiederum die Zahl der gewählten schwarzen Amtsinhaber in den Südstaaten seit 1965 von 72 auf über 5000 erhöhte, und auch im gesamten Gebiet der USA stieg die Anzahl afroamerikanischer Politiker von weniger als 300 auf mittlerweile

01 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden bei Gruppenbezeichnungen auf die Doppelnennung beider Geschlechter verzichtet, so nicht anders vermerkt, sind jedoch hierbei immer grundsätzlich Frauen und Männer gemeint.

02 Siehe hierzu Harvard Sitkoff, King, Pilgrimage to the Mountaintop, New York 2008; Britta Waldschmidt-Nelson, Gegenspieler. Martin Luther King – Malcolm X, Frankfurt/M. 2000.

03 Vgl. Britta Waldschmidt-Nelson, Barack Obama. Der erste afroamerikanische Präsident: A Dream Come True?, in: Christof Mauch (Hrsg.), Die amerikanischen Präsidenten, München 2018, S. 470–495.

04 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Hochgeschwender in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

05 Der Name Jim Crow geht auf die erfundene Figur eines, von einem schwarz-geschminkten Weißen dargestellten, singenden schwarzen Tölpels in einer Musikshow der 1830er Jahre zurück. Die Show war so populär, dass sich der Name Jim Crow in den USA schließlich als derogative Bezeichnung für schwarze Amerikaner durchsetzte.

06 Vgl. Manfred Berg, A History of Lynching in America, Chicago 2011.

07 Vgl. hier und im Folgenden Khalilah Brown-Dean et al., 50 Years of the Voting Rights Act. The State of the Race in Politics, Joint Center for Political and Economic Studies, Washington D.C. 2015.

über 10000. Die afroamerikanische Wahlbeteiligung liegt heute genauso hoch wie die der weißen Amerikaner, und in einigen Fällen waren die Stimmen schwarzer Wähler entscheidend für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen. So trugen sie maßgeblich zum Wahlsieg von Jimmy Carter, Bill Clinton und Barack Obama bei.

Auch auf lokaler und einzelstaatlicher Ebene hat es signifikante Fortschritte in der politischen Repräsentation der schwarzen Minderheit gegeben. So wurden oder werden seit den 1970er Jahren zahlreiche bedeutende US-amerikanische Großstädte von afroamerikanischen Bürgermeistern regiert. Diese konnten natürlich nicht alle Probleme benachteiligter Minderheiten in ihren jeweiligen Städten lösen, aber es hat sich gezeigt, dass schwarze Bürgermeister sich in besonderem Maße für die Interessen dieser Gruppen einsetzten, unter anderem auch durch die Integration ihrer Stadtverwaltungen sowie der lokalen Polizei- und Feuerwehr.

Seit den 1990er Jahren gab es in drei amerikanischen Bundesstaaten afroamerikanische Gouverneure; auch gelang mittlerweile acht schwarzen US-Amerikanern der Einzug in den US-Senat. Mit Ausnahme von zwei Politikern sind alle Mitglieder der Demokratischen Partei, die aufgrund ihrer progressiveren sozialen Einstellung und ihres Eintretens für Rassengleichberechtigung seit den 1960er Jahren von über 90 Prozent der Afroamerikaner gegenüber der Republikanischen Partei präferiert wird.

Beeindruckend ist weiter der eminente Anstieg der Zahl von schwarzen Kongressabgeordneten: Von sieben im Jahr 1965 auf 51 heute. Damit verfügen Afroamerikaner, deren Bevölkerungsanteil 13 Prozent beträgt, über fast zehn Prozent der Sitze im US-Kongress. Sie üben somit auf den legislativen Entscheidungsprozess einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss aus.

Mit Blick auf die Exekutive lassen sich weitere Fortschritte erkennen: 1966 ernannte Präsident Lyndon B. Johnson mit Robert Weaver als Minister für Hausbau und Stadtentwicklung das erste afroamerikanische Kabinettsmitglied. Präsident Bill Clinton war der erste Präsident, der mehr als einen schwarzen Minister hatte und berief insgesamt sieben Afroamerikaner in sein Kabinett; ein bis heute ungebrochener Rekord. George W. Bush hatte immerhin vier, darunter den ersten schwarzen Außenminister (Colin Powell) und die erste schwarze Außenministerin (Condoleezza Rice). In der Regierung Obamas gab es

fünf afroamerikanische Kabinettsmitglieder, darunter der erste schwarze Justizminister. Erwähnenswert ist hier allerdings, dass Obama deutlich mehr schwarze Bundesrichter berief als alle seine Amtsvorgänger – fast 20 Prozent der von ihm ernannten Federal Judges waren Afroamerikaner.

In jedem Fall ist die Präsenz schwarzer Amtsinhaber auf höchster Regierungsebene seit den 1990er Jahren auf ein Level gestiegen, das zu Kings Lebzeiten kaum vorstellbar war. Dies ist ein beachtlicher Erfolg, und zwar nicht nur wegen der Symbolkraft und Vorbildfunktion, die ranghohe afroamerikanische Politiker haben, sondern vor allem wegen der Machtposition, die sie einnehmen.

Die große Mehrheit der schwarzen Politiker, die seit den 1960er Jahren in der Legislative oder Exekutive Ämter innehatten, stammten aus bescheidenen Familienverhältnissen. Sie sind in ihrem Leben oft mit Armut und mit Diskriminierung beziehungsweise Fällen von offenem Rassismus konfrontiert worden. Fast alle schwarzen Politiker sind durch diese Erfahrungen geprägt, und bei den meisten spiegelt sich dies in ihren politischen Überzeugungen und Handlungen wider. So nutzen afroamerikanische Amtsinhaber zahlreiche Möglichkeiten, um ihren politischen Einfluss für das Wohl traditionell benachteiligter Minderheiten einzusetzen, zum Beispiel durch die Förderung von Gesetzen beziehungsweise Programmen und Positionen, die benachteiligten Gruppen zugutekommen.⁰⁸

Inwieweit sich die positive Entwicklung der afroamerikanischen politischen Repräsentation auch auf die soziale und wirtschaftliche Lage von Afroamerikanern ausgewirkt hat, soll im Folgenden beleuchtet werden.

FORTSCHRITTE IM SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN BEREICH

Ein bedeutender Fortschritt im Bildungsbereich ist, dass der Anteil von schwarzen und weißen Jugendlichen, die regelmäßig eine Schule besuchen, heute praktisch gleich hoch ist. Die Rate der schwarzen Schüler, die einen Highschool-Abschluss erwerben, stieg zudem seit 1964 von 25 auf 75 Prozent, und die Rate derjenigen Afroame-

⁰⁸ Vgl. Eric Freedman/Stephen A. Jones, *African Americans in Congress. A Documentary History*, Washington D. C. 2008; Michael D'Antonio, *A Consequential President. The Legacy of Barack Obama*, New York 2017.

rikaner, denen es gelang, ein Hochschulstudium abzuschließen, von fünf auf 22 Prozent.⁰⁹

Auch im Gesundheitssektor gibt es spürbare Verbesserungen: 2017 verfügten – unter anderem wegen der Gesundheitsreform von Obama – fast 75 Prozent der schwarzen Bevölkerung über eine Krankenversicherung. 1960 waren es weniger als ein Drittel. Und die Kindersterblichkeitsrate unter der schwarzen Bevölkerung ist seit 1960 um die Hälfte zurückgegangen. Während damals noch die Hälfte aller Afroamerikaner unterhalb der Armutsgrenze lebte, betrifft dies jetzt „nur“ noch ein Viertel, und die Arbeitslosenrate ist mit knapp sieben Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren. Nicht zuletzt aufgrund des erhöhten Bildungsniveaus gibt es inzwischen auch eine aufstrebende schwarze Mittelklasse, und während es vor 50 Jahren nur relativ wenig reiche Afroamerikaner gab, leben jetzt mehr als 35 000 schwarze Millionäre in den USA.¹⁰

Im Bereich der Justiz beziehungsweise der Strafverfolgung hat es einige, wenn auch weniger beeindruckende Fortschritte gegeben. So ist man heute verstärkt darum bemüht, Diskriminierung bei Prozessen zu vermeiden, insbesondere bei der Auswahl der in den USA für Strafprozesse notwendigen Jurymitglieder. Außerdem hat sich die Anzahl der schwarzen Richter seit den 1960er Jahren stark erhöht, und bei der Polizei gibt es heute wesentlich mehr afroamerikanische Angestellte als früher, wodurch in einigen Städten ein spürbarer Rückgang von Polizeibrutalität gegenüber Minderheiten verzeichnet werden konnte.¹¹

VERBESSERUNGEN IN KULTUR UND SPORT

Die größten Fortschritte in Bezug auf den Aufstieg, die Gleichberechtigung und Anerkennung von Afroamerikanern hat es vermutlich in den

Bereichen Sport und Kultur gegeben. Viele der schwarzen Medien- und Sport-Superstars haben nicht nur beachtlichen finanziellen Wohlstand erreicht, sondern erfreuen sich auch beim weißen Publikum größter Popularität. Hierzu zählen Schauspieler wie Denzel Washington, Halle Berry oder Will Smith, Sportlegenden wie Michael Jordan, die Williams-Schwwestern oder Tiger Woods, klassische Musiker wie Wynton und Branford Marsalis oder Jessye Norman und Sänger wie Queen Latifah, Beyoncé, Jay-Z oder Kanye West. Außerdem hat sich die genuin afroamerikanische Kunstform des Rap nicht nur zu einem Milliardenbusiness entwickelt, sondern auch die Musikkultur der jüngeren Generation weltweit nachhaltig geprägt.

Darüber hinaus wird schwarzer Geschichte und Kultur deutlich mehr Interesse entgegengebracht und Respekt gezollt als noch vor wenigen Jahren. So gehört die Geschichte der Sklaverei und Segregation zum Curriculum im Geschichtsunterricht aller öffentlichen Schulen, und es gibt an fast allen Universitäten eigene African American Studies Departments. Seit den 1980er Jahren wird an jedem dritten Montag im Januar, dem Martin Luther King Jr. Day, King und der Bürgerrechtsbewegung gedacht. Schließlich ist auch die Tatsache, dass eine Mehrheit der US-Bürger 2008 und 2012 einen Afroamerikaner in das höchste Amt ihrer Nation wählte, ein nicht zu vernachlässigendes Indiz für eine Verbesserung in den US-amerikanischen Rassenbeziehungen.

Aufgrund der bislang genannten Fakten und Entwicklungen könnte man nun durchaus denken, dass sich der Traum von Martin Luther King Jr. bereits weitgehend erfüllt hätte. Aber diese positive Bilanz ist nur eine Seite der Medaille. Auf der Kehrseite gibt es nach wie vor eine Reihe von Defiziten und Problemen in nahezu allen der oben genannten Bereiche, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

DEFIZITE IM BEREICH DER POLITISCHEN REPRÄSENTATION

Die Gesamtsumme von gut 10 000 afroamerikanischen gewählten Amtsinhabern macht weniger als zwei Prozent aller gewählten Amtsinhaber in den USA aus. Es gibt zurzeit keinen einzigen schwarzen Gouverneur, nur zwei schwarze US-

09 Vgl. Kenneth J. Meier/Amanda Rutherford, *The Politics of African-American Education: Representation, Partisanship, and Educational Equity*, New York 2017.

10 Vgl. Harriette McAdoo (Hrsg.), *Black Families*, Thousand Oaks 2007; National Urban League, *The State of Black America*, New York 1976–2017, neueste Ausgaben online abrufbar unter <http://soba.iamempowered.com>.

11 Vgl. Abigail und Stephan Thernstrom, *America in Black and White*, New York 1997; Barry J. McMillion, *Number of African American Judges Reaches All-Time High*, Congressional Research Service Report IN10234, 23.2.2015, <https://fas.org/sgp/crs/misc/IN10234.pdf>.

Senatoren, und auch die Tatsache, dass US-Präsident Donald Trump nur ein einziges afroamerikanisches Kabinettsmitglied hat, den Minister für Hausbau und Stadtentwicklung Ben Carson¹², zeigt, dass die afroamerikanische Bevölkerung weit von einer Parität der politischen Repräsentation entfernt ist.

Dies hat zum Teil strukturelle Gründe; etwa das Mehrheitswahlrecht, das sich im Vergleich zum Verhältniswahlrecht eher nachteilig auf die Repräsentation von Minderheiten auswirkt. Dazu kommt die Präferenz vieler weißer Amerikaner, vor allem im Süden, nur für weiße Kandidaten zu stimmen.¹³ Außerdem gibt es immer noch Fälle von direkter Diskriminierung schwarzer Wähler: So wurden etwa bei der Präsidentschaftswahl in Florida 2000 mehr als 20 000 Afroamerikaner kurz vor der Wahl unrechtmäßig von den Wählerregistrationslisten gestrichen.¹⁴ Eine später als „bedauerlicher Fehler“ bezeichnete Aktion, für die Floridas Gouverneur Jeb Bush jede Verantwortung von sich wies, die jedoch für den Wahlsieg seines Bruders George W. Bush von entscheidender Bedeutung war.

Neben Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Wahlrechts ist für viele schwarze Amerikaner frustrierend, dass trotz der genannten Fortschritte viele für sie wichtige Gesetzesvorlagen bis heute nicht verabschiedet wurden. Dazu zählen zum Beispiel eine bereits von King geforderte Economic Bill of Rights, die das Recht auf eine staatliche Grundversorgung eingerichtet hätte, oder der Racial Justice Act als Maßnahme gegen Rassendiskriminierung im Justizwesen. Nicht nur, aber auch wegen des Scheiterns dieser und anderer politischen Bemühungen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit gibt es in vielen Lebensbereichen weiterhin eklatante Unterschiede in den Lebensbedingungen schwarzer und weißer Amerikaner.

12 Ben Carson war bis zum Sommer 2016 ein parteiinterner Rivale Trumps, der keinerlei Erfahrung im Bereich seines jetzigen Ressorts besaß. Viele vermuten deshalb, dass Trump sich 2016 mit dem Versprechen auf einen Kabinettsposten Carsons politische Unterstützung erkaufte.

13 Vgl. Manfred Berg, *From Disfranchisement to Minority Vote Dilution*, in: Andreas Etges/Ursula Lehmkuhl (Hrsg.), *Atlantic Passages: Constitution – Immigration – Internationalization*, Berlin 2006, S. 73–86; Ronald W. Walters, *Black Voters, Black Candidates, and American Presidential Politics*, Lanham 2008.

14 Siehe US Commission on Civil Rights, *Voting Irregularities in Florida during the 2000 Presidential Election*, Juni 2001, www.usccr.gov/pubs/vote2000/report/main.htm.

BENACHTEILIGUNG IM SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN BEREICH

Im Bildungsbereich stellt vor allem die immer noch existierende Rassentrennung an Schulen ein gravierendes Problem dar: Zum einem liegt das an der de facto Segregation der Wohnbezirke, zum anderen am Nachlassen staatlicher Förderungsmaßnahmen zur Integration seit Ende der 1980er Jahre. So ist der Anteil schwarzer Schüler, die im Süden der USA integrierte Schulen besuchen, von 1964 bis 1990 zwar von drei auf 45 Prozent gestiegen, jedoch mittlerweile wieder auf unter 25 Prozent gesunken. Bundesweit besuchen heute rund 70 Prozent der afroamerikanischen Jugendlichen Bildungseinrichtungen, in denen es kaum weiße Mitschüler gibt. Da diese Schulen oft in einkommensschwachen Gebieten liegen und amerikanische Schulen aus lokalen Steuermitteln finanziert werden, sind sie meist chronisch unterfinanziert und die Bildungsmöglichkeiten entsprechend schlecht. Die Abbruchquote bei Schülern ist darum bei Afroamerikanern deutlich höher als bei ihren weißen Mitschülern, und die Rate schwarzer Hochschulabsolventen mit 22 Prozent liegt auch heute noch deutlich unter der Rate weißer Amerikaner (33 Prozent).¹⁵

Ein Viertel aller Afroamerikaner lebt ohne jegliche Krankenversicherung, und viele weitere haben nur einen unvollständigen Versicherungsschutz. Dies trägt wiederum dazu bei, dass die Kindersterblichkeitsrate doppelt so hoch ist wie die weißer Kinder. Aufgrund von Bildungsmangel, Armut und ungesunder Ernährung leiden Afroamerikaner auch besonders häufig unter Krankheiten wie Übergewicht, Herzinsuffizienz oder Diabetes, außerdem sind 44 Prozent aller HIV-Infizierten Afroamerikaner. Nicht zuletzt deswegen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung weißer Amerikaner um gut sechs Jahre über der von Afroamerikanern.¹⁶

Zur Einkommenssituation ist anzumerken, dass trotz des derzeitigen Rekordtiefs der Arbeitslosenrate der schwarzen Bevölkerung sie von

15 Vgl. Camille L. Ryan/Kurt Bauman, *Educational Attainment in the United States: 2015*, United States Census Bureau, März 2016, www.census.gov/content/dam/Census/library/publications/2016/demo/p20-578.pdf.

16 Vgl. US Center for Disease Control, *Health of Black or African American non-Hispanic Population*, 3.5.2017, www.cdc.gov/nchs/fastats/black-health.htm.

den 1950er Jahren bis heute konstant ungefähr doppelt so hoch gewesen ist wie die der weißen Amerikaner. Dies liegt zum Teil an der schlechteren Ausbildung schwarzer Jugendlicher, zum Teil aber auch daran, dass es bei vielen Firmen weiterhin belegbare Präferenzen für weiße Amerikaner bei Einstellungsverfahren gibt, insbesondere bei männlichen Bewerbern. Das Durchschnittseinkommen einer vierköpfigen schwarzen Familie betrug 2016 64 Prozent des Einkommens einer gleich großen weißen Familie. Der durchschnittliche Gesamtbesitz einer weißen Familie in den USA liegt fast zehnmal so hoch wie der einer afroamerikanischen Familie. Auch ist anzumerken, dass ein Viertel aller Afroamerikaner unterhalb der Armutsgrenze lebt, und die Armutsrate schwarzer Kinder mit 37 Prozent sogar mehr als dreimal so hoch ist wie die weißer Kinder.¹⁷

Neben anderen Faktoren führen Arbeitslosigkeit und Armut oft zu Drogensucht und Kriminalität. So ist es eine traurige Tatsache, dass sich heute fast ein Viertel aller afroamerikanischen Männer zwischen 18 und 28 Jahren in einer Haftanstalt befindet oder eine Bewährungsstrafe verbüßt. Dies ist nicht nur auf die relativ hohe Kriminalitätsrate schwarzer Jugendlicher zurückzuführen, sondern auch darauf, dass straffällig gewordene Afroamerikaner sich selten gute Anwälte leisten können und in den USA auch nicht gewalttätige Drogendelikte oft mit langen Gefängnisstrafen geahndet werden. Die USA haben mit fünf Prozent der Bevölkerung zurzeit die höchste Inhaftierungsquote der Welt. Afroamerikaner werden doppelt so oft wegen Drogenvergehens verhaftet, obwohl Studien nachweisen, dass sie weder häufiger illegale Drogen konsumieren noch häufiger mit diesen handeln als weiße Amerikaner. Außerdem wird der Besitz beziehungsweise Handel mit bestimmten Drogen, die bevorzugt in schwarzen Ghettos konsumiert werden (Crack Cocaine), härter bestraft als der von primär in der weißen Mittelschicht benutzten Rauschmitteln (Powder Cocaine).¹⁸

17 Siehe The State of Working America, Fact Sheets: African Americans, 30. 1. 2018, www.stateofworkingamerica.org/fact-sheets/african-americans; Alon Ben-Meir, Center for Global Affairs, Child Poverty In America Is Indefensible, 27. 10. 2017, www.huffingtonpost.com/entry/child-poverty-in-america-is-indefensible_us_59f21fabe4b06acda25f485c.

18 Vgl. Bill Quigley, 18 Examples Of Racism In The Criminal Legal System, 4. 10. 2016, www.huffingtonpost.com/entry/18-examples-of-racism-in-criminal-legal-system_us_57f26bf0e4b095bd896a1476; Joseph J. Palamar et al., Powder Cocaine and

Die Hautfarbe von Opfer und Täter spielt ebenfalls eine große Rolle bei der Verurteilung in Mordfällen, insbesondere im Süden der USA. So wurde nachgewiesen, dass in den USA schwarze Mörder mit einem weißen Opfer viermal so oft zum Tode verurteilt werden wie weiße Mörder mit schwarzen Opfern. Über 40 Prozent aller in den Todeszellen auf ihre Hinrichtung wartenden US-Amerikaner sind Schwarze (bei einem Bevölkerungsanteil von knapp 13 Prozent). So wundert es nicht, dass Bürgerrechtsorganisationen in den USA weiterhin für einen besseren Schutz vor Rassendiskriminierung im Justizsystem kämpfen.¹⁹

Offensichtlich haben es seit dem Tod Kings viele Mitglieder der schwarzen Mittelklasse zwar geschafft, die sozioökonomische Situation ihrer Familien nachhaltig zu verbessern, aber auf die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung trifft dies nicht zu. Seitdem die gesetzliche Gleichstellung der Schwarzen in den 1960er Jahren vollzogen wurde, ist es zunehmend schwieriger geworden, die Faktoren „Rasse“ und „soziale Klasse“ klar voneinander zu trennen. Das Problem der schwarzen Armut, insbesondere der sogenannten *urban underclass*, ist sehr komplex. Es hängt zum einen mit Globalisierungsprozessen und wirtschaftlichem Strukturwandel zusammen, zum anderen mit systeminhärenter oder persönlicher Rassendiskriminierung.

Ein noch schwerwiegenderes Problem im Kampf gegen die desolate Situation der schwarzen Unterschicht liegt darin, dass weitreichende, fundamentale Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der USA nötig wären, um in diesem Bereich wirklich nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Schon King hatte 1967 deshalb eine „Revolution der Werte“, eine radikale Umkehr der gesellschaftlichen Prioritätensetzung, gefordert. Aber die meisten weißen Amerikaner, welche die Nutznießer des gegenwärtigen Systems sind, lehnen solche Veränderungen ab. Auch der durch Obama errungene Teilerfolg eines neuen nationalen Krankenversicherungssystems wird seit seiner Einrichtung von weißen Konservativen vehement kritisiert und bekämpft.

Crack Use in the United States: An Examination of Risk for Arrest and Socioeconomic Disparities in Use, 2. 2. 2015, www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4533860.

19 Vgl. Death Penalty Information Center, The Death Penalty in Black and White: Who Lives, Who Dies, Who Decides, Washington D.C. 1998; Miriam DeLone et al., Race, Ethnicity, and Crime in America, Belmont 2012; Quigley (Anm. 18).

PROBLEME IM BEREICH DER RASSENBEZIEHUNGEN

Zwar gibt es große Fortschritte in den Bereichen Kultur und Sport, aber in den Rassenbeziehungen insgesamt herrscht heute fast genauso viel Misstrauen, Spannung und Aggression wie zu Lebzeiten Kings. Daran hat auch die Wahl des ersten afroamerikanischen Präsidenten nichts geändert. Es sei auch darauf hingewiesen, dass Barack Obama vermutlich von einer Mehrheit der weißen US-Amerikaner nicht gewählt worden wäre, wenn er keine weiße Mutter gehabt hätte und nicht von weißen Großeltern aufgezogen worden wäre. Es war gerade sein Status als *biracial* Amerikaner, der ihn für viele Wähler attraktiv machte, da sie hofften, er könne als Brückenbauer zwischen beiden Gruppen wirken und eine Verbesserung der Rassenbeziehungen herbeiführen. Trotz aller Bemühungen Obamas und seiner Familie hat sich diese Hoffnung leider kaum erfüllt.

Wie die immer dominanter werdende Opposition zu *affirmative action* und deren fast völlige Abschaffung zeigt, ist eine Mehrheit der weißen Amerikaner seit Ende des 20. Jahrhunderts der Meinung, dass Afroamerikaner heutzutage keinen Anspruch auf Bevorzugungen in der Ausbildung oder im Berufsleben mehr haben sollten. Sie glauben, dass 30 Jahre *affirmative action* ausreichend gewesen sind, um die Folgen von 300 Jahren Sklaverei und Segregation zu überwinden. Diese Ansicht wird allerdings von einer großen Mehrheit der schwarzen Amerikaner nicht geteilt. Laut aktuellen Umfragen halten rund 80 Prozent der Afroamerikaner Rassendiskriminierung in den USA für ein gravierendes Problem, und 61 Prozent schätzen die Rassenbeziehungen als „generell schlecht“ ein. Dem stimmen nur 45 Prozent der Weißen zu, die außerdem der Ansicht sind, dass man dieser Frage zu viel öffentliche Aufmerksamkeit schenkt. Letzteres sehen 78 Prozent der Afroamerikaner genau andersherum. Die einzige mehrheitlich gemeinsame Überzeugung beider Seiten besteht darin, dass die Rassenbeziehungen in den USA sich in den vergangenen Jahren wieder verschlechtert haben.²⁰

20 Pew Research Center, On Views of Race and Inequality, Blacks and Whites are Worlds Apart, 27. 6. 2016, www.pewsocialtrends.org/2016/06/27/on-views-of-race-and-inequality-blacks-and-whites-are-worlds-apart; Ryan Struyk, Blacks and Whites See Racism in the United States Very, Very Differently, 18. 8. 2017, <https://edition.cnn.com/2017/08/16/politics/blacks-white-racism-united-states-polls/index.html>.

Der Grund für diese unterschiedlichen Einschätzungen liegt darin, dass die meisten schwarzen und weißen US-Bürger in verschiedenen Welten leben. Trotz der Abschaffung der gesetzlichen Segregation wohnt die große Mehrheit beider Gruppen in separaten Wohngebieten und besucht verschiedene Bildungseinrichtungen. Die Integration im Berufsleben hat zwar Fortschritte gemacht, aber nach der Arbeit gehen schwarze und weiße Kollegen fast immer getrennte Wege. Mit Ausnahme der Bereiche Sport und Musik gibt es im täglichen Leben nur wenige Berührungspunkte zwischen beiden Gruppen. Dies wird auch daran deutlich, dass die Rate von schwarz-weißen Eheschließungen immer noch mit Abstand die kleinste aller *Interracial*-Lebensgemeinschaften ist – nur 0,4 Prozent der weißen Amerikaner haben einen afroamerikanischen Ehepartner.²¹

Neben allgemeinen Vorurteilen gibt es zudem zahlreiche konkrete Konflikte in den Beziehungen zwischen schwarzen und weißen US-Amerikanern. Zwar ist die Anzahl der jährlich begangenen sogenannten *hate crimes*, das heißt der rassistisch motivierten Gewaltverbrechen, seit den 1960er Jahren zurückgegangen, aber Polizeibrutalität und die Tötung unbewaffneter junger schwarzer Männer durch weiße Polizisten oder selbsternannte „Ordnungshüter“ ist ein nach wie vor gravierendes Problem. Während der Amtszeit von Obama häuften sich solche Fälle sogar.²² Dabei erregten besonders die Tötung des 17-jährigen Trayvon Martin in Sanford, Florida, 2012 und die des 18-jährigen Michael Brown in Ferguson, Missouri, 2014 große öffentliche Empörung, nicht nur in den USA, sondern auch weltweit, zumal beide Täter vom Gericht nicht schuldig gesprochen wurden. Die nationale Protestbewegung gegen den Freispruch des weißen Polizisten, der Brown von hinten in den Rücken geschossen hatte, mündete schließlich in der Bewegung Black Lives Matter (BLM), einer von Millionen von Schwarzen, aber auch vielen progressiven Weißen unterstützten Initiative gegen Rassismus und Polizeibrutalität.²³ BLM hat ohne Zweifel die Aufmerksamkeit

21 Vgl. Kristen Bialik, Key Facts about Race and Marriage, 50 Years after Loving v. Virginia, Pew Research Center: Fact-Tank, 12. 6. 2017, www.pewresearch.org/fact-tank/2017/06/12/key-facts-about-race-and-marriage-50-years-after-loving-v-virginia.

22 Michael Eric Dyson, A Sermon to White America, New York 2017.

23 Peggy J. Parks, The Black Lives Matter Movement, San Diego 2017. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ibram X. Kendi in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

der Medien sowie das Problembewusstsein der Öffentlichkeit für Gewalt gegen Schwarze erhöht, aber ob dies langfristig zu einer Verbesserung der Situation führen wird, bleibt abzuwarten.

Außerdem scheint die Tatsache, dass mit Barack Obama ein Schwarzer die letzte bis dahin nur Weißen vorbehaltene Bastion der amerikanischen Macht – das Weiße Haus – einnahm sowie der öffentlichkeitswirksame Protest der BLM-Bewegung eine neue Welle des *white backlash* ausgelöst zu haben. So kam es in den vergangenen zwei Jahren wieder zu einem Anstieg von rassistischen Verbrechen, die ein schon lange nicht mehr gesehenes Maß von Hass und Brutalität aufwiesen. Im Juni 2015 betrat beispielsweise der damals 21-jährige *white supremacist* Dylann Roof die Emanuel African Methodist Episcopal Church, eine der ältesten afroamerikanischen Kirchen in Charleston, South Carolina, und tat so, als wolle er am Gottesdienst teilnehmen. Einige Minuten später zückte er eine Waffe und erschoss neun der schwarzen Betenden und verletzte drei weitere schwer. Seine Intention hierbei war laut eigener Aussage, einen „Rassenkrieg“ zu provozieren.

Als unmittelbare Reaktion auf diese entsetzliche Tat beschloss das Parlament von South Carolina, die Konföderiertenflagge, die Fahne unter der die weißen Südstaatler während des Bürgerkriegs für den Erhalt der Sklaverei gekämpft hatten, von ihrem Ehrenplatz vor dem Kapitol entfernen zu lassen. Damit kamen sie einer schon lange von Bürgerrechtsorganisationen und der BLM-Bewegung erhobenen Forderung nach. Viele andere Städte und Staatsparlamente reagierten ähnlich, und neben der Entfernung der umstrittenen Konföderiertenflaggen wurden seit 2015 an vielen Orten der USA inzwischen Statuen und Monumente demontiert sowie Straßen, Gebäude und Plätze umbenannt, die Generäle der Südstaaten ehrten. Eine steigende Anzahl von US-Amerikanern lehnt mittlerweile ab, dass in ihrem Land öffentlich Personen geehrt werden, die sich vor 150 Jahren in einem Krieg gegen die Regierung der USA profilierten, weil sie Afroamerikaner für minderwertig hielten und die Sklaverei nicht aufgeben wollten.

Diese Entwicklung erzürnte weiße Rechtsradikale noch mehr: Im August 2017 organisierten Rechtsextreme in Charlottesville, Virginia, eine große Demonstration, bei der Neonazis, Ku-Klux-Klan-Mitglieder und ihre Sympathisanten gegen den ihrer Ansicht nach viel zu großen Einfluss von Afroamerikanern und anderen Min-

derheiten in den USA protestierten. Hierbei lieferten sie sich gewalttätige Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten, in deren Verlauf drei Menschen starben und mehr als 30 schwer verletzt wurden. Seither gab es zahlreiche weitere, wenn auch weniger blutige Demonstrationen beider Seiten. Eine wirklich nachhaltige Verbesserung der Rassenbeziehungen in den USA kann somit auch im Jahr 2018 nicht festgestellt werden.

SCHLUSS

Es hat seit den 1960er Jahren viele beachtliche Fortschritte in der politischen, ökonomischen und sozialen Situation der afroamerikanischen Bevölkerung gegeben, und vor allem die Mitglieder der aufstrebenden schwarzen Mittelklasse genießen heutzutage nahezu den gleichen Zugang zu den Aufstiegschancen der amerikanischen Gesellschaft wie weiße US-Bürger. Aber für viele andere Afroamerikaner, insbesondere die Mitglieder der *urban underclass*, trifft dies nicht zu. Sie bleiben oft Zeit ihres Lebens in einem Teufelskreis von struktureller Benachteiligung, Arbeitslosigkeit, Drogensucht und Armut gefangen. Außerdem ist in gewissen Teilen der weißen Bevölkerung ein aggressiver, gewaltbereiter Rassismus immer noch tief verankert und stellt eine allgegenwärtige Bedrohung für alle Afroamerikaner dar.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind darum trotz vieler positiver Veränderungen auch 50 Jahre nach dem Tod von Martin Luther King Jr. immer noch weit von der Erfüllung seines Traums von Gleichberechtigung, sozialer Gerechtigkeit und einem respektvollen, friedlichen Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen entfernt. Aber das Vermächtnis Kings lebt weiter: als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, Rassenhass, Diskriminierung, Armut und Gewalt zu überwinden, und als Aufgabe für jeden Einzelnen sich, allen Widerständen zum Trotz, für eine humane, gerechte Gesellschaft einzusetzen – und dies nicht nur in den USA.

BRITTA WALDSCHMIDT-NELSON

ist Professorin für die Geschichte des Europäisch-Transatlantischen Kulturraums an der Philologisch-Historischen Fakultät Augsburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind transatlantische Beziehungen, afroamerikanische Geschichte und Religionsgeschichte.

waldschmidt-nelson@philhist.uni-augsburg.de

VON BLACK POWER BIS TA-NEHISI COATES

Schwarze Identitätspolitik in den USA

Jens Kastner

Seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA 2017 wird wieder viel über Identitätspolitik diskutiert. Diese Diskussion ist geprägt von einer Gegenüberstellung: auf der einen Seite die partikularen Anliegen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, auf der anderen Seite die Frage allgemeiner sozialer Ungleichheit. Dass diese Entgegensetzung verkürzt oder sogar falsch ist, kann ein Blick in die Diskussionen um Schwarze Identitätspolitik zeigen.⁰¹ Der Beitrag geht von aktuellen Debatten aus und diskutiert die Argumente für emanzipatorische Identitätspolitiken und die Kritiken daran aus feministischer, klassenpolitischer und liberaler Sicht. Dass es alle drei Kritikformen auch in früheren Auseinandersetzungen gab, legen Rückblicke in die 1990er und 1960er Jahre dar. Abschließend wird auf die Kämpfe gegen *cultural appropriation* (Kulturelle Aneignung) eingegangen. In diesen Debatten werden die Fallstricke eines zu statisch gefassten Verständnisses von Identität deutlich.

IDENTITÄT UND RASSIALISIERTE UNGLEICHHEIT

Diese linke Vorstellung ist wahrscheinlich so alt wie die Linke selbst: Wenn erst die Klassenspaltung einer Gesellschaft überwunden ist, lösen sich die anderen Widersprüche wie von selbst auf. Unter die anderen Gegensätze fallen dann in der Regel sowohl die Geschlechterverhältnisse als auch jene sozialen Beziehungen, die auf rassialisierten Zuschreibungen beruhen. Es gibt zwar keine menschlichen „Rassen“, aber es gibt sehr nachhaltig wirkende Einteilungen nach Hautfarbe und Herkunft.

Die Annahme, dass die Klassifizierungen keine Rolle mehr spielen, wenn nur der Gegensatz zwischen Armen und Reichen verringert oder gar abgeschafft wird, fand auch im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 ihre Aktualisierung. Der Journalist Ta-Nehisi Coates nannte sie die „Liberal

Imagination“.⁰² Coates, der mit seinem Buch „Zwischen mir und der Welt“ (2016) auch im deutschsprachigen Raum bekannt wurde, kritisierte den Kandidaten der Demokratischen Partei, Bernie Sanders, für diese liberale Vorstellung – und damit auch für seine vermeintliche Blindheit gegenüber dem Rassismus.

Coates' zentraler Vorwurf ist grundlegend und lautet: Die Politik des liberalen Mainstreams versuche ein Problem zu lösen, indem sie einen Kategorienfehler propagiere. Sie fordere mehr soziale Gleichheit und hoffe, dass sich dadurch auch die auf Rassismus beruhenden Ungleichheiten und Diskriminierungen erledigen. Aber, wendet Coates ein, die Verletzungen, die der Rassismus hervorrufe mit klassenbasierten Heilmitteln lindern zu wollen, komme dem Versuch gleich, eine Schusswunde mit einem Verband zu heilen. Der Verband helfe zwar, aber er reiche bei Weitem nicht aus.

Schon in „Zwischen mir und der Welt“ hatte Coates darauf hingewiesen, dass Schwarze Familien mit einem Jahreseinkommen von 100 000 US-Dollar in Stadtteilen leben, in denen weiße Familien leben, die im Durchschnitt nur 30 000 US-Dollar verdienen; dass die Anzahl der Schwarzen in den US-Gefängnissen im Vergleich zu Weißen überproportional hoch ist; und dass die staatliche Politik gegenüber willkürlich erschossenen Schwarzen Jugendlichen dazu führt, „dass von den jährlich zerstörten Körpern eine wahnwitzig und unverhältnismäßig hohe Zahl schwarz ist“.⁰³ Kurz und bündig schließt er daraus: „Das ist keine Klassenspaltung, sondern eine rassistische Spaltung.“⁰⁴

Wie Coates weisen auch viele andere Schwarze Intellektuelle und AktivistInnen gegenwärtig darauf hin, dass diese Spaltung mindestens zwei Besonderheiten aufweist: Sie ist strukturell, und sie ist von Dauer. Strukturell ist sie, weil die Spaltung auf beständigen sozialen Klassifikationen beruht und Diskriminierungen zur Folge hat, die sowohl im Alltag als auch institutionell verankert sind. Dass weiße

PolizistInnen viel mehr Schwarze Jugendliche töten als weiße, ist kein Zufall. Von Dauer ist sie insofern, als sich der Spalt, der weiße Existenzweisen und Lebenswirklichkeiten von denjenigen Schwarzer trennt, nicht verkleinert, sondern eher vergrößert hat. Keeanga-Yamahitta Taylor, Professorin für Afroamerikanische Studien in Princeton, schreibt in ihrem aktuellen Buch über die Black-Lives-Matter-Bewegung: „Während der letzten 25 Jahre hat sich der Unterschied im durchschnittlichen Haushaltsvermögen verdreifacht: weiße Haushalte besitzen im Schnitt 91 405 Dollar, Schwarze 6446 Dollar.“⁰⁵

Die Frage ist nun, was politisch daraus folgen soll, wie also dieser rassialisierten Ungleichheit begegnet werden soll. Grundsätzlich bestehe die Herausforderung darin, schreibt Taylor, auf Basis der „Anerkennung Schwarzer Menschlichkeit die Transformation jener Institutionen herbeizuführen, die für die Missachtung dieser Menschlichkeit die Verantwortung tragen“.⁰⁶ Es geht also um beides: um eine Politik der (spezifischen) Anerkennung und um eine Politik (allgemeinen) institutionellen Wandels. Es geht um die Betonung partikularer Identität einerseits und um den Anspruch auf universelle gesellschaftliche Umgestaltung andererseits.

Die Aussagen von Ta-Nehisi Coates bieten sich nicht nur aufgrund ihrer gegenwärtigen Prominenz zur Verdeutlichung dieser Doppelforderung an. Coates wird von unterschiedlichen Seiten aus kritisiert, und die Kritiken entstammen dem Standardrepertoire, das gegen emanzipatorisch motivierte Identitätspolitik in den vergangenen 50 Jahren aufgeföhren wurde.

KRITIK HEUTE

Zum einen wird angemerkt, dass die Einheit, die jede Identität behauptet, gar nicht so einheitlich ist und die „Gleichen“ sich doch mehr in ihren Le-

bensweisen, Einkommen und Gewohnheiten unterscheiden, als die VertreterInnen von Identitätspolitik behaupten. Schwarze Frauen etwa sehen sich demnach ganz anderen Diskriminierungsformen ausgesetzt als Schwarze Männer, arme Schwarze anderen als reiche Schwarze. Identitätspolitik vereinheitlicht und unterschlägt damit Differenzen. Die Philosophin Brittney Cooper kritisiert Coates dafür, keinen Blick für Geschlechterverhältnisse zu haben. Er erwähne zwar weibliche Ikonen des Schwarzen Befreiungskampfes wie Ida B. Wells (1862–1931), übersehe aber die Lebenswelten und Anliegen Schwarzer Frauen.⁰⁷ Ein ähnliches Argument des Ausschlusses bringt der Theologe und prominente Autor Cornel West gegen Coates an. Im Interview mit der „New York Times“ bezeichnet er Coates als „Liebling des weißen und schwarzen neoliberalen Establishments“.⁰⁸ Anlass ist Coates' aktuelles Buch zur Obama-Ära, das den Titel „We Were Eight Years in Power“ (2017) trägt. „Wer ist dieses ‚Wir‘?“, fragt West. „Möglicherweise waren er [Coates] und ein paar seiner Freunde acht Jahre an der Macht, aber nicht die armen, arbeitenden Menschen.“⁰⁹ Das identitätspolitische „Wir“ macht also laut dieser Kritik die Unterschiede zwischen arm und reich unsichtbar.

Neben diesem Insistieren darauf, dass Identitätspolitik immer vereinheitlicht – also das „Wir“ gleicher macht, als es tatsächlich ist –, gibt es noch einen anderen fundamentalen Einwand: Identitätspolitik spaltet. Sie treibe die verschiedenen sozialen Gruppen, deren unterschiedlicher gesellschaftlicher Status wohl eingestanden wird, noch weiter auseinander. Der partikulare Ansatz, Identität zu stärken, sieht sich damit im schlimmsten

01 Das großgeschriebene Adjektiv „Schwarz“ soll deutlich machen, dass es dabei um politische Deutungen und nicht um die „Hautfarbe“ geht.

02 Ta-Nehisi Coates, *Bernie Sanders and the Liberal Imagination*, 24.1.2016, www.theatlantic.com/politics/archive/2016/01/bernie-sanders-liberal-imagination/425022. „Liberal“ steht in den Vereinigten Staaten für linksorientierte Überzeugungen.

03 Vgl. Ta-Nehisi Coates, *Zwischen mir und der Welt*, Berlin 2015, S. 105.

04 Coates (Anm. 2), dieses und alle weiteren im Original englischen Zitate übersetzt vom Autor.

05 Keeanga-Yamahitta Taylor, *Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation*, Münster 2016, S. 22.

06 Ebd., S. 26.

07 Brittney Cooper, *A Response to Ta-Nehisi Coates, Why Black Women are Overlooked – Again*, 11.6.2014, www.salon.com/2014/11/06/black_women_overlooked_again_a_response_to_ta_nehisi_coates_on_ida_b_wells.

08 Cornel West Doesn't Want to Be a Neoliberal Darling. Interview by Aude Cornish, in 29.11.2017, www.nytimes.com/2017/11/29/magazine/cornel-west-doesnt-want-to-be-a-neoliberal-darling.html?_r=0.

09 Ebd. Ende Dezember 2017 eskalierte die Auseinandersetzung: Cornel West wirft Coates per Twitter vor, er „fetischisiere die weiße Dominanz“ und habe kein Verständnis für die Macht der Wall Street und für die komplexe Dynamik von Klasse, Geschlecht und Sexualität im Schwarzen Amerika. Es gibt zahlreiche Kommentare pro und contra Coates, dieser löscht schließlich seinen Twitter Account. Siehe hierzu Jennifer Schuessler, *Ta-Nehisi Coates Deletes Twitter Account Amid Feud With Cornel West*, 19.12.2017, www.nytimes.com/2017/12/19/arts/ta-nehisi-coates-deletes-twitter-account-cornel-west.html.

Fall dem Vorwurf ausgesetzt, dieselben Mittel anzuwenden wie die Gegner, nämlich Segregation, Teilung, Trennung.

Der Journalist Thomas Chatterton Williams wirft Coates in der „New York Times“ vor, in seiner Argumentation den weißen Rassismus zu spiegeln. Die Konzentration auf das Weißsein und die Angriffe gegen die *white supremacy* mündeten darin, rassialisierte und moralische Kategorien zu vermischen. „Weißsein und falsch urteilen sind austauschbar geworden“.¹⁰ Aber damit werde nicht nur Handeln untrennbar an Hautfarbe geknüpft. Sowohl der weiße Rassismus als auch die Schwarze Identitätspolitik „reduziert Menschen zu abstrakten Farbkategorien“, während „diejenigen von uns, die nach den Graubereichen und einem gemeinsamen Nenner suchen, ein zweites Mal auseinanderdividiert werden“.¹¹

Coates hatte zuvor den US-Präsidenten Donald Trump als „The First White President“ beschrieben, der keineswegs so ideologielos agiere, wie häufig angenommen. Im Gegenteil, so Coates, „seine Ideologie ist *white supremacy*“.¹² Der Begriff *white supremacy* (weiße Vorherrschaft) galt lange Zeit als Name für die Haltung von offenen rassistischen Personen und Gruppen wie dem Ku-Klux-Klan, wird seit den 1990er Jahren aber auch zur Beschreibung des strukturellen Rassismus des politischen Systems der USA angewandt.¹³ Coates verwendet den Begriff ebenfalls weit gefasst und rekurriert dabei immer wieder auf die Geschichte der Sklaverei in den USA. Coates bezieht die Geschichte des weißen Überlegenheitsgefühls aber auch auf die gegenwärtige Situation. Es sei weißer Rassismus gewesen, der Trump ins Amt verholfen habe, und nicht etwa die Vernachlässigung und Herabwürdigung weißer ArbeiterInnen, wie es in liberalen Medien diskutiert wurde. Schwarze Menschen, so Coates, hätten schließlich seit Jahrhunderten unter Spott und Herablassung gelitten, und sie hätten deshalb trotzdem nicht Trump gewählt.

10 Thomas Chatterton Williams, *How Ta-Nehisi Coates Gives Whiteness Power*, 6. 10. 2017, www.nytimes.com/2017/10/06/opinion/ta-nehisi-coates-whiteness-power.html.

11 Ebd.

12 Ta-Nehisi Coates, *The First White President*. The Foundation of Donald Trump's Presidency is the Negation of Barack Obama's Legacy, Oktober 2017, www.theatlantic.com/magazine/archive/2017/10/the-first-white-president-ta-nehisi-coates/537909.

13 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christopher Vials in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

In einer Erwiderung auf Williams' Kritik verteidigt der Journalist Philip Holdsworth die identitätspolitische Position von Coates. Sie sei keineswegs ein spiegelverkehrter Rassismus, sondern „genau das Gegenteil des Diskurses von Rasse bei der *white supremacy*“. Coates würde *race* nicht als menschliche Essenz deuten und Menschen auf ihre Hautfarbe reduzieren. Vielmehr ginge es, wie bei der Bewegung Black Lives Matter, um die Anerkennung ihres Menschseins. Dazu sei die identitätspolitische Position nur ein Mittel. Dass dieses Mittel manchmal unumgänglich ist, macht Holdsworth mit dem entscheidenden Hinweis darauf deutlich, „dass rassialisierte Menschen in Amerika nicht die Wahl haben, den Begriff der Rasse als bloße Idee zu betrachten“.¹⁴ Auch wenn „Rasse“ tatsächlich nur eine soziale Konstruktion ist, also eine historisch entstandene und weitverbreitete Idee, so ist sie doch in der Realität sehr wirksam. Dass den rassialisierten Subjekten keine Wahl bleibt, weil es nicht nur auf das (sich selbst) Identifizieren, sondern auch und vor allem auf die Identifikation durch andere ankommt, sollte eigentlich auf der Hand liegen. Die Frage allerdings bleibt, inwiefern die Identität beziehungsweise diese Identifizierungen zum Ausgangspunkt für emanzipatorische Politik gemacht werden soll beziehungsweise sollen. Diese Frage ist ebenso alt wie die genannten Kritikpunkte – Vereinheitlichung und Spaltung. Sie erlebten und erleben verschiedene Konjunkturen, entzündeten sich an je aktuellen Anlässen.

AFROZENTRISMUS VERSUS INTEGRATION

Auch in den theoretischen und aktivistischen Debatten der 1980er und frühen 1990er Jahre wurden die dargestellten Einwände angebracht: von feministischer ebenso wie von klassenkämpferischer Warte die Kritik an der Vereinheitlichung; aus linksliberaler Perspektive die Kritik an der Spaltung.

Schwarze Feministinnen wie Michelle Wallace und bell hooks erhoben vehementen Einspruch gegen die männlich konnotierte Auffassung Schwarzer Identität und den damit verbundenen Ausschluss von Frauen. „Wir müssen die Sexua-

14 Philipp Holdsworth, *The Necessity of Identity Politics: A Response to „How Ta-Nehisi Coates Gives Whiteness Power“*, 7. 10. 2017, <https://medium.com/@philipholdsworth/the-necessity-of-identity-politics-a-response-to-how-ta-nehisi-coates-gives-whiteness-power-fffd13dc0c45>.

lisierung der schwarzen Befreiung, sofern sie Sexismus, Phallozentrismus und männliche Herrschaft unterstützt und fortsetzt, zurückweisen“, so bell hooks zusammenfassend.¹⁵

Die klassenkämpferische Kritik wurde vor allem im Kontext des Malcolm-X-Revivals in den frühen 1990er Jahren laut. Malcolm X, der 1965 ermordete Aktivist und ehemalige Prediger der Nation of Islam, hatte in seinem letzten Lebensjahr eine Hinwendung zu internationalistischen Positionen vollzogen.

Für die liberale Kritik liefert der Politikwissenschaftler Albert Scharenberg in seinem Buch über die verschiedenen Rezeptionsweisen von Malcolm X ein Beispiel. Die Hinwendung zum Internationalismus bei Malcolm X war auch panafrikanisch motiviert. Seine schon früher benannte Kritik an der Abhängigkeit Schwarzer von weißen Denkweisen, die vom Panafrikanisten Marcus Garvey (1887–1940) als *mental slavery* bezeichnet worden war, fand in den 1980er Jahren Wiederhall im Afrozentrismus. Es ging (und geht) um die Ablehnung des Eurozentrismus als Voraussetzung für intellektuelle Unabhängigkeit. Das Buch „Afrocentricity: The Theory of Social Change“ (1980) von Molefi Kete Asante, Professor für Afroamerikanische Studien in Philadelphia, stieß auf Unbehagen bei weißen Liberalen. Der (weiße) Historiker Arthur M. Schlesinger (1917–2007) hielt dem Afrozentrismus das Modell der Integration entgegen. Die USA hätten sich stetig von einer Gesellschaft des Ausschlusses zu einer der Integration entwickelt. Schlesinger formulierte damit nicht bloß ein optimistisches Bild einer linear verlaufenden Geschichte.¹⁶ Er betonte zugleich, dass Integration nicht nur das Ziel zur Gleichberechtigung Schwarzer, sondern auch der Weg dorthin sei. Als Argument führte er an, dass auch die meisten Schwarzen in die Vororte ziehen würden, wenn Rassismus und Einkommen es zuließen. Gegen dieses Argument kommentierte schon Scharenberg 1998: „Aber eben *weil* ‚Einkommen und Rassismus‘ diese Integration *verhindern*, hat die afrozentrische Suche nach einer eigenen, von weißer Vormundschaft unabhängigen Identität an Bedeutung gewinnen können.“¹⁷

Die rassialisierte Zuschreibung hat enorme sozioökonomische Konsequenzen bis heute. Sie macht, allgemein gesprochen, nicht jede/n Schwarze/n arm. Aber Schwarzsein erhöht nach wie vor die Wahrscheinlichkeit für Armut und verringert die Möglichkeit sozialen Aufstiegs. An dieser Verknüpfung von Rassialisierung und sozialer Lage setzte auch schon die Black-Power-Bewegung der 1960er Jahre an.

BLACK POWER UND SCHWARZER NATIONALISMUS

Inmitten der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung tauchte der Slogan „Black Power“ auf. Es war eindeutig ein identitätspolitischer Schlachtruf, der unter anderem vom Bürgerrechtler Stokely Carmichael (später Kwame Toure) lanciert wurde. Er war ab 1966 Vorsitzender der wichtigsten Organisation der Bewegung, des Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC). Die Strömung um Carmichael geriet damit auch in Gegensatz zur Position von Martin Luther King jr.: die Integration der Schwarzen in die US-Gesellschaft bei gleichzeitiger sozialer – und schließlich sogar sozialistisch gedachter – Transformation dieser Gesellschaft. Das Black-Power-Motto konnte als eines gelesen werden, das sich gegen beide Ansprüche richtete: gegen Integration und sozialistische Transformation. Es wurde als Selbstermächtigung verstanden, der eine Selbstverständigung über die eigenen Wurzeln und Werte vorangehen sollte. Die Selbstverständigung dreht sich um die Frage, wer eigentlich gemeint ist, wenn von „wir Schwarzen“ die Rede ist. Black Power setze bei der Notwendigkeit an, so Carmichael 1967, „unsere Geschichte und unsere Identität zurückzufordern“.¹⁸ Damit schloss Black Power an Vorstellungen des militanten Schwarzen Nationalismus an, den vor allem Malcolm X repräsentierte. Black Power konnte aber auch als Machteroberung im profanen Sinne der Einnahme von Positionen in Unternehmen und Bürgermeisterämtern verstanden werden. Diese Interpretation wurde von Teilen der Black Panther Party zwar scharf kritisiert.¹⁹ Sie war aber letztlich auch eine Reaktion auf die Analyse Car-

¹⁵ bell hooks, *Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht*. Berlin 1996, S. 91.

¹⁶ Vgl. Arthur M. Schlesinger, *The Disuniting of America. Reflections on a Multicultural Society*, New York 1992.

¹⁷ Albert Scharenberg, *Schwarzer Nationalismus in den USA. Das Malcolm X-Revival*, Münster 1998, S. 321.

¹⁸ Stokely Carmichael, *Der schwarzen Befreiung entgegen* [1967], in: Gerhard Amendt (Hrsg.), *Black Power. Dokumente und Analysen*, Frankfurt/M. 1970, S. 34–48, hier S. 34.

¹⁹ Vgl. Eldridge Cleaver, *Offener Brief an Stokely Carmichael* [1969], in: Amendt (Anm. 18), S. 189–194.

michaels, dass auch in den Schwarzen Gemeinden „die Geldmittel, die politischen Entscheidungen, die Durchsetzung der Gesetze und die Wohnverhältnisse“ von Weißen kontrolliert wurden.²⁰

Der Black-Power-Slogan, so urteilt zumindest der Historiker Clayborne Carson in seinem Buch über das SNCC, habe letztlich mehr getrennt als geeint: „Als der ambivalente Black-Power-Slogan zum einen mit der Wahl schwarzer Politiker oder mit der Entwicklung eines schwarzen Kapitalismus verbunden wurde, andererseits mit einem neuen schwarzen Wertesystem und der Forderung nach einer Revolution der Schwarzen, wurde immer offensichtlicher, dass die SNCC-AktivistInnen den grundlegenden Konflikt zwischen Klassen- und ‚Rassen‘-Strategie nicht lösen konnten.“²¹ Hinzu kam zweifelsohne die mangelnde – und von Teilen der Bewegung auch explizit ausgeschlossene – Möglichkeit, Bündnisse mit linken Weißen zu schließen, wie sie in den frühen 1960er Jahren noch selbstverständlich waren.

IDENTITÄT UND KULTUR ALS STABILE ESSENZ

In der Vorstellung von Carmichael und vieler identitätspolitischer Konzeptionen, die sich am Black-Power-Motto orientierten, lässt sich die soziale Ungleichheit nur verringern, indem die Identität gestärkt wird. Das klingt zunächst wie die Position von Ta-Nehisi Coates: Schwarze Armut erledigt sich nicht durch den „farbenblinden“, nicht auf rassialisierte Aspekte der Armut fokussierenden Ausbau des Sozialstaates. Der entscheidende Unterschied zwischen den Positionen ist aber das Verständnis von Identität. Auch wenn der Status des „Wir“ bei Coates etwas unklar bleibt und er vereinheitlichend von der „Sicht unseres Kampfes“²² spricht, handelt es sich um ein historisches Identitätsverständnis. Historisch meint hier: Es wird davon ausgegangen, dass die Vorstellung von „Rassen“ im Laufe der Geschichte entstanden ist – „Rasse ist das Kind des Rassismus“²³ – und letztlich auch dementsprechend verändert werden kann.

Bei Carmichael sowie bei einigen Strömungen des Schwarzen Nationalismus und Afrozentrismus hingegen ist Identität eine relativ stabile Essenz. Stabilität erscheint als ausschlaggebend für die Kampfkraft der Bewegung. „Der rassische und kulturelle Charakter der schwarzen Community muß erhalten bleiben“²⁴ – diesen Satz hält Carmichael bezeichnenderweise der Auffassung von Marx entgegen, das Proletariat sei die erste Klasse der Geschichte, die für ihre eigene Abschaffung kämpfe. Die Übertragung auf die Schwarze Community verspottet Carmichael als falsche Strategie der „gemäßigten“ Schwarzenführer. Bezeichnend ist das insofern, als in Marx’ Beschreibung gerade der Übergang von einer partikularen in eine universelle, von einer identitätspolitischen in eine alle Menschen umfassende Perspektive formuliert wurde. Diese Perspektive konnte und wollte Carmichael nicht sehen.

Die Annahme, dass so etwas wie der „kulturelle Charakter der schwarzen Community“²⁵ einerseits geschlechter- und klassenübergreifend existiert, und andererseits bewahrt werden müsse, inspiriert gegenwärtig auch einige im Kampf gegen *cultural appropriation*. In den vergangenen Jahren hat sich eine Bewegung von Intellektuellen, KünstlerInnen und AktivistInnen formiert, die sich gegen das Aufgreifen kultureller Ausdrucksformen – von der Musik bis zu Frisuren wie Dreadlocks – durch Weiße, oder allgemeiner durch Angehörige der Dominanzkultur wendet. Argumentiert wird, dass Weiße sich aus einem Pool kultureller Praktiken bedienen, zu dem sie nichts beigetragen haben und damit – von Elvis Presley bis Eminem – Profit machen. Weiße eignen sich, so der Kulturwissenschaftler Greg Tate, „Everything But The Burden“ (alles außer der Last) an.²⁶ Sie greifen alles Verwertbare auf, ohne die Diskriminierungen erfahren haben zu müssen, die mit der Entwicklung der jeweiligen kulturellen Ausdrucksform wie Blues oder Soul oder Dreadlocks verbunden war. Jede kulturelle Aneignung stärke damit auch unreflektierte Privilegien.

Als eine Verwertung Schwarzer Kultur zugunsten der Privilegien einer weißen Künstlerin sahen einige das Gemälde „Open Casket“ der Künstlerin Dana Schutz bei der Whitney Biennial

²⁰ Carmichael (Anm. 18), S. 29.

²¹ Clayborne Carson, *Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren*, Nettersheim 2004, S. 411.

²² Coates (Anm. 3), S. 50.

²³ Ebd., S. 15.

²⁴ Carmichael (Anm. 18), S. 43.

²⁵ Ebd.

²⁶ Vgl. Greg Tate, *Everything but the Burden. What White People are Taking from Black Culture*, New York 2003.

2017. Auf der Ausstellung US-amerikanischer zeitgenössischer Kunst hatte das Bild Kontroversen ausgelöst. Die Darstellung des Gemäldes basiert auf einem Foto des Schwarzen Jugendlichen Emmett Till, der 1955 im Alter von 14 Jahren von zwei Weißen misshandelt und ermordet worden war. Während die Künstlerin und Autorin Hannah Black monierte, es sei „nicht akzeptabel, wenn eine Weiße schwarzes Leiden in Profit und Spaß umwandelt“, nahmen viele (weiße wie Schwarze) KünstlerInnen zugunsten von Dana Schutz Stellung und sprachen sich gegen „Zensur und Unterdrückung“ aus.²⁷

Während die UnterstützerInnen von Schutz sicherlich Protest mit Zensur verwechseln, bleibt auch die Argumentation der GegnerInnen, also die der KämpferInnen gegen *cultural appropriation* nicht ohne Fallstricke. Sie verengen die Frage von Kunstschaffen und Kunstwahrnehmen, von Produktion und Rezeption, auf einen stabilen Pool von Möglichkeiten. Anders gesagt: Spaß und Profit aus der Darstellung Schwarzen Leidens zu ziehen, ist ohne Zweifel verwerflich. Was aber mit der Konzentration auf diese Aspekte ausgeblendet, ja letztlich für unmöglich gehalten wird, ist Solidarität. Sowohl im Hinblick auf die Motive der Künstlerin, als auch in Bezug auf die Effekte bei den Betrachtenden wird die Möglichkeit einer solidarischen Haltung gar nicht in Betracht gezogen. Weißer Hip-Hop ist zwar Verwertung, geht aber auch auf Wertschätzung zurück. Die Abbildung eines Opfers weißer Gewalt stellt zwar die Schwarze Opferrolle nicht infrage und kann kulturelles Kapital für die weiße Künstlerin generieren, es kann aber auch zu Parteinahmen gegen Rassismus ermuntern und auch so intendiert gewesen sein.

SCHLUSS

Ein essenzialistisches Kulturverständnis erschwert Solidarität und damit auch politische Bündnisse. Das beanstandete schon Eldridge Cleaver, Mitbe-

gründer der Black Panther Party, an Stokely Carmichael Ende der 1960er Jahre, und das ist auch heute wieder Teil der Debatte: Die Kritik an einem zu eng, zu statisch und ahistorisch gefassten Verständnis von Schwarzer Identität spiegelt sich in jenen Positionen, die die Bedeutung der von Schwarzen geprägten Kämpfe für die Allgemeinheit hervorheben. So erinnerte etwa Angela Davis, Ikone der Black-Liberation-Bewegung, in einem Vortrag 2013 daran, dass die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre nicht nur auf Bürgerrechte für Schwarze aus war. Es handelte sich laut Davis um eine Freiheitsbewegung, die sich nicht nur auf den institutionellen Rahmen des Bestehenden beschränkte. „Man wollte substanzielle Freiheiten gewinnen. Es ging um freie Bildung, kostenlose medizinische Versorgung und bezahlbares Wohnen.“²⁸ Sie bezieht sich dabei unter anderem auf das Zehn-Punkte-Programm der Black Panther Party (1966). In diesem Sinne plädiert auch Keenanga-Yamahtta Taylor dafür, die (nicht identitätspolitische) „Politik der Black Panther Party ernst zu nehmen“ und für heutige Allianzen zwischen weißen und Schwarzen ArbeiterInnen fruchtbar zu machen.²⁹ Zugleich aber kritisiert auch Taylor, ähnlich wie Coates, Bernie Sanders für seine „Farbenblindheit“ und die Hoffnung, über die Bekämpfung ökonomischer Ungleichheit auch den Rassismus abschaffen zu können.

Ein Fokus auf rassialisierte Zuschreibungen bleibt also unumgänglich. Die historisch fundierte Gewalt der rassialisierten Zuschreibung mit ihren gegenwärtigen Auswirkungen auf die Wohnbezirke und Kreditvergaben oder auf die Wahrscheinlichkeit, im Gefängnis zu landen oder grundlos erschossen zu werden, schafft eine „Notwendigkeit von Identitätspolitik“.³⁰ Zugleich gibt es, wenn „Rasse“, wie bei Coates, als Effekt von Rassismus begriffen wird, keinen Grund, an dem Konzept festzuhalten. Das ist das grundlegende Dilemma von emanzipatorischer Identitätspolitik.

²⁷ Vgl. Streit um kulturelle Aneignung. National-Academy-Künstler setzen sich für Malerin Dana Schutz ein, 9.8.2017, www.monopol-magazin.de/national-academy-kuenstler-setzen-sich-fuer-malerin-dana-schutz-ein.

²⁸ Angela Y. Davis, Politischer Aktivismus und Protest von den 1960er Jahren bis zur Ära Obama, Vortrag, Davidson College, North Carolina, 12.2.2013, in: dies., Freiheit ist ein ständiger Kampf, Münster 2016, S. 123–138, hier S. 131.

²⁹ Taylor (Anm. 5), S. 236.

³⁰ Holdsworth (Anm. 14).

JENS KASTNER

ist promovierter Soziologe am Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften der Akademie der bildenden Künste Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kulturtheorie sowie die Geschichte und Theorie sozialer Bewegungen.

j.kastner@akbild.ac.at

ESSAY

DER GEIST VON KING COTTON

Afroamerikaner und das Vermächtnis
der Sklaverei im Reich der Baumwolle*Ousmane Power-Greene*

Im August 2017 wies William Bell, damaliger demokratischer Bürgermeister der Stadt Birmingham, Alabama, die Verwaltung des Linn Parks an, ein Denkmal zu Ehren der konföderierten Soldaten zu verhüllen, die im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) gekämpft hatten. Bells Entscheidung war der erste Schritt in einem Prozess zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den schwarzen und weißen Bürgern von Birmingham, von denen die einen von Sklavinnen und Sklaven abstammten und die anderen von Sklavenhaltern. Stadtrat Jonathan Austin hatte den Bürgermeister sogar zum Abbau des Denkmals gedrängt, weil es seiner Meinung nach „eine Kränkung für unsere Bürger“ ist.⁰¹ Auf den ersten Blick scheint die Frage, ob man das Denkmal entfernen oder verhängen sollte, eine Routineangelegenheit der Stadtverwaltung von Birmingham zu sein, doch tatsächlich entwickelte sich daraus eine viel komplexere und politisch aufgeladene Debatte.⁰²

Monate vor Bells Entscheidung hatte Kay Ivey, republikanische Gouverneurin von Alabama, auf den anschwellenden Protest gegen Denkmäler und Gedenkstätten für die Konföderierten reagiert und ein neues Gesetz unterzeichnet, das genau das verhindern sollte, was der Bürgermeister von Birmingham und sein Stadtrat anstrebten. Der Alabama Memorial Preservation Act (Gesetz zur Erhaltung der Denkmäler in Alabama) verbot die Entfernung von Statuen, Denkmälern und Gedenkstätten durch kommunale und städtische Behörden mit der Begründung, die Statuen für die Konföderierten seien ein wichtiger Teil der Geschichte Alabamas.

Damit schien sich die Stimmung im Streit über die Entfernung der Statuen und Denkmäler zugunsten derer zu neigen, die glaubten, die Demontage würde den Menschen die Gelegenheit nehmen, die Vergangenheit zu ehren – auch die

Teile der Vergangenheit, die nach heutigen Standards einen Affront darstellen können. So argumentierte der Republikaner Gerald Allen, Mitglied des Senats von Alabama: „Anders als die Kritiker des Gesetzes behaupten, soll mithilfe des Memorial Preservation Act die gesamte Geschichte Alabamas bewahrt werden – die guten wie die negativen Aspekte –, damit unsere Kinder und Enkel aus der Vergangenheit lernen und eine bessere Zukunft schaffen können.“ Der demokratische Senator Hank Sanders aus Selma war anderer Ansicht und erklärte, diejenigen, die das Gesetz formuliert und unterzeichnet hätten, wollten damit nur „Denkmäler schützen, die für einen Großteil der Bürger Alabamas ein Symbol der Unterdrückung darstellen“.⁰³

VERGANGENHEIT
IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Der Unmut über die fortgesetzte Verwendung historischer Symbole hat in den vergangenen Jahren überall in den USA zugenommen. Er richtet sich unter anderem gegen die Flagge der Konföderierten oder Gebäude und Einrichtungen, die wie das Calhoun College (bis 2017)⁰⁴ nach bekannten Befürwortern der Sklaverei benannt sind. Damit entspann sich eine landesweite Debatte über die Frage, wie die Vergangenheit im öffentlichen Raum dargestellt werden soll und was Statuen, Denkmäler und Gedenkstätten heutzutage überhaupt noch bedeuten. Es gibt die Haltung, die Relikte des 19. Jahrhunderts seien ein wichtiger Teil der US-amerikanischen Geschichte, selbst wenn sie Ansichten repräsentieren, die man heute als kränkend empfindet. Andere sind der Meinung, dass die Denkmäler Personen und politische Einrichtungen feiern, die grundlegend rassistisch und verabscheuungswürdig sind.

Die Debatte in den USA spiegelt eine weltweite Debatte um Reparationen und Traditionen wider, die mitunter als rassistisch empfunden werden. Auf der ganzen Welt, von Ghana bis Jamaica, von Japan bis Kenia, stehen Staaten vor ähnlichen Herausforderungen, wenn sie ihre Bürgerinnen und Bürger über die Rolle ihres Landes im Zusammenhang mit Sklaverei, Völkermord und Kolonialismus aufklären wollen. In den Niederlanden wurde gegen den Zwarte Piet (Schwarzer Peter) protestiert, den schwarz bemalten Nikolaushelfer, weil seine Darstellung eine rassistische Karikatur sei. Auch historische Persönlichkeiten sorgen immer wieder für Kontroversen, etwa wenn Denkmäler für Personen infrage gestellt werden, denen man eine rassistische Vergangenheit nachsagt. So forderten Lehrkräfte der Universität von Ghana im September 2016 in einer Petition die Entfernung einer Gandhi-Statue mit der Begründung, dass er eine rassistische Haltung gegenüber eingeborenen Afrikanerinnen und Afrikanern vertreten und als junger Mann den Begriff „Kaffir“ verwendet hat, eine abwertende Bezeichnung für Schwarze ähnlich dem Begriff „Nigger“. Daher sei es unangemessen, mit einer Statue seinen Einsatz für die Menschenrechte zu ehren. Ähnliche Proteste gegen Gandhi-Statuen gab es auch an US-amerikanischen Universitäten. All das zeigt, dass der Konflikt um Denkmäler zur Ehrung historischer Persönlichkeiten weitverbreitet ist.⁰⁵

Für afroamerikanische Intellektuelle sowie Aktivistinnen und Aktivisten ist diese Infragestellung von Denkmälern nichts Neues. So äußerte sich der Philosoph und Bürgerrechtler W. E. B. Du

Bois bereits 1931 über die wachsende Zahl der Statuen und Denkmäler für die Konföderierten: „Das Furchtbarste am Krieg, davon bin ich überzeugt, sind seine Denkmäler – diese schrecklichen Dinger, zu deren Aufstellung wir uns im Gedenken an die Opfer verpflichtet fühlen. Vor allem im Süden kennt der menschliche Einfallsreichtum bei den Denkmälern der Konföderierten keine Grenzen. Natürlich könnte man ganz schlicht und wahrheitsgemäß eine Inschrift wie die folgende verwenden: ‚Dem Andenken an jene geweiht, die für die Aufrechterhaltung menschlicher Sklaverei kämpften.‘ Aber so etwas liest man nach einiger Zeit höchst ungern. Andererseits wirkt es etwas übertrieben, wenn auf einem Denkmal für die Konföderierten in South Carolina steht: ‚Gestorben im Kampf für die Freiheit!‘“⁰⁶

Du Bois' Kommentar verweist auf die Schwierigkeit, eine Gemeinschaft oder eine Nation mithilfe von Denkmälern und Gedenkstätten über die Vergangenheit aufzuklären, vor allem, wenn es sich um Denkmäler handelt, bei denen die Glorifizierung wichtiger ist als die Aufklärung. Meist sollen Denkmäler die Toten ehren, anstatt die Lebenden über die furchtbaren Taten zu informieren, die von Menschen verübt wurden, deren Handeln nicht lobenswerter oder verachtenswerter war als das der Menschen, die das Monument betrachten.

Während über den Platz der Denkmäler für die Konföderierten im öffentlichen Raum gestritten wird und über die Verwendung von Steuergeldern für Monumente, die manche für unzumutbar halten, rückt die entscheidende Frage in den Hintergrund: Wie sollten die USA – und jedes andere Land – mit Verbrechen umgehen, die vom Staat verübt wurden? Auch andere Aspekte bleiben ungeklärt, etwa die Frage, ob die Entfernung der Konföderierten-Denkmäler in irgendeiner Weise dazu beiträgt, sich der Vergangenheit zu stellen. Veranlassen Denkmäler die Bürger dazu, vor allem die Angehörigen ethnischer Minderheiten, über vergangenes Unrecht und die auf Gewalt gründende Geschichte nachzudenken, sodass möglicherweise ein Prozess der Heilung in Gang gesetzt werden kann?⁰⁷

01 Zit. nach Erin Edgemon, Birmingham Covers Confederate Monument as City Considers Removal, 16.8.2017, www.al.com/news/birmingham/index.ssf/2017/08/defy_state_law_and_remove_conf.html.

02 Siehe David Graham, Local Officials Want to Remove Confederate Monuments – but States Won't Let Them, 25.8.2017, www.theatlantic.com/politics/archive/2017/08/when-local-officials-want-to-tear-down-confederate-monuments-but-cant/537351.

03 Beide zit. nach Andrew Blake, Alabama Governor Signs Law Protecting Confederate Monuments from Removal, 27.5.2017, www.washingtontimes.com/news/2017/may/27/alabama-law-protects-confederate-monuments-removal.

04 John C. Calhoun war Vizepräsident der Vereinigten Staaten unter John Quincy Adams und Andrew Jackson, und er war starker Befürworter der Sklaverei. Im Frühjahr 2017 wurde das College in Grace Hopper College umbenannt.

05 Vgl. Jason Burke, „Racist“ Gandhi Statue Banished from Ghana University Campus, 6.10.2016, www.theguardian.com/world/2016/oct/06/ghana-academics-petition-removal-mahatma-gandhi-statue-african-heroes.

06 W.E.B. Du Bois, *The Perfect Vacation*, in: *The Crisis* August/1931, S. 279.

07 Eine erkenntnisreiche Diskussion dazu bietet die gesamte Ausgabe *Foreign Affairs* 1/2018 unter dem Titel „The Undead Past: How Nations Confront the Evils of History“.

Die öffentliche Auseinandersetzung mit Denkmälern und Gedenkstätten deutet auf ein neues Bewusstsein für einen problematischen Aspekt der Vergangenheit der USA hin. In dieser Debatte wird jedoch weitgehend ignoriert, dass das Vermächtnis der Sklaverei nicht nur in physischen Denkmälern und Monumenten weiterleben kann, sondern auch in Begriffen, Songs und Produkten. Bekanntes Beispiel hierfür ist der Begriff „King Cotton“ („König Baumwolle“), für dessen negative Assoziationen bislang bei vielen US-Amerikanern das Bewusstsein fehlt. Für Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner steht King Cotton für die Gewalt, Ausbeutung und Demütigung der Sklaverei im US-amerikanischen Süden des 19. Jahrhunderts.

COTTON KINGDOM

Sklavenhalter, die das als „Cotton Kingdom“ bezeichnete Baumwollimperium aufgebaut hatten, waren die treibende Kraft bei der Sezessionskrise 1860. Sie sind auch die politischen und militärischen Anführer, an die man am häufigsten mit Denkmälern und Statuen erinnert, die nun überall in den Südstaaten der USA für Diskussionen sorgen. Natürlich gab es unter den Hunderttausenden, die im Bürgerkrieg ihr Leben ließen, auch viele, die nicht zu den Sklavenhaltern zählten, doch der Beweggrund für den Krieg war nun einmal die Sklaverei und die Befürchtung, dass die Wahl Abraham Lincolns eine Bedrohung für das Cotton Kingdom darstellte, dem alle angehörten, auch die, die keine Sklaven hielten. Karikaturisten, Liedkomponisten und Theaterautoren verwendeten in den 1850er Jahren gerne den Begriff „King Cotton“, und schon bald wurde er zum Synonym für die Sklavenhalter mit ihren riesigen Baumwollplantagen, die die Konföderation anführten.⁰⁸

Als der US-Senator und Baumwollplantagenbesitzer James Henry Hammond (1807–1864) in seiner berühmten Rede vor dem US-Senat 1858 verkündete: „Keine Macht auf Erden wagt es, ihr den Krieg zu erklären. Die Baumwolle ist König“, brachte er damit die Haltung seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Südstaaten zum Ausdruck, die sich zwei Jahre später von den Vereinigten Staaten lossagen und in den Krieg ziehen

sollten, um am System der Sklaverei festzuhalten und so die Herrschaft von King Cotton zu bewahren. Hammond und andere Plantagenbesitzer dominierten wie Monarchen sämtliche Aspekte der Gesellschaft, auch wenn in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten andere, demokratische Grundsätze verkündet worden waren.⁰⁹

Diese Geschichte ist zwar allgemein bekannt, doch das Vermächtnis von King Cotton in der US-amerikanischen und britischen Kultur wird kaum untersucht. Populäre Songs wie „Sweet Home Alabama“ von Lynyrd Skynyrd aus den 1970er Jahren oder Bücher wie Robert Penn Warrens Klassiker „Das Spiel der Macht“ (1946) romantisieren den alten Süden, auch wenn sie gelegentlich einräumen, dass die Sklaverei ein „problematisches“ Vermächtnis darstellt. Der Begriff „King Cotton“ wird als Titel für Romane, Theaterstücke und Filme verwendet, die sich weniger mit der Brutalität der Sklaverei befassen und mehr mit der Faszination der Baumwolle und dem Reichtum der Plantagenbesitzer und Textilfabrikanten. Sogar in der Werbung wird „King Cotton“ für Baumwollprodukte verwendet, als eine Art Referenz zur bedeutenden, wenn nicht sogar entscheidenden Rolle der Baumwolle in der US-amerikanischen Wirtschaft einst und heute.¹⁰ Doch im Gegensatz zu Uncle Sam, der als Personifikation der USA fungiert, muss das Vermächtnis von King Cotton noch eingehend untersucht und vielleicht verurteilt werden.

Der Begriff „King Cotton“ als Personifikation des US-amerikanischen Südens wurde erstmals von David Christy in seinem Buch „Cotton is King“ verwendet, das Mitte der 1850er Jahre erschien. Obwohl Christy die Bezeichnung satirisch gebrauchte, verkörperte sie die Antithese zur US-amerikanischen Demokratie. Darüber hinaus beruhte die Herrschaft von King Cotton auf Gewalt in Form von Vergewaltigungen, Auspeitschungen, Brandzeichen und dem Verkauf von Menschen zur Steigerung des individuellen und nationalen Wohlstands. Während sich einige wenige Weiße im Glanze von King Cotton sonnten, litten Schwarze unter seiner Peitsche.

08 Einen nützlichen Überblick über die Haltung der US-Amerikaner zum Bürgerkrieg liefert David Blight, *Race and Reunion: The Civil War in American Memory*, Cambridge MA 2002.

09 Senator James Henry Hammond, *On the Admission of Kansas, Under the Lecompton Constitution Speech Before the United States Senate* 4.3. 1858, <http://teachingamericanhistory.org/library/document/cotton-is-king>.

10 Anthony Burton, *The Rise and Fall of King Cotton*, London 1984.

Die Bedeutung der Baumwolle für die US-amerikanische Wirtschaft wurde in jüngster Zeit von Vertretern der „New History of Capitalism“ betont: Historiker wie Walter Johnson und Edward Baptist sehen Baumwolle und die Sklaverei als wesentliche Faktoren für den Aufstieg des Kapitalismus in den USA. Sven Beckerts Werk „Empire of Cotton“ bietet eine globale Perspektive auf die Rolle der Baumwolle für die Industrialisierung, mit einem Schwerpunkt auf die Entwicklung in Großbritannien. Bei diesen Untersuchungen stehen die Sklaverei und der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Mittelpunkt, wodurch die Rolle der Baumwolle differenzierter betrachtet wird als in den statistischen Analysen der vorherigen Generation von Historikern.¹¹

KING COTTON IN DER KULTUR

Angesichts dieser Wende in der Geschichtsschreibung überrascht es nicht, dass sich auch Theaterautoren sowie Künstlerinnen und Künstler von der Verbindung zwischen Sklaverei und Textilindustrie inspirieren lassen. Ein Beispiel dafür ist das Stück „King Cotton“ von Jimmy McGovern, das vom Theater The Lowry und der Liverpool Culture Company in Auftrag gegeben und 2007 zur Erinnerung an die Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels im Jahr 1807 uraufgeführt wurde.

McGoverns Theaterstück beschäftigt sich mit der Situation afroamerikanischer Sklaven, die im Namen von King Cotton ausgebeutet wurden, und dem damit verknüpften Leben der weißen Textilarbeiter im englischen Lancashire. Als ein Sklave namens Sokoto seinen Herrn tötet und auf einem Schiff in die Nordstaaten flieht, trifft er auf Tom, einen weißen Arbeiter in einer Textilfabrik, der sich den Konföderierten angeschlossen hat, weil der Amerikanische Bürgerkrieg verheerende Auswirkungen auf die englischen Textilstädte hat, die auf die Baumwolle angewiesen sind. McGoverns Stück geht über die popu-

läre romantische Darstellung der Südstaaten mit ihren Baumwollplantagen hinaus, wie man sie in Filmen wie „Vom Winde verweht“ (1936) findet, und bringt ebenso die globale Dynamik der Baumwolle zum Ausdruck wie die Abhängigkeit der versklavten Afrikaner und der britischen Arbeiter, die King Cotton am jeweiligen Ende der Produktionskette dienten.¹²

Auch wenn das Stück versucht, eine komplexere Geschichte von der globalen Bedeutung der Sklaverei zu erzählen, konzentriert es sich überwiegend auf die Darstellung der Vergangenheit und weniger auf das Vermächtnis von King Cotton als Symbol, das Afroamerikaner noch heute heimsucht. Die Herrschaft der Baumwolle brachte Not und Entbehrung für Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks, doch das Stück bietet keinen Ansatzpunkt, dieses Vermächtnis heute zu überdenken. Stattdessen bleibt die kulturelle Erinnerung an Sklaverei und Baumwolle auf die Vergangenheit beschränkt und nimmt kaum Bezug auf die Gegenwart, allenfalls gedenkt man dem schweren Los der weißen Arbeiterklasse, der im Laufe des Stücks bewusst wird, wie viel Schweiß und Blut in die Produktion der Baumwolle geflossen ist, die in England weiterverarbeitet wurde. So wird kaum etwas vom bleibenden Erbe King Cottons vermittelt, und nach der Vorstellung gehen die Besucherinnen und Besucher des Theaters womöglich in eine Bar und trinken ein Glas King Cotton Best Bitter der Manchester Brewing Company, ohne zu ahnen, welchen Widerwillen ein Bier mit einem solchen Namen bei Afroamerikanern auslösen kann.

Auch Werbeagenturen und Hotelbesitzer verwenden den Begriff und benennen Produkte und Lokale nach King Cotton ohne Gespür für dessen negative Assoziation mit der Sklaverei. In Memphis wurde das Hotel de Voy in den 1940er Jahren in King Cotton umbenannt. Es blieb ein Mittelpunkt des innerstädtischen Lebens, bis die überwiegend weiße Kundschaft nach der Ermordung von Martin Luther King Jr. 1968 und den anschließenden Spannungen in den 1970er Jahren ausblieb. 1984 wurde das Hotel abgerissen. Ebenfalls in Memphis stellt das Unternehmen Monogram Foods Hot Dogs unter dem Namen King

¹¹ Siehe Walter Johnson, *River of Dark Dreams: Slavery and Empire in the Cotton Kingdom*, Cambridge MA 2013; Edward Baptist, *The Half Has Never Been Told: Slavery and the Making of American Capitalism*, New York 2014; Sven Beckert, *Empire of Cotton: A Global History*, New York 2014. Ein Beispiel für die älteren Arbeiten wäre etwa Harold Woodman, *King Cotton and His Retainers: Financing and Marketing the Cotton Crop of the South*, Lexington 1968.

¹² Vgl. Dominic Cavendish, *King Cotton: This Slavery Saga is Another Cracker from McGovern*, 20.9.2007, www.telegraph.co.uk/culture/theatre/drama/3668023/King-Cotton-This-slavery-saga-is-another-cracker-from-McGovern.html.

Cotton her. Die Firma verwendet nicht nur den Namen, sondern rief ihre Kunden sogar vor kurzem dazu auf, King-Cotton-Erinnerungsstücke zum Kundendienstcenter in Memphis zu bringen, wo sie ausgestellt werden sollen, „um die reiche Geschichte der Marke zu feiern“.¹³

MANGELNDES BEWUSSTSEIN

Offensichtlich ist in der Vorstellung der US-Amerikaner und Briten bei King Cotton nur der romantische Mythos von magnolienumrankten Herrenhäusern geblieben, die hässliche Kleinigkeit namens Sklaverei bleibt außen vor. Ist den Menschen diese Verbindung nicht bewusst oder ziehen sie den Mythos vor, um sich nicht der Tatsache zu stellen, dass King Cotton einen unangenehmen Beiklang hat?

Betrachten wir die Interpretation der Jazzsängerin René Marie von „Strange Fruit“ (2001), einem Song gegen die Lynchjustiz, der 1939 durch Billie Holiday berühmt wurde. Marie beginnt den Song mit einer A-cappella-Version von „Dixie“, der Hymne der Konföderierten. Ihre künstlerische Entscheidung vermittelt einen Einblick, wie Afroamerikaner ihr Verhältnis zur Geschichte von King Cotton sehen. Selbst wenn schwarze Amerikaner eine Art Verbundenheit zum Süden als Region empfinden, vor allem aufgrund von Familienbanden und Erinnerungen an eine lebendige schwarze Gemeinschaft, fühlen sie sich doch gleichzeitig verfolgt von der gewalttätigen Vergangenheit, die sie mit dem assoziieren, was US-Präsident Donald Trump als „good old days“ bezeichnet. Im Song „Dixie“ heißt es:

*Oh, I wish I was in the land of cotton,
Old times there are not forgotten.
Look away, look away, look away Dixie Land!
(...)
I wish I was in Dixie, Hooray! Hooray!
In Dixie's Land I'll take my stand,
To live and die in Dixie.
Away, away, away down south in Dixie!*

*Ich wünschte, ich wäre im Baumwoll-Land,
Die alten Zeiten sind dort nicht vergessen,
Schau in die Ferne, weit weg, nach Dixie Land!
(...)*

¹³ Siehe www.monogramfoods.com/our-brands/king-cotton.

*Ich wünschte, ich wäre in Dixie, Hurra! hurra!
In Dixie's Land, da will ich bleiben,¹⁴
Leben und sterben in Dixie.
Weit weg, weit weg im Süden, in Dixie!*

In René Maries Interpretation folgen hiernach die Strophen von „Strange Fruit“:

*Southern trees bear a strange fruit,
blood on the leaves and blood at the root,
black body swinging in the Southern breeze,
strange fruit hanging from the poplar trees.*

*Die Bäume im Süden tragen seltsame Früchte,
Blut auf den Blättern und Blut an der Wurzel,
schwarze Körper baumeln in der südlichen Brise,
seltsame Früchte hängen von den Pappeln.*

Die Jazzsängerin singt auf eine Weise, die man nur als zögernd, verunsichert und aufgewühlt beschreiben kann. Es ist nicht der Text per se, sondern die Art, wie sie singt, die vom verstörenden Vermächtnis der Sklaverei und Gewalt im Cotton Kingdom kündigt. Warum verknüpft sie den Song „Dixie“, der als Nationalhymne der Konföderierten gilt, mit „Strange Fruit“, einem Lied gegen die Lynchjustiz? Marie will damit zeigen, dass rassistische Gewalt in Form von Lynchmorden untrennbar mit der Art von Gewalt verbunden ist, die Afroamerikaner unter der Herrschaft von King Cotton erdulden mussten.

In der US-amerikanischen Öffentlichkeit fehlt hierfür bislang das Bewusstsein – nicht so bei Corey Menafee, einem Angestellten der Yale University, der sich im Speisesaal des Wohnheims auf einen Tisch stellte und ein Buntglasfenster einschlug, das lächelnde schwarze Sklaven mit Baumwollbällen auf dem Kopf zeigte.¹⁵ Für Afroamerikaner ist Baumwolle ein Symbol für die Versklavung ihrer Vorfahren unter dem brutalen Tyrannen King Cotton. Diese Assoziation ist sehr stark, deutlich stärker als bei Zucker, obwohl für den Zuckerrohranbau ebenfalls unzählige Afrikaner versklavt wurden, um

¹⁴ Das Englische „take my stand“ ist vieldeutiger, da es auch „Standpunkt vertreten“ und „Widerstand leisten“ enthält (Anm. d. Red.).

¹⁵ Vgl. Lindsey Bever, A Yale Dishwasher Broke a „Racist“ Windowpane. Now, He's Fighting to Reclaim His Job, 19.7.2016, www.washingtonpost.com/news/grade-point/wp/2016/07/12/yale-dishwasher-resigns-after-smashing-racist-very-degrading-stained-glass-window.

den europäischen Markt mit dem begehrten Süßungsmittel zu beliefern. Auch Reis wird in der Vorstellung der Amerikaner nur selten mit Versklavung in Zusammenhang gebracht. Nehmen wir etwa die Marke Uncle Ben's, deren Reischachteln ein würdevoller älterer Schwarzer mit freundlichem Grinsen zierte. Dieses Bild weckt bei weitem keine so negativen Assoziationen wie Baumwolle, obwohl auch Reis eine von Gewalt geprägte Vergangenheit hat und die Besitzer der Reisfelder in South Carolina damit reich wurden, dass sie Reis an die Plantagen in der Karibik verkauften, wo versklavte Afrikaner jeden Quadratmeter Land beackerten, um Zucker, Kaffee oder Indigo anzubauen. Baumwolle hat sich als das Anbauprodukt herauskristallisiert, das man am stärksten mit dem brutalen Sklavenregime der Südstaaten assoziiert, weshalb sich auch die schwarzen Amerikaner daran stören und darin ein Symbol für eine belastete Vergangenheit sehen.

SCHLUSS

Es ist unvorstellbar, dass Corey Menafee „Dixie“-pfeifend in der Küche des Calhoun College Geschirr spült. Vermutlich ist seine Ablehnung vergleichbar mit dem Gefühl, das manche Afroamerikaner überkommt, wenn sie in eine Bar gehen und aus der Jukebox laut „Sweet Home Alabama“ von Lynyrd Skynyrd plärrt oder wenn auf der Straße ein Auto an ihnen vorbeifährt, dessen Hupe die ersten Töne von „Dixie“ ertönen lässt.

Die Demütigung, die Corey Menafee täglich empfand, als er an einem Bild vorbei musste, das den Baumwollanbau und die Sklaverei illustrierte, erinnert an die Erfahrungen der Menschen in New Orleans, Louisiana, und Charlottesville, Virginia, die an einer Statue der Konföderierten vorbeikommen oder eine Südstaatenflagge sehen, die an einem Pickup flattert. Diese Symbole machen King Cotton unsterblich und sind konkrete Beispiele dafür, wie die Vergangenheit Afroamerikaner noch heute immer wieder heimsucht.

Wann wird die Erinnerung an das Elend, das King Cotton über seine Untertanen gebracht hat, nicht mehr schmerzen? Und wann werden US-Amerikaner nicht mehr länger zulassen, dass der Mythos vom alten Süden sie von der Arbeit ablenkt, die sie leisten müssen, um das Land von dem schädlichen Übel zu befreien, das von den

Flaggen und Statuen der Konföderierten verkörpert wird?

Aktuelle Arbeiten von Historikern heben hervor, dass der Baumwollanbau in den USA und die Baumwollindustrie nur deshalb florieren konnten, weil sie auf einem System basierten, das furchtbare Gewalttaten gegen Afroamerikaner beging. Diese Historiker erinnern uns daran, dass die in den USA angebaute Baumwolle stets im Zusammenhang mit der unmenschlichen Behandlung derer gesehen werden muss, die für die Produktion am wichtigsten waren. Baumwolle darf nie einfach nur als ökonomische Einheit betrachtet werden, die man wiegen, messen und auf britischen Märkten verkaufen kann. Und King Cotton als gewaltsamer Tyrann darf in der kulturellen Erinnerung nicht verloren gehen, in Anbetracht der Ansammlung von romantischen Filmen und Songs, die ihn ohne negative Assoziation feiern.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

OUSMANE POWER-GREENE

ist Professor am historischen Institut der Clark University in Worcester, Massachusetts. Zu seinem Forschungsschwerpunkt gehören afroamerikanische Geschichte und afroamerikanische politische Bewegungen.

opowergreene@clarku.edu

WHITE SUPREMACY

Geschichte und Politik des Weißseins in den USA

Christopher Vials

Am 25. Juli 2017 wandte sich US-Präsident Donald Trump in Youngstown, Ohio, an jubelnde Anhänger. Die Stadt gilt als eine der am stärksten deindustrialisierten Städte im „Rust Belt“ – der ehemals größten Industrieregion der USA. In seiner Rede, die sich an eine fast gänzlich weiße Zuhörerschaft richtete, machte Trump für praktisch jedes größere Problem in den Vereinigten Staaten *people of color* verantwortlich: „radikal-islamische Terroristen“, die Amerika zerstören wollten, Aktivisten der Bewegung Black Lives Matter, die „unsere großartigen Polizisten“ nicht respektierten sowie Einwanderer ohne Papiere, die für Trump und seine Zuhörer grundsätzlich Kriminelle sind. Dabei wandte er eine Technik der Entmenschlichung an, die den dunkelsten Zeiten der europäischen Geschichte entlehnt ist: „Diese Raubtiere und kriminellen Ausländer, die unsere Gemeinden mit Drogen vergiften und Jagd auf unschuldige junge Menschen machen, wunderschöne unschuldige junge Menschen, werden in unserem Land nirgendwo mehr eine sichere Zuflucht finden. Ihr habt die Berichte über einige dieser Tiere gesehen. Sie benutzen keine Schusswaffen, weil ihnen das zu schnell geht und ihren Opfern nicht genug Schmerzen bereitet. Deswegen greifen sie sich zum Beispiel ein junges, wunderschönes Mädchen, 16, 15 Jahre alt, und schneiden sie in Stücke, weil sie wollen, dass sie vor ihrem Tod noch quälende Schmerzen erleidet. Das sind die Tiere, die wir so lange beschützt haben.“⁰¹

Ungeachtet der Tatsache, dass die Gruppe der Einwanderer ohne Papiere anteilmäßig weniger Straftaten begeht als die Gruppe einheimischer Staatsbürger,⁰² scharf Trump immer wieder weiße Vorzeigefamilien um sich, die Opfer „illegaler“ Ausländer geworden sind, und vor kurzem gründete die Trump-Administration die Organisation Victims of Innocent Crime Engagement (VOICE), um Opfern von Einwanderern ohne Papiere Hilfe zu leisten und um seine Anhänger

mit Geschichten von Migrantenkriminalität aufzuputschen.

Zwar verwendete Trump in seiner Rede kein einziges Mal die Worte „weiß“, „schwarz“ oder „Latino“ und beachtete sogar gewisse Grundregeln des politischen Diskurses in den USA. Doch seine Zuhörerschaft verstand den Subtext nur zu genau: Die Leute wussten, dass die kriminellen „Tiere“ keine Weißen wie sie und der Präsident waren. Ihr wütendes Verlangen, diese nichtweißen Missetäter zu bestrafen, verband sie mit dem Redner – trotz der gewaltigen Kluft, die sie beim persönlichen Vermögen von ihm trennt. Trumps Rhetorik basierte darauf, dass seine Zuhörerschaft sich als „Weiße“ identifizieren und ihre Ressentiments und ihre Entfremdung durch diese Kategorisierung zum Ausdruck bringen. Sie veranlasste die Zuhörer zudem, sich über Klassengrenzen hinweg mit einem unglaublich reichen Menschen zu solidarisieren. Dies gelang aufgrund eines gemeinsamen Rassismus.

So sehr Trumps Aufstieg eine Zäsur in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist, so sehr ist seine Politik – die Politik des Weißseins – nicht vom Himmel gefallen. Vielmehr ist sie aus tief verwurzelten Strukturen und politischen Strömungen der *white supremacy* (weiße Vorherrschaft) hervorgegangen, von denen die politische Landschaft der USA seit ihren Anfängen geprägt wird.

WEIß ALS GESELLSCHAFTLICHE KATEGORIE

Man kann den Begriff „Rasse“ in den Vereinigten Staaten nicht verstehen, wenn man sich dabei auf Schwarzsein fokussiert und die Kategorisierung „weiß“ und ihre historische Bedeutung ausblendet. Einer Untersuchung von „Weißsein“ ist voranzuschicken, dass „weiß“ weder nur eine Hautfarbe noch ein in der Biologie begründeter Status ist. Stattdessen handelt es sich um eine gesellschaftlich konstruierte Kategorie, die nichts-

destotrotz in ihren Auswirkungen real ist. In der Neuen Welt wurde die „weiße Rasse“ im späten 17. Jahrhundert als Mittel zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und Hierarchie innerhalb eines aufstrebenden kapitalistischen Weltsystems kreiert. Diese Funktion behielt sie bei, als die neue Nation der Vereinigten Staaten entstand.

Von 1790 bis 1952 – fast drei Viertel der US-amerikanischen Geschichte – war Weißsein explizite Voraussetzung für eine Staatsbürgerschaft in den Vereinigten Staaten. Weiß war also eine Rechtskategorie, die darüber entschied, wer ins Land hereingelassen wurde, wer Land besitzen, wer wählen und wer wen heiraten durfte. *White supremacy* – das Fundament des Rassismus – ist daher in den Vereinigten Staaten nicht bloß eine persönliche Meinung oder eine rückwärts gerichtete Einstellung, die von isolierten Individuen eingenommen wird. Sie ist vielmehr eine materielle, institutionelle Struktur, die festlegt, wie Ressourcen verteilt werden. Sicherlich können Kommentare eines Arbeitskollegen oder Nachbarn rassistisch sein. Aber wenn man Rassismus als etwas Strukturelles begreift, als etwas, das Ressourcen auf Grundlage rassistischer Kategorien verteilt, sieht man ihn auch in Einrichtungen, in denen *people of color* unterdurchschnittlich vertreten sind. Man würde diese Unterrepräsentation nicht als selbstverständlichen Teil des täglichen Lebens betrachten, sondern als Ausdruck einer auf *white supremacy* basierenden Gesellschaft.

Der Aufstieg von Donald Trump und die Popularisierung seiner Politik zwingen uns, unsere Definitionen weiter zu verfeinern, um zwischen Rassismus und Rassisten unterscheiden zu können. Auch wenn Rassismus strukturell und omnipräsent ist, ist trotzdem nicht jeder automatisch ein aktiver Rassist. Es ist schlechterdings unmöglich, in den Vereinigten Staaten aufzuwachsen, ohne die auf Rassenzugehörigkeit fokussierten Prämissen und Wahrnehmungsweisen zu verinnerlichen: Sogar *people of color* internalisieren negative Bilder von sich oder von anderen Minderheitsgruppen, die sie durch die US-amerikanische Kultur eingepflegt bekommen haben.

Sich als Rassist zu verhalten, geht jedoch darüber hinaus: Es bedeutet, sich politisch und gesellschaftlich als Weißer zu identifizieren, Weißsein aktiv zu einer gültigen gesellschaftlichen Kategorie zu erheben. Ausdruck davon könnte etwa sein, eine Politik zu unterstützen, die *people of color* konsequent die Schuld an sozialen Problemen zuweist, während sie Weiße zu Opfern stilisiert, die ihre Meinung nicht öffentlich zum Ausdruck bringen dürfen; oder Schwarze, Latinos und Asiaten als Menschen zu betrachten, die kaum etwas zur Gesellschaft beisteuern, aber von hart arbeitenden Weißen erwirtschaftete Ressourcen verbrauchen. Es versteht sich von selbst, dass die meisten Rassisten in den Vereinigten Staaten die Bezeichnung „Rassist“ nach wie vor von sich weisen.

URSPRÜNGE DER „WEIßEN RASSE“ IN DER NEUEN WELT

Nach Ansicht des Historikers Theodore Allen gehen heutige Definitionen von Rasse auf die frühen kapitalistischen englischen Siedlungen in der Neuen Welt Ende des 17. Jahrhunderts zurück. In der Chesapeake Bay in Nordamerika sowie den Westindischen Inseln konstatierte die englische Bourgeoisie, dass sie in einem Umfeld, in dem alle Arbeiter gleichermaßen ausgebeutet wurden, keine soziale Kontrolle sicherstellen konnte. Das System der Zwangsarbeit, das sie Anfang des 17. Jahrhunderts entwickelt hatte und an das Europäer und Afrikaner gleichermaßen gebunden waren, brach mit Bacon's Rebellion 1676 zusammen. In dem nach dem weißen Plantagenbesitzer Nathaniel Bacon benannten Aufstand kämpften schwarze und weiße Vertragsknechte und Sklaven gemeinsam. Dies alarmierte die britische Obrigkeit, und fortan sollten Sklavenkodizes die unteren Klassen spalten: Menschen schwarzer Hautfarbe hatten die entwürdigendsten Arbeitsformen zu verrichten. Damit entstand ein System, in dem Menschen, die als Nichtweiße klassifiziert wurden, in die unterste Schicht der Arbeiterschaft verbannt wurden.

Logische Folge dieses neuen sozialen Systems war die Schaffung einer Art Pufferzone, deren Angehörige das Recht hatten, Polizeiaufgaben zu übernehmen oder Waffen zu tragen. Angehörige dieser Schicht verbündeten sich aufgrund ihrer Rassenzugehörigkeit mit der Bour-

01 Zit. nach Alana Abramson, 26.7.2017, <http://time.com/4874161/donald-trump-transcript-youngstown-ohio>.

02 Vgl. Richard Pérez Peña, *Contrary to Trump's Claims, Immigrants are Less Likely to Commit Crimes*, 26.1.2017, www.nytimes.com/2017/01/26/us/trump-illegal-immigrants-crime.html.

geoisie und halfen ihr dabei, ihr Wirtschaftssystem umzusetzen und aufrechtzuerhalten. In den Westindischen Inseln bildeten die Kreolen diese Pufferzone, in Lateinamerika die Kaziken, in Nordamerika waren es Weiße aus der Unter- und Mittelschicht. Auf diese Weise entstand in der englischen Neuen Welt die „weiße Rasse“.⁰³

Eine auf Rassenzugehörigkeit basierende Hierarchie war, kurz gesagt, Grundstein für die Bildung des modernen Kapitalismus. Da Rassenzugehörigkeit wesentlich für die politische und kulturelle Elite der herrschenden Klasse war, wurde sie zu einer materiellen Kraft, die Reichtum ermöglichte. Das System der sozialen Kontrolle, das der Sozialanthropologe Cedric Robinson als „racial capitalism“⁰⁴ bezeichnet, dauert bis heute an. Das System herauszufordern, erweist sich als erstaunlich schwierig – aber nicht unmöglich.

Die zunächst in den britischen Siedlerkolonien von Nordamerika gebildeten, auf Rassenzugehörigkeit basierenden Hierarchien festigten sich nach der Amerikanischen Revolution vollends in der neuen Nation der Vereinigten Staaten, in der die Macht der Sklavenhalter aufrechterhalten blieb. Institutionell zeigte sich das Privileg des Weißseins am deutlichsten darin, wie das neu entstandene Land Staatsbürgerschaft definierte. Das Einwanderungsgesetz von 1790 legte fest, dass „jeder Ausländer, *als freie und weiße Person* [Hervorhebung durch den Verfasser], der für die Dauer von zwei Jahren in den Grenzen und unter der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten gelebt hat, als Bürger derselben zugelassen werden kann“. Männern wurde mit der Staatsbürgerschaft im Allgemeinen das Wahlrecht, das Recht auf Eigentum, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht verliehen sowie das Recht auf Schutz durch das Gesetz und die Möglichkeit, als Polizist zu dienen und Schusswaffen zu besitzen.

Die Bedingung „freie und weiße Person“ bildete von 1790 bis 1952 die Grundlage der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft, bis sie mit dem McCarran-Walter Act aus dem US-amerikanischen Einwanderungsgesetz gestrichen wurde. Doch da sich die Privilegien der Staatsbürger-

schaft von 1790 bis 1952 explizit auf das Weißsein gründeten, lässt sich festhalten, dass die Vereinigten Staaten während des größten Teils ihrer Existenz de jure ein auf *white supremacy* basierender Staat gewesen sind.

WEIßE UND „WEIßE AUF PROBE“

Zwischen 1790 und 1952 musste jede Einzelperson bei der Einreise ins Land nachweisen, dass er oder sie weiß war. Grundlegendes Kriterium für die Einwanderungsbehörde war dabei das Herkunftsland des Einwanderers: Eine Geburt in Europa war im Allgemeinen eine Garantie. Allerdings gab es Grauzonen, und die US-amerikanische Rechtsgeschichte ist gespickt mit Fällen, bei denen Einzelpersonen vor dem Obersten Gerichtshof Klage erhoben, normalerweise erfolglos, um aufgrund ihrer nationalen Herkunft als weiß eingestuft zu werden. So wurde beispielsweise in Sachen Saito (1894) geurteilt, dass Japaner nicht weiß sind, in Sachen Halladjian (1909), dass Armenier weiß sind und, in Sachen Majour (1909), dass Syrer weiß sind. Allerdings hoben die Gerichte letzteres Urteil wieder auf und entschieden 1914, dass Syrer doch nicht weiß sind.⁰⁵

Es ist wichtig festzuhalten, dass zwischen 1790 und 1921 keine Obergrenzen existierten, was die Anzahl der Europäer anging, die in die Vereinigten Staaten einwandern durften. Aus Sicht der Behörden war es notwendig, dass so viele „freie weiße Personen“ wie möglich ins Land gelassen wurden, damit die Grenzgebiete besiedelt wurden und später, während der Industriellen Revolution, damit Fabrikanten billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts, als Neuankömmlinge die US-amerikanische Kulturlandschaft veränderten, wurde den etablierten europäischen Amerikanern allerdings klar, dass nicht alle „freien weißen Personen“ gleich waren. Neu angekommene Europäer, vor allem aus Ländern, in denen bittere Armut herrschte, erlebten gesellschaftliche Ächtung und bekamen es mit einer nativistischen, einwandererfeindlichen Gegenbewegung zu tun. Um Menschen dieser Kategorie zu beschreiben, prägte der Historiker Matthew Frye Jacobson den Begriff „probationary whites“

03 Vgl. Theodore Allen, *The Invention of the White Race. Volume 2: The Origin of Racial Oppression in Anglo-America*, London 1997.

04 Cedric Robinson, *Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition*, Chapel Hill 2000, S. 2.

05 Siehe Ian Haney Lopez, *White by Law. The Legal Construction of Race*, New York 1996.

(Weiße auf Probe). Letztere gehörten Gruppen an, die von Gesetzes wegen weiß waren und die rechtlichen Vorteile der Staatsbürgerschaft genossen (und daher im Vergleich zu *people of color* privilegiert waren), jedoch diverse Formen der Ausgrenzung und Marginalisierung erfuhren.⁰⁶ Diese gesellschaftliche Kategorie umfasste in der Regel die ärmsten europäischen Einwanderer in den Vereinigten Staaten: irische Katholiken von den 1840er bis zu den 1860er Jahren sowie von den 1890er bis zu den 1930er Jahren Italiener, Osteuropäer und Juden. Ob asiatische Amerikaner heute einer ähnlichen gesellschaftlichen Kategorie entsprechen oder nicht, wird unter Wissenschaftlern kontrovers diskutiert.⁰⁷

EINWANDERUNGSKONTINGENTE UND NEUBESTIMMUNG DER STAATSBÜRGERSCHAFT

Die vor allem katholische und jüdische Einwanderungswelle an der Schwelle zum 20. Jahrhundert war in Relation zur Gesamtbevölkerung die größte in der US-amerikanischen Geschichte und verursachte eine starke Gegenbewegung seitens der etablierten weißen Protestanten. Teils angeheizt vom Ku-Klux-Klan und der Pseudowissenschaft der Rassenhygiene, forderten diese „Nativisten“ mit Nachdruck Einwanderungsbeschränkungen. Ihre Bemühungen führten zur Verabschiedung des Emergency Quota Act von 1921 und zum Johnson-Reed Act 1924, den Adolf Hitler in „Mein Kampf“ lobend erwähnte. Sie schränkten die Einwanderung der „Weißen auf Probe“ stark ein – insbesondere die von Süd- und Osteuropäern – und schlossen Asiaten gänzlich aus. Ihre länger anhaltende Wirkung jedoch bestand in der Einführung von Einwanderungskontingenten.

Diese Gesetze legten mithin Obergrenzen fest, die seitdem fester Bestandteil der US-Immigrationspolitik sind. Im Verbund mit strengen administrativen Maßnahmen, etwa der Gründung der Grenzschutzbehörde United States Border Patrol 1924, schufen sie zudem die soziale und rechtliche Kategorie des „illegalen Ausländers“, die bis heute im politischen Diskurs der USA als Gegen-

pol zum Staatsbürger erhalten muss.⁰⁸ Der illegale Ausländer entstand mit anderen Worten Anfang des 20. Jahrhunderts aufgrund zunehmender Schwierigkeiten bei der Definition von Weißsein.

Obschon die Staatsbürgerschaft gemäß dem Gesetz von 1790 explizit Weißen vorbehalten war, gab es natürlich auch vor seiner Abschaffung Nichteuropäer in den Vereinigten Staaten. Menschen afrikanischer Abstammung wurden bereits ab dem 17. Jahrhundert als Sklaven nach Nordamerika verschifft, ab 1848 wanderten in großer Zahl chinesische Hilfsarbeiter ein und im weiteren Verlauf des Jahrhunderts Japaner. Nach dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846–1848), als die Vereinigten Staaten große Teile mexikanischen Territoriums annektierten, darunter die heutigen Staaten Texas und Kalifornien, wurden mexikanische Bürger in den Vereinigten Staaten aufgenommen.

Diesen Nichteuropäern stand vor dem Zweiten Weltkrieg die Möglichkeit offen, die Staatsbürgerschaft zu erlangen und auf diese Weise Fuß im Land zu fassen. Kurz nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) ratifizierte der US-Kongress den 14. Zusatzartikel zur Verfassung, der „allen Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder eingebürgert sind“ die Staatsbürgerschaft gewährte. Dank dieser Maßnahme wurde die Staatsbürgerschaft auf ehemalige Sklaven und, ungewollt, auch auf US-amerikanischem Boden geborene Kinder asiatischer Einwanderer ausgeweitet.⁰⁹

Nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1790 galten Mexikaner als Weiße, und mexikanische Staatsbürger, die vor dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg auf US-Staatsgebiet lebten, konnten ebenfalls US-Bürger werden. Doch ob Staatsangehörige oder nicht, das Gros dieser Nichteuropäer belegte für gewöhnlich den gleichen Platz in der Klassenhierarchie, wie er nach Bacon's Rebellion Nichtweißen zuteil geworden war. Ob sie nun als Sklaven, Saisonarbeiter auf dem Feld oder Eisenbahnarbeiter schufteten, sie waren häufig die am stärksten ausgebeuteten Arbeiter in einer expandierenden US-Wirtschaft, einer Wirtschaft, die sowohl auf ihre Arbeitskraft als auch auf ihre Rechtlosigkeit angewiesen war.

06 Matthew Frye Jacobson, *Whiteness of a Different Color. European Immigrants and the Alchemy of Race*, Cambridge MA 1999.

07 Vgl. etwa Gary Okihiro, *Margins and Mainstreams: Asians in American History and Culture*, Seattle 1994.

08 Vgl. Mae Ngai, *Impossible Subjects. Illegal Aliens and the Making of Modern America*, Princeton 2004.

09 Diese umstrittene Gesetzeslücke existiert bis heute. Kritiker der politischen Rechten beklagen, dass Kinder von Einwanderern ohne Papiere als „Ankerkinder“ die Staatsbürgerschaft erlangen können.

GESETZE ZUR RECHTLICHEN GLEICHSTELLUNG

Formale, de jure geltende Staatsbürgerrechte gründen sich in den Vereinigten Staaten heute nicht mehr auf das Weißsein. Innenpolitischer und von außen ausgeübter politischer Druck sorgten dafür, dass das Land Mitte des 20. Jahrhunderts von der unverhohlenen *white supremacy* abrückte. Der stärkste innenpolitische Druck ging von der Bürgerrechtsbewegung (1930er bis 1960er Jahre) aus, die wie keine andere zuvor das Thema der *white supremacy* ins Zentrum der politischen Debatte rückte. Obendrein zwang die globale, antikoloniale Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika während des Kalten Kriegs US-amerikanische Entscheidungsträger dazu, Eindruck bei jüngst entkolonialisierten Nationen zu machen und im eigenen Land mit einer „racial reform“ auf die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung einzugehen.¹⁰

Diese Dynamik führte 1965 zur Verabschiedung des Immigration and Nationality Act, der zeitgleich mit dem Civil Rights Act von 1964 und dem Voting Rights Act von 1965 verabschiedet wurde. Gemeinsam beendeten diese Gesetze weitgehend die de jure bestehende *white supremacy* in den Vereinigten Staaten. Der Civil Rights Act setzte der Rassentrennung und der sogenannten Jim-Crow-Ära¹¹ im Süden ein Ende und stellte erstmals in der US-Geschichte die Diskriminierung aufgrund von Rassenzugehörigkeit oder Geschlecht am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt, im Erziehungswesen und im öffentlichen Raum unter Strafe. Der Immigration Act von 1965 war das Einwanderungspolitik-Pendant zum Civil Rights Act. Zwar strich der McCarran-Walter Act von 1952 den Begriff „freie weiße Personen“ aus dem US-Einwanderungsgesetz, bewirkte jedoch kaum eine Veränderung in der demografischen Zusammensetzung des Landes, da frühere, auf Quoten basierende Einschränkungen einer Einwanderung aus Ländern außerhalb Nordeuropas in Kraft blieben. Das Gesetz von

1965 hingegen behielt zwar die Praxis der Quoten mit einer Obergrenze von 170 000 Einreisewilligungen bei, strich jedoch Rassenzugehörigkeit und nationale Herkunft als Grundlage für den positiven Bescheid für Visa-Antragsteller.

Im Laufe der Zeit führte dieses Gesetz zu einer substanziellen demografischen Veränderung – Europäer machen heute einen wesentlich kleineren Anteil der Einwanderer und Neubürger in den USA aus. Stammten 1960 noch 84 Prozent der Einwanderer aus Europa oder Kanada, so liegt dieser Anteil heute nur noch bei knapp 14 Prozent, und Lateinamerikaner und Asiaten stellen mittlerweile die größte Bevölkerungsgruppe der im Ausland geborenen Einwanderer. Stand 2016 geht die US-amerikanische Statistikbehörde davon aus, dass 61 Prozent der Bevölkerung nicht-lateinamerikanische Weiße sind; 1960 waren es noch 85 Prozent gewesen.¹²

Mochte das Ende der de jure bestehenden *white supremacy* auch einen enormen Schritt in die richtige Richtung bedeuten, so war damit die *white supremacy* als solche dennoch nicht beendet. Rassismus und Rassentrennung existieren de facto weiterhin. Besuchern der Vereinigten Staaten fällt rasch auf, dass Weiße und *people of color* dazu neigen, sich in je eigenen Stadtteilen niederzulassen, auch wenn derartige Separierungen nicht gesetzlich vorgeschrieben sind.

Die offenkundigste Fortdauer der *white supremacy* ist jedoch ökonomischer Natur: 2017 stellte eine viel beachtete Studie eine enorme und weiter wachsende Kluft zwischen dem Wohlstand Weißer und dem Nichtweißer fest. Sie brachte ans Licht, dass der Wohlstand in weißen Haushalten mit mittlerem Einkommen achtmal so hoch ist wie der Wohlstand schwarzer Haushalte und zehnmal so hoch wie der von Latino-Haushalten der gleichen Einkommensgruppe.¹³ In der unteren Hälfte von Einkommensbeziehern weisen asiatische Haushalte die Hälfte des Wohlstands ihrer weißen Pendanten auf. Darüber hinaus sank zwischen 1983 und 2013 der Wohlstand in schwarzen und Lati-

¹⁰ Siehe Mary Dudziak, *Cold War Civil Rights. Race and the Image of American Democracy*, Princeton 2000.

¹¹ Der Begriff „Jim Crow“ stand im 19. Jahrhundert für das Stereotyp des faulen, unterdurchschnittlich intelligenten Schwarzen. In der Jim-Crow-Ära war die Segregation in den US-amerikanischen Südstaaten durch Gesetze festgelegt. Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Hochgeschwender in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

¹² Siehe Gustavo Lopez/Jynnah Radford, *Facts on U.S. Immigrants*, 2015, 3.5.2017, www.pewhispanic.org/2017/05/03/facts-on-u-s-immigrants; United States Census Bureau, *Quick Facts: 2016*, o.D., www.census.gov/quickfacts/fact/table/US/PST045216.

¹³ „Wohlstand“ steht in diesem Fall für kumuliertes Vermögen, dessen wertvollster Bestandteil für die meisten US-amerikanischen Familien ein Haus ist, das als solches eine entscheidende Grundlage wirtschaftlicher Sicherheit darstellt.

no-Haushalten mit mittlerem Einkommen um 75 beziehungsweise 50 Prozent, während der von Weißen in der gleichen Einkommensgruppe um 14 Prozent stieg.¹⁴ Die materielle Basis für *white supremacy* ist damit gegeben, und allzu häufig fungiert die Rassenzugehörigkeit immer noch als sozialer Marker.

VOM KLAN ZUR SOUTHERN STRATEGY

Es dürfte nicht überraschen, dass die institutionelle Bevorzugung Weißer immer wieder zum Aufkommen politischer Bewegungen geführt hat, die danach streben, dieses Privileg zu bewahren. Dies geschah vor allem in Phasen, in denen die Begünstigten ihre Privilegien bedroht sahen. So hatten rassistische Institutionen stets die aktive Intervention von Rassisten nötig, um weiter Bestand zu haben. Im 20. Jahrhundert gehörten zu den einflussreichsten dieser Bewegungen der Ku-Klux-Klan (1920er Jahre), die Christian Front von Charles Coughlin (1930er Jahre) sowie die American Independent Party von George Wallace (späte 1960er und frühen 1970er Jahre). Diese Bewegungen wiesen eindeutig faschistische und autoritäre Merkmale auf.¹⁵ Der Schwerpunkt soll hier auf den Klan und George Wallace und seine Bewegung gelegt werden, weil diese beiden Gruppen weitreichenden Einfluss auf US-Institutionen hatten.

Der Ku-Klux-Klan wurde 1865 von ehemaligen Konföderierten im Süden der USA gegründet, jedoch während der *reconstruction* – jener Phase, in der die aus den USA ausgetretenen Südstaaten wieder in die Union eingegliedert wurden – von den Besatzungstruppen des Nordens zurückgedrängt. Nach seiner Neugründung 1915 entfaltete er schließlich seine größte Wirkung: In den 1920er Jahren dehnte der Klan seinen Einflussbereich über den Süden hinaus aus und wurde zur Mainstream-Organisation. Seine Mitglieder waren weitestgehend weiße, der Mittelschicht angehörende und in Kleinstädten ansässige Protestanten, und ihre Hauptangriffsziele

waren nicht Schwarze, sondern Neuzuwanderer aus Ost- und Südeuropa, Asiaten und Juden. Der Einfluss des Klans war so groß, dass Politiker aus den Staaten des Mittleren Westens und den Südstaaten davor zurückschreckten, sich kritisch über ihn zu äußern; es gelang dem Klan sogar, seine Mitglieder in den US-Senat und das Repräsentantenhaus wählen zu lassen. Ihr Hauptziel bestand darin, die Macht von Neuzuwanderern zu begrenzen, insbesondere mittels Einwanderungsbeschränkungen.¹⁶ Darin waren sie erfolgreich: Ohne ihre Einflussnahme wäre die Verabschiedung des Johnson-Reed Act von 1924 kaum vorstellbar gewesen.

Während der Klan auf dem Höhepunkt seines Einflusses versuchte, die Privilegien der Weißen zu bewahren, indem er Weißsein enger definierte und auf Protestanten westeuropäischer Herkunft beschränkte, hatte es die einflussreichste Bewegung der *white supremacy* des späten zwanzigsten Jahrhunderts auf Afroamerikaner und die Bürgerrechtsbewegung abgesehen: Zu Beginn der 1960er Jahre setzte sich der Demokrat George Wallace als Gouverneur des US-Bundesstaats Alabama an die Spitze einer landesweiten Anti-Bürgerrechtsbewegung. Später als Kandidat einer kurzlebigen Partei namens American Independent Party stellte er sich 1968 und 1972 für das Amt des US-Präsidenten zur Wahl.

Die Niederlage von Wallace 1968 und sein gescheiterter Wahlkampf 1972 hätten ihn zu einer Fußnote der Geschichte werden lassen, wäre da nicht seine Langzeitwirkung auf die US-amerikanische Politik. Da Nixon zu Recht befürchtete, Wallace könne ihm zu viele konservative Wähler abwerben, machte er sich 1968 in seinem Wahlkampf Wallaces Botschaft zu eigen und ging in seiner *southern strategy* auf die rassenbezogenen Ängste weißer Wähler ein.

In seiner Funktion als Gouverneur von Alabama hatte Wallace bereits einer rassistischen Politik den Weg bereitet, die zwar einerseits brachial daherkam, es jedoch andererseits vermied, Rassenzugehörigkeiten explizit anzusprechen und sich stattdessen auf Themen fokussierte, die vermeintlich frei von Rassenvorurteilen waren, beispielsweise Kriminalität, Sozialhilfe und die Rechte der Bundesstaaten. Nixons Berater erkannten, dass Wallace sich das bei weißen

¹⁴ Vgl. Institute for Policy Studies and Prosperity Now, *The Road to Zero Wealth: How the Racial Wealth Divide is Hollowing Out America's Middle Class*, Washington D.C. 2017.

¹⁵ Christopher Vials, *Haunted by Hitler. Liberals, the Left, and the Fight against Fascism in the United States*, Amherst 2014; Rory McVeigh, *The Rise of the Ku Klux Klan: Right-Wing Movements and National Politics*, Minneapolis 2009, S. 62.

¹⁶ Vgl. Rory McVeigh, *The Rise of the Ku Klux Klan. Right-Wing Movements and National Politics*, Minneapolis 2009.

Wählern Ende der 1960er Jahre weitverbreitete Gefühl zunutze machte, die Forderungen der Bürgerrechtler seien „zu weit gegangen“. Nixons Berater John Ehrlichman beschrieb die von Wallace inspirierte Strategie des Wahlkampfteams: Der Trick bestehe darin, Positionen zu Kriminalität, sozialem Wohnungsbau und Bildung so zu präsentieren, dass ein potenzieller Wähler „sich selbst gegenüber nicht eingestehen muss, sich von einer rassistischen Einstellung angesprochen zu fühlen“.¹⁷

Nach 1968 übernahm die Republikanische Partei Wallaces Agenda als regulären Bestandteil ihrer Politik. Wallaces verschlüsselte rassistische Einstellung wurde später in Ronald Reagans Kampf gegen Drogen erkennbar. In den 1990er Jahren tauchte sie dann abermals im Narrativ des Kongressführers Newt Gingrich auf, demzufolge von Sozialhilfe abhängige Menschen (zu verstehen als Schwarze) die Ursache für übermäßig hohe Steuern waren. Institutionell manifestierte sie sich in einem Politikwandel in Bezug auf nichtweiße Vertreter der Arbeiterklasse – von der Unterstützung durch Sozialleistungen hin zu einer neuen Strategie der „Beherrschung“ der Ghettos durch Massenverhaftungen. Nachdem die *southern strategy* in den 1980er Jahren mit der weiteren Verlagerung auf „Recht und Ordnung“ maßgeblich zur nationalen Politik wurde, haben die Vereinigten Staaten heute eine der weltweit höchsten Inhaftierungsraten. Ehemalige Verbrecher – überproportional Schwarze und Latinos – dürfen sich in zahlreichen Staaten nicht an Wahlen beteiligen und sehen sich mit staatlich sanktionierter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert.¹⁸

Mögen gegenwärtig auch einige Republikaner eine Abneigung gegenüber Trump empfinden, so entspringt sein politischer Aufstieg doch direkt der von ihrer Partei entwickelten *southern strategy* samt ihren institutionellen Wirkungen, die sich über Jahrzehnte hinweg entfaltet haben.

17 Zit. nach Dan Carter, *From George Wallace to Newt Gingrich. Race in the Conservative Counterrevolution. 1963–1994*, Baton Rouge 1996, S. 3.

18 Vgl. Michelle Alexander, *The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Colorblindness*, New York 2010, S. 9, S. 43f.

19 Vgl. Lizbeth Cohen, *A Consumers' Republic. The Politics of Mass Consumption on Postwar America*, New York 2003, S. 69ff.; Nelson Lichtenstein, *Class Politics and the State During World War II*, in: *International Labor and Working-Class History* 58/2000, S. 261–274, hier S. 264.

ZEICHEN DER SOLIDARITÄT

Da sie ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, bleibt die *white supremacy* tief in der westlichen Welt verwurzelt. Sie bleibt für den amerikanischen Kapitalismus nützlich, da sie große Teile der Mittelschicht und der Arbeiterschaft dazu bringt, einen Kurs zu unterstützen, von dem in erster Linie Eliten profitieren. Weißsein ist allerdings auch kein immer stabil bleibendes politisches Gefüge in den Vereinigten Staaten. Es wurde zu verschiedenen Zeiten mithilfe von multiethnischer Mobilisierung erfolgreich herausgefordert: im Rahmen des Abolitionismus vor dem Sezessionskrieg, zu Zeiten der Popular Front (Volksfront) in den 1930er und 1940er Jahren und während der Bürgerrechtsbewegung und den radikalen Bewegungen der späten 1960er Jahre.

In jedem dieser Fälle trachteten nicht nur marginalisierte Gruppen danach, sich Rechte zu sichern, sondern es geriet ein ganzes System wirtschaftlicher Ungleichheit in Gefahr, weil die Allianz zwischen weißer Elite und Nicht-Elite zusammenbrach. So verbündeten sich beispielsweise in den 1930er und 1940er Jahren die „Weißen auf Probe“ im Rahmen von Kampagnen mit dem Slogan „Black and White Unite and Fight“ mit Schwarzen. Derlei Initiativen brachten „Weiße auf Probe“ dazu, ihre politische Zugehörigkeit zu den Reichen zu kappen. Indem ein neuer Zusammenhalt mit denjenigen entstand, die auf der sozialen Leiter unter ihnen eingruppiert waren, konnten sie Arbeitsmarktreformen durchsetzen, die, in unterschiedlichem Ausmaß, der gesamten Arbeiterschaft zugutekamen.¹⁹

Derlei Zeichen der Solidarität treten heute erneut auf, wenn sich junge Weiße statt mit Trump als Vertreter der *white supremacy* mit Kandidaten wie Bernie Sanders identifizieren. Mag das Weißsein als Privileg in den USA auch tief verwurzelt sein, so ist seine Zukunft als politische Identität doch alles andere als gewiss.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

CHRISTOPHER VIALS

ist Professor für Amerikastudien an der University of Connecticut. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem soziale Bewegungen der politischen Rechten und Linken.

christopher.vials@uconn.edu

SPACE IS THE PLACE

Kursorischer Trip durch den Afrofuturismus

Christian Werthschulte

Am 22. November 1968 flog das Raumschiff *Enterprise* schon zwei Jahre und über 60 Folgen durch die unendlichen Weiten des Weltraums und ihr Kapitän James T. Kirk hatte auf seiner Reise schon einige Frauen geküsst. An diesem Tag war jedoch ein Brückenmitglied der *Enterprise* das Ziel seines ungebrochenen Machotums: Leutnant Uhura, die aus Afrika stammende Kommunikationsoffizierin. Der Kuss von Kirk und Uhura gilt als der erste Kuss eines weißen Amerikaners und einer schwarzen Amerikanerin in einer US-amerikanischen Fernsehserie, und es war naheliegend, dass er im Weltall stattfinden musste.⁰¹ Die Episode spielt im Jahr 2268 – weit genug entfernt, um bei den Zuschauern des Senders NBC keine Assoziation mit den zeitgleich stattfindenden Bürgerrechtskämpfen in den USA hervorzurufen. Die Serienmacher präsentierten ein Figurenkabinett, das in den mittleren 1960er Jahren utopisch gewirkt haben mag: Auf der *Enterprise* leisten Besatzungsmitglieder aus Russland, den USA, China und Afrika gemeinsam Dienst.

Aber Nichelle Nichols, die Darstellerin von Uhura, war unglücklich mit ihrer Rolle. Sie fand, dass Uhura eine Alibifigur darstellte. Schließlich war sie als Kommunikationsoffizierin nicht nur das rangniedrigste Mitglied auf der Brücke der *Enterprise*, sondern wurde auch noch in eine typisch weibliche Rolle gedrängt: das intergalaktische Äquivalent zur Chefsekretärin. Sie wollte hinschmeißen. Schließlich war es Martin Luther King Jr. persönlich, der Nichols davon überzeugte, an Bord der *Enterprise* zu bleiben: „Du veränderst die Ansichten von Menschen auf der gesamten Welt. Durch dich sehen wir zum ersten Mal, wie wir selbst sind: was wir sein könnten, wofür wir kämpfen und wofür wir auf die Straße gehen.“⁰²

Uhuras Anwesenheit auf der *Enterprise* erfüllte eine doppelte Funktion: Sie zeigte, dass der Rassismus der 1960er Jahre überwunden werden konnte, und sie repräsentierte einen alternativen Zukunftsentwurf. In der populären Science-Fiction, selbst in avancierten Romanen, gab es kaum afrikastäm-

mige Figuren. Und in den populärwissenschaftlichen Zukunftsszenarien aus fliegenden Autos und vollautomatisierten Küchen waren Afroamerikaner ebenfalls abwesend. Uhura verkörperte dagegen eine neue Selbstverständlichkeit: In der Zukunft werden schwarze Menschen einen Platz in der Kommandozentrale haben. Uhura ist damit vielleicht eine der populärsten Vertreterinnen des Afrofuturismus, einer Strömung in Film, Literatur, Kunst und Popmusik, die eine Zukunft imaginiert, in der schwarze Menschen einen gleichberechtigten Platz haben.

Etwa zeitgleich zum Kuss von Kirk und Uhura besuchte der Anthropologe John Szwed das Konzert eines Jazz-Ensembles am Swarthmore College in Pennsylvania: „In der Mitte saß ein rundlicher, mittelalter Mann mit unbeteiligtem Gesichtsausdruck in einem Cockpit aus Elektronik. Auf seinem Kopf trug er einen Hut, der ein Modell unseres Sonnensystems war. Er fingerte auf den Keyboards, die rund um ihn aufgestellt waren, herum, schließlich hämmerte er mit seinen Fäusten und Unterarmen auf sie ein. (...) Sun Ra war im Haus und in seinem Universum.“⁰³

Geboren wurde Sun Ra 1914 als Herman Poole Blount in Birmingham, Alabama. Nach dem Zweiten Weltkrieg transformierte er sich in Chicago in die Kunstfigur Sun Ra, ein Alien vom Saturn, das seinen Namen vom altägyptischen Sonnengott Ra entliehen hat. „Bei Sun Ra findet man eine Mythologie der Zukunft, die den Weltraum, elektronische Synthese, Ägyptologie, eine Form von Gemeinschaftlichkeit und eine queere Form des Zölibats vereint“, fasst der britisch-ghanaische Kulturtheoretiker Kodwo Eshun zusammen.

Auch in der „Motor City“ Detroit entfaltete Sun Ra seine Wirkung. George Clinton, Bandleader von Parliament Funkadelic, war ein großer Fan des Jazz-Musikers. Auch er begriff sich als Alien. Bei Live-Auftritten von Parliament wurde im Bühnenhintergrund ein UFO platziert. Auf dem Cover des Parliament-Albums „Mothership

Connection“ (1975) sieht man Clinton in der Eingangstür eines Raumschiffs – dabei bleibt unklar, ob er in das Raumschiff hineingezogen wird oder das Raumschiff wieder verlassen möchte.

Während Leutnant Uhura für eine Zukunft stand, in der schwarze Menschen die gleichen Rechte genießen können, stilisierten sich Sun Ra und George Clinton zum „Alien“, was im Englischen sowohl der „Außerirdische“ als auch der „Fremde“ ist: ein Identitätsentwurf, der die Verschleppung seiner Vorfahren während der Sklaverei in den Mittelpunkt stellt. In dieser Vorstellung wird das Raumschiff zu einer Metapher für die Sklavenschiffe und zum Ort neuer Möglichkeiten: Denn wenn schwarze Menschen Aliens auf dem Planeten USA sind, kann kaum Assimilierung von ihnen erwartet werden. Afrofuturismus wird so zu einem Feld, in dem der Status quo von Afroamerikanern neu verhandelt werden kann.

SUCHE NACH EINER SCHWARZEN ZUKUNFT

Afrofuturismus umfasst neben Musik auch Literatur, bildende Kunst, Comics, Film und Video sowie Computerspiele. Diese Kunstformen stehen sowohl miteinander im Austausch als auch mit der Kulturtheorie. Als verknüpfte Felder wurden diese erstmals 1992 in einem Essay von Mark Dery sichtbar, der den Begriff des „Afrofuturismus“ prägte: Dery fragte sich, warum in der Science-Fiction so wenige afroamerikanische Autoren und Autorinnen zu finden sind, obwohl das Genre samt seiner Entführungsgeschichten und Menschenexperimente sich gut dafür eigne, den „Science-Fiction-Albtraum“ afroamerikanischer Menschen zu illustrieren.⁰⁴ Fündig wurde er an den Rändern: in den Romanen des schwulen Autors Samuel Delaney, der sich in seinen Romanen sowohl mit der Intersektion von Ethnizität und Klasse als auch mit der AIDS-Krise beschäftigte; bei der Autorin Octavia Butler, die in ihren Werken antihierarchische, multiethnische Com-

munities zum Thema machte, oder beim Rapper Rammellzee, der bei seinen Liveauftritten eine Art Roboter-Schutzanzug trug.

Rückblickend bezeichnet Dery seinen Essay als Versuch, „manche der ungehörten Stimmen zu verbreiten, und – was genau so wichtig war – zu fragen, warum die elitäre, weiße, mit den großen Firmen kuschelnde Technologiekultur keinen Raum für Frauen und *people of color* bereitet.“⁰⁵ Seine Arbeit hatte somit den Charakter einer Gegenerzählung.

Die kalifornischen Tech-Zentren sind bis heute kein Ort, an dem sich die Vielfalt der USA abbildet. Dennoch ist Derys Text ein Kind seiner Zeit. Sein Fokus auf Technologie spiegelte die treibende Kraft hinter Techno und Hip-Hop wider, den zwei wichtigsten Ausdruckformen afroamerikanischer Popkultur der späten 1980er und 1990er Jahre: das Sampling. Mithilfe eines Samplers können kurze musikalische Phrasen digitalisiert und beliebig wiederverwendet werden. Die meisten Hip-Hop-Stücke dieser Zeit samplten Klassiker der afroamerikanischen Popmusik, unterwarfen diese Samples aber der rigiden Quantisierung digitaler Sequencer und steigerten so die maschinelle, posthumane Anmutung der Musik. „Im Hip-Hop zeigt sich ein gesteigertes Bewusstsein der hergestellten, designten und posthumanen Existenz von Afroamerikanern, das durch Comics und Science-Fiction gefördert wird“, schreibt Kodwo Eshun. „Afrikanische Aliens wurden von afrikanischen Sklavenhändlern entführt, (...) um als amerikanische Sklaven designet zu werden. (...) Wie der Roboter (...) wurde auch der Sklave nur hergestellt, um eine Funktion zu erfüllen: als Servomechanismus, als Transportsystem, als Möbelstück, als 3/5 eines Menschen, als ein bruchstückhaftes Subjekt. (...) Sklaven sind Aliens.“⁰⁶

In seinem Buch „More Brilliant than the Sun“ (1998) und als Mitwirkender in der Dokufiktion „The Last Angel of History“ (1996) theoretisiert Eshun Afrofuturismus als transnationales, afrodiasporisches Phänomen des „Schwarzen Atlantik“. Der Breakbeat wird zum Brückenschlag zwischen US-amerikanischem Funk und britischem Jungle. Er vereint Technoproduzenten in Detroit mit denjenigen, die in kleinen Heimstudios in London und Bristol Drum'n'Bass-Stücke

01 Der Kuss zwischen Kirk und Uhura war nicht der erste interethnische Kuss im US-amerikanischen Fernsehen, aber der erste zwischen einem weißen Mann und einer schwarzen Frau.

02 Zit. nach Ytasha L. Womack, Afrofuturism. The World of Black Sci-Fi and Fantasy Culture, Chicago 2013, S. 99.

03 John Szwed. Space is the Place. The Life and Times of Sun-Ra, New York 1997, S. xvi.

04 Mark Dery, Black to the Future, in: Mark Dery (Hrsg.), Flame Wars: The Discourse of Cyberculture, Durham 1994, S. 179f.

05 Ders., Black to the Future: Afrofuturism (3.0), 1.2.2016. www.fabrikzeitung.ch/black-to-the-future-afrofuturism-3-0.

06 Kodwo Eshun, More Brilliant than the Sun, London 1998, S. 112f.

programmieren. Zugleich bilden die konstitutiven Erzählungen afroamerikanischer Kultur die Grundlage für neue, afrofuturistische Science-Fiction: „The Last Angel of History“ nimmt den Mythos auf, dass der Gitarrist und Sänger Robert Johnson zu Beginn des 20. Jahrhunderts an einer Kreuzung dem Teufel seine Seele verkaufte. Im Gegenzug stattete der Teufel ihn mit der Fähigkeit aus, den Blues zu erfinden. So übernimmt der „Datendieb“ in „The Last Angel of History“ die Aufgabe, die verschiedenen Stränge afrofuturistischer Musik im späten 20. Jahrhundert zusammenzuführen. Gelingt ihm dies, erhält auch er – analog zu Robert Johnsons Blues – eine „geheime schwarze Technologie“.⁰⁷

MYTHEN UND MASCHINENWESEN

In Detroit arbeiteten in den 1990er Jahren die Technoproduzenten Gerald Donald und James Stinson im Umfeld des Technokollektivs Underground Resistance an ihrer eigenen Version afroamerikanischer Mythen. Als Drexciya produzierten sie reduzierte, klare Electro-Tracks, die mehr mit der sterilen Maschinen-Ästhetik der Düsseldorfer Band Kraftwerk als mit den Collagen von Hip-Hop gemeinsam haben. Im Mythos Drexciyas wurden Tausende schwangere Sklavinnen während der Sklavenverschleppung über die *middle passage* – der Sklavenhandelsroute zwischen Afrika und Amerika – als Ballast über Bord geworfen. Weil die Nachkommen der Sklavinnen aber im Meer geboren wurden, lernten sie, mit flüssigem Sauerstoff zu überleben und unter Wasser zu atmen. Dort gründeten sie eine Zivilisation: Drexciya.

Donald und Stinson bedienten sich nicht nur bei Platons Atlantis-Mythos, den sie für die afrodiasporische Erfahrung umschrieben, sondern auch bei der afrikanischen Mythologie. Die Drexciyaner sind von der afrikanischen Wassergöttin Mami Wata inspiriert, die als „Mutter des Wassers“ in der ägyptischen Mythologie die moralischen, sozialen und ökologischen Grundsätze der Gesellschaft festlegt. Mami Wata wird häufig als Frau mit langen Haaren dargestellt, deren Körper von Schlangen umflossen ist.⁰⁸

07 „Black Secret Technology“ ist der Name eines Albums des britischen Jungle-Produzenten A Guy Called Gerald aus dem Jahr 1995.

08 Vgl. Womack (Anm. 2), S. 86f.

2001 findet Mami Wata Eingang in den Mainstream: Im Video zu „We Need a Resolution“ präsentierte sich die R’n’B-Sängerin Aaliyah als von Schlangen umgebene Mami Wata. Die visuelle Referenz wird von den Beats des Produzenten Timbaland unterstützt. Timbaland arbeitet auch mit der Rapperin und Produzentin Missy Elliott zusammen. Missy Elliott bezieht sich in ihrem visuellen Image immer wieder auf afrofuturistische Künstlerinnen – etwa auf die Discosängerin Grace Jones, die in den 1980er Jahren bewusst gegen weibliche Zuschreibungen gearbeitet hat, indem sie sich zur roboterhaften Perfektionistin stilisierte. Im Gegensatz zu Aaliyah greift Missy Elliott jedoch nicht afrikanische Mythologien auf, sondern inszeniert sich im Video zu „Sock it 2 Me“ (1997) als Cyborg-Superheldin im Stil des Videospiels „Mega Man“.

Jenseits von Missy Elliott und Aaliyah blieb Afrofuturismus in den frühen Nullerjahren aber ein Nischenthema. Die Debatte um Afrofuturismus wurde vorwiegend auf dem Afrofuturismus-Listserv geführt, das von der Soziologin Alondra Nelson gegründet wurde. Diese Online-Community blieb jedoch von der größeren Öffentlichkeit unbeachtet. Dies änderte sich spätestens mit der R’n’B-Sängerin und Schauspielerin Janelle Monáe.

AFROFUTURISMUS IM MAINSTREAM

2008 veröffentlichte Janelle Monáe das Video zu ihrer Grammy-nominierten Single „Many Moons“. Sie präsentiert sich darin als „Cindi Mayweather“ – Prototyp der Androiden-Reihe „Alpha Platinum 9000“. Die Kulisse ist sowohl von Fritz Langs Film „Metropolis“ (1927) als auch vom Interieur des Studio 54 inspiriert. Monáe muss auf einem Podium ihre Gesangs- und Tanzqualitäten zur Schau stellen, um das Publikum zum Kauf eines Exemplars der „Alpha Platinum 9000“-Reihe zu animieren – die Science-Fiction-Variante einer Sklavenauktion.

„Mittlerweile ist es viel stärker anerkannt, dass es eine Zukunft gibt, in der schwarze Menschen – in welcher Form auch immer – existieren werden“, sagt Cornelius Harris, Labelmanager des Detroiter Technokollektivs Underground Resistance. „Das ist schon ein großer Schritt vorwärts, denn vorher haben wir dort nicht existiert.“ Selbst Star Wars, das größte Filmfranchise der Welt, hat seit „Episode VII – Das Erwachen der Macht“

(2015), eine schwarze Hauptfigur: den ehemaligen Stormtrooper Finn, gespielt von John Boyega.

Aktuelle Ableger zweier anderer Franchises der amerikanischen Unterhaltungsindustrie verdeutlichen, dass Afrofuturismus endgültig im Mainstream angekommen ist: In „Star Trek: Discovery“ ist die Hauptfigur Michael Burnham, eine schwarze Offizierin, die bei den Vulkaniern aufgewachsen ist und die nun auf dem Raumschiff Discovery ihren Dienst tut. „Star Trek: Discovery“ vertritt nicht mehr den offensiven Utopismus der Originalserie sowie des Nachfolgers „Star Trek: Die nächste Generation“, sondern zieht Parallelen zu gegenwärtigen politischen Fragen. Zwar stellt Michael Burnham aufgrund ihres Namens und ihrer Herkunft essenziellistische Vorstellungen von Geschlecht und Ethnizität infrage, gleichzeitig werden diese durch die Figurenkonstellation der Serie wieder affirmiert. Burnham ist vom Hass auf die Klingonen getrieben, die in der Serie die Erzfeinde der Discovery sind.⁹⁹ Die Figur des Aliens, des *Anderen* ist bei „Star Trek: Discovery“ also keine Metapher für afroamerikanische Subjekte, sondern wird im Kontrast zu diesen konstruiert.

Die zweite prominente Neuauflage ist die des Marvel-Comics „Black Panther“. Geschrieben wurden die Comics von Ta-Nehisi Coates. Coates, der durch sein Buch „Zwischen mir und der Welt“ (2015) zu einem wichtigen Autoren über Rassismus in den USA wurde, erzählt in den Comics die Geschichte von T’Challa, dem König von Wakanda. Das afrikanische Land Wakanda ist eines der wohlhabendsten der Welt, weil es den Rohstoff Vibranium entdeckt hat. In Coates’ Version wird es von einem Krieg mit den Nachbarstaaten sowie einer Rebellion im Inneren bedroht, woraufhin sich König T’Challa fragen muss, mit welchen Mitteln er die Einheit seines Königreichs bewahren will.

Wie in „Star Trek: Discovery“ ist die Zukunft in „Black Panther“ durch Realpolitik gekennzeichnet: „In Black Panther geht es nicht zuerst um Ethnizität, denn die Frage nach Ethnizität ist zuerst eine Frage nach der Macht“, sagt Ta-Nehisi Coates über seinen Comic. „Es geht darum, wie sich Menschen um die Macht gruppieren, wie sie

ausbeuten, wie sie die Macht benutzen. Das steht im Mittelpunkt des Comicbuchs.“¹⁰ „Black Panther“ zeichnet also eine Zukunft, in der sich Macht jenseits der Kategorien von Ethnizität abspielt. Afrikanische Mythologie wird in Coates’ Wakanda selten aufgegriffen, es dominieren die Ideen des europäischen Liberalismus. Coates verhalf der Figur Black Panther, die erstmals 1966 in einem Marvel-Comic aufgetreten ist, über das Comicpublikum hinaus zu Glaubwürdigkeit. Davon profitiert auch der Film „Black Panther“, der im Februar 2018 in die Kinos kam und in afroamerikanischen Communities begeistert gefeiert wird.

AFROFUTURISMUS UND POLITIK

Die neue Popularität afrofuturistischer Themen stößt jedoch auch auf Kritik: „Der Black-Panther-Film löst Glücksgefühle bei einer großen Masse an Menschen aus, die ansonsten einer konstanten Unterdrückung durch den Staat ausgesetzt sind“, sagt Ingrid LaFleur, Künstlerin aus Detroit. „Das mag alles aufregend sein, aber die Debatte darf nicht mit dem Hype um den Film enden. Ich will sichergehen, dass wir Zukunftsentwürfe haben, in denen schwarze Körper sicher sind und Schwarze ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen können.“ 2017 kandidierte sie als Bürgermeisterkandidatin – mit einem afrofuturistischen Programm. LaFleur setzte sich etwa für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, mit dessen Hilfe sie die Folgen der Arbeitsplatzverluste eindämmen wollte. Finanziert werden sollte dies mit einer afroamerikanischen Kryptowährung. „Wir haben diese lange Ahnenreihe an Afrofuturisten in Detroit. Heute sehen wir, dass Menschen an Problemlösungen mithilfe von Technologie arbeiten, die sie gerade zur Hand haben, damit unsere Communities widerstandsfähiger werden und wir die Probleme lösen, die die Regierung nicht löst“, meint LaFleur. Die Bevölkerung von Detroit ist zu fast 85 Prozent schwarz, rund ein Drittel lebt unterhalb der Armutsgrenze, es gibt Probleme bei der Versorgung mit Trinkwasser, aber auch mit Kommunikationstechnologien wie WLAN. Für LaFleur bedeutet Afrofuturismus daher zuerst eine Form von Community-Arbeit mit Technologie, so wie sie der Detroiter Musiker

⁹⁹ Die Klingonen sind in „Star Trek: Discovery“ als „das Andere“ der pluralistisch-liberalen Sternenflotte konstruiert. Manche Beobachter erkennen in den Klingonen Anspielungen auf islamischen Fundamentalismus, andere auf den Ethnopluralismus der Alt-Right und Neuen Rechten.

¹⁰ Zit. nach Dennis Young, Deadspin Interview: Ta-Nehisi Coates, 11.1.2018, www.deadspin.com/deadspin-interview-ta-nehisi-coates-1821996749.

Onyx Ashanti betreibt. Er hat sich mit dem 3-D-Drucker eine Art Skelett gedruckt, das er über seine Arme und Hände streift, um damit seine Musiksoftware zu steuern. Ashanti gibt Workshops zum Thema 3-D-Drucken und wohnt im armen Norden Detroits in einem sozialen Wohnprojekt.

Ashanti und LaFleur verkörpern damit einen Teil der Forderungen, die die Künstlerin Martine Syms 2013 in ihrem „Mundane Afrofuturist Manifesto“, dem Manifest des irdischen Afrofuturismus, aufstellte.¹¹ Syms weist den Weltraum als Metapher für die afroamerikanische Existenz zurück: „Die Erde ist alles, was wir haben, was stellen wir damit an?“, fragt sie und fordert einen neuen Fokus auf eine „schwarze Humanität“, die Wissenschaft, Technologie, Politik, Kultur und Religion umfasst. Schauplatz ihrer Literatur ist der Alltag und seine Rituale und Widersprüche.

In Philadelphia hingegen, der letzten Wirkungsstätte von Sun Ra, verbinden afrofuturistische Künstler und Künstlerinnen derzeit politische Graswurzelinitiativen mit Science-Fiction: Der afrofuturistische Elektronikproduzent King Britt etwa betreut junge Musiker in einem schwarzen Community-Projekt in North Philadelphia. Unter seinem Pseudonym „Fhloston Paradigm“ malt er sich die Zukunft in psychedelischen Texturen aus: „Mit Fhloston Paradigm will ich den rauen Straßen Philadelphias, auf denen ich aufgewachsen bin, eine Vision voller Liebe entgegensetzen“, erklärt King Britt. „Das Mittel dazu sind analoge Synthesizer.“ Es ist elektronische Weltflucht für eine Zeit, in der die Dystopie real geworden ist und fast schon unüberwindbar wirkt. „Scheiße – wie die Polizeigewalt – ist Alltag für Schwarze in Amerika. Eine Reaktion darauf ist, sich zu fragen, was das für die Zukunft bedeutet“, sagt er. „Und meine musikalische Antwort ist: Es wird kein Happy End geben, es wird einfach nur zu Ende gehen.“

RÜCKKEHR NACH AFRIKA

In Afrika selbst machen afrofuturistische Künstler seit einigen Jahren vermehrt klassische afrikanische Mythen zum Thema: „Der Afrofuturismus fragt heute, wie eine *afrikanische* Zukunft aussehen könnte“, erklärt Kodwo Eshun. „Hier zeigt sich ein Verlangen, das indigene, theoretische und

politische Wissen Afrikas neu zu erfinden.“ Die nigerianisch-amerikanische Autorin Nnedi Okorafor ist exemplarisch für diese Strömung. Nach dem Ausscheiden von Ta-Nehisi Coates ist sie die neue Autorin der Comicreihe „Black Panther“. In ihrem Roman „Lagoon“ (2014) bedient sie sich jedoch eines klassischen Hollywood-Themas: dem Erstkontakt mit einer außerirdischen Spezies – wobei sie die Handlung nach Nigeria verlegt. In ihrer Novelle „Binti“ verwandelt sie eine Coming-of-Age-Story in eine afrofuturistische Parabel.

Während Okorafor also hybride Erzählformen benutzt, um ihre nigerianisch-amerikanische Sozialisation auszudrücken, wird in anderen aus Afrika stammenden, afrofuturistischen Kunstwerken satirische Kritik an der angloamerikanischen Dominanz im Afrofuturismus geübt. Der Film „Crumbs“ (2015) des spanischen Regisseurs Miguel Llansó ist der erste afrofuturistische Film, der in Äthiopien gedreht wurde und in dem Amharisch gesprochen wird. Er spielt in einem post-apokalyptischen Afrika, in dem Santa Claus eine Art Gott ist und Artefakte der US-Kulturindustrie magische Kräfte zugesprochen bekommen: eine Figur der Ninja Turtles oder eine Kopie von Michael Jacksons Album „Dangerous“. Die Figuren des Films sammeln diese, um sie gegen Bargeld einzutauschen, aber der Tausch bleibt ungleich: Der Tand aus den USA ist in Afrika wertlos.

Seit der Bürgerrechtsbewegung diente der Afrofuturismus dazu, die Zukunft für schwarze Menschen neu zu verhandeln. Mittlerweile ist seine Formensprache zwar in den großen Kinofranchises angekommen, gleichzeitig inspiriert sie jedoch weiterhin Community-Aktivist*innen und Underground-Künstler*innen in den USA. In der Gegenwart, in der sich chinesische, europäische und amerikanische Technologiekonzerne daran machen, die Zukunft des afrikanischen Kontinents zu vermessen, werden afrofuturistische Motive in Afrika selbst zu einem Vehikel, um Identitäts- und Zukunftsentwürfe zu verhandeln. So kehrt die Zukunft schließlich über die Diaspora nach Afrika zurück.

CHRISTIAN WERTHSCHULTE

Christian Werthschulte ist Kultur- und Politikwissenschaftler und arbeitet als Autor und Redakteur unter anderem für die Tageszeitung, Stadtrevue und den WDR.

c.werthschulte@gmail.com

¹¹ Siehe <http://martinesyms.com/the-mundane-afrofuturist-manifesto>.

RASSENORDNUNG ALS MACHTORDNUNG

Diskriminierung im Bildungs- und Rechtssystem der USA

Astrid Franke

2018 blickt man zum 50. Mal auf das Jahr 1968 als „Höhepunkt einer transnationalen Revolte“ (Heinrich August Winkler) zurück. In diesem Kontext jährt sich auch der Jahrestag der Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King Jr. zum 50. Mal. King wurde am 4. April 1968 in Memphis erschossen, genau ein Jahr nachdem er sich in einer Rede in New York gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen und den Kampf gegen die Diskriminierung von Afroamerikanern in einen postkolonialen Kontext gestellt hatte – und kurz bevor er ihn mit einem erneuten Marsch nach Washington mit dem Kampf gegen Armut verknüpfen wollte.

Kings Werk kann 50 Jahre nach dem Attentat als unvollendet gelten, obwohl er und die Bürgerrechtsbewegung mit den Gesetzen gegen die Wahlrechtsdiskriminierung und die Segregation 1964 einen großen Erfolg verzeichnen konnten. Die Polizeigewalt gegen Afroamerikaner und zuletzt auch das selbstbewusste Auftreten offen rassistischer Gruppen in Charlottesville, Virginia, am 11. August 2017 haben gezeigt, dass sich in Amerika weniger verändert hat, als viele gehofft hatten – ein Zeitalter, in dem „Rasse“ keine Rolle mehr spielt, hat offensichtlich nicht begonnen. Damit muss es über den Zeitraum der 1960er Jahre und der sich daran anschließenden sozialen Revolten hinweg Kontinuitäten gegeben haben, die möglicherweise übersehen wurden. Dieses Phänomen wird in diesem Beitrag behandelt: die erstaunliche Stabilität des Verhältnisses von weißen und schwarzen Amerikanern, das über „Rasse“ gerechtfertigt wird.

Im Folgenden vertiefe ich zunächst den Befund der Kontinuität trotz scheinbar einschneidender Ereignisse kulturhistorisch und erläutere, warum man hier von der Kontinuität einer Machtordnung sprechen sollte und nicht von der Kontinuität des Rassismus. Anschließend be-

leuchte ich zwei gesellschaftliche Bereiche – das Bildungswesen und das Recht – näher, um zu zeigen, wie über ökonomische Ungleichheit die Rassenordnung als Machtordnung aufrechterhalten wird.

DOPPELTES BEWUSSTSEIN

In seinem Aufsatz „The Evolution of the Race Problem“ lieferte der afroamerikanische Soziologe W.E.B. Du Bois bereits 1909 eine Diagnose, die auch auf die heutigen Verhältnisse zutrifft.⁰¹ Du Bois befasste sich empirisch und theoretisch mit dem Konzept „Rasse“. Die Geschichte der Afroamerikaner seit der Abschaffung der Sklaverei ist ihm zufolge zugleich evolutionär und zyklisch: Ereignisse wie die Erlässe der Emanzipationserklärung 1863 und die Ratifizierung des 15. Zusatzartikels zur Verfassung der Vereinigten Staaten 1870, der den Ausschluss vom Wahlrecht aufgrund der Hautfarbe oder früherer Versklavung verbietet, hätten wiederholt grundlegende Veränderungen versprochen. Durch eine Reihe von Umständen – zum Beispiel dem Fehlen nachhaltiger föderaler Unterstützung der freigelassenen Sklaven, etwa durch eine Landreform – sei das Machtverhältnis zugunsten der weißen Bevölkerung jedoch weitgehend unangetastet geblieben.

Das mit solchen Prozessen verbundene Auf und Ab von Hoffnung und Enttäuschung ist auch in die afroamerikanische Literatur- und Kulturgeschichte eingegangen. Man findet es im Blues und explizit in den Blues-Gedichten von Langston Hughes zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie in seinem Langgedicht „Montage of a Dream Deferred“ (1951). Ein aktuelles Beispiel ist der Roman „John Henry Days“ von Colson Whitehead (2001): Über Variationen der Figur des afroamerikanischen Helden John Henry werden wieder-

holt ähnliche Situation im Zusammentreffen mit weißen US-Amerikanern vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart dargestellt, die für junge schwarze Männer fatale, oft tödliche Folgen haben. Die Figur der Wiederholung mit Variationen legt nahe, dass trotz – oder wegen – etlicher Veränderungen vieles gleich bleibt: Im Verhältnis der „Rassen“ in den USA gibt es offenbar „Invarianten“ und „Konstanten“, wie sie der französische Soziologe Pierre Bourdieu in „Die männliche Herrschaft“ 1998 auch für das Geschlechterverhältnis konstatierte.

Es ist irreführend zu glauben, es ginge hier primär um ein psychologisches Problem von hartnäckigen Vorurteilsstrukturen oder um individuelle diffamierende Handlungen und Äußerungen. Rassismus ist auch nicht die unglückliche Folge unterschiedlicher Hautpigmentierung oder Nasenformen – also letztlich biologischer Unterschiede, die unter dem Begriff „Rasse“ subsumiert werden. Tatsächlich ist „Rasse“ bereits eine rassistische Kategorie, nämlich die Rechtfertigung eines Unterdrückungsverhältnisses, die sich auf vermeintliche Unterschiede in der Biologie des menschlichen Körpers bezieht und diese um Zuschreibungen erweitert. Tatsächlich unterdrücken wir Menschen nicht, weil sie anders sind, sondern nennen sie anders, weil wir sie unterdrücken (können).⁰²

Durch eine Reihe komplexer psychosozialer Mechanismen können diese Zuschreibungen, wenn ein solches Unterdrückungsverhältnis lange genug besteht, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden: Durch die Internalisierung von Zuschreibungen können sich Mitglieder der unterdrückten Gruppe irgendwann so verhalten, wie man es von ihnen ständig erwartet – auch deshalb, weil es auf Dauer schwer ist, dem negativen Bild, das andere von einem haben, ein anderes positives Selbstbild entgegenzusetzen, also mit einem doppelten Bewusstsein zu leben. Du Bois hat dafür den Begriff „double consciousness“ (doppeltes Bewusstsein) geprägt, und auch dieses

Phänomen ist ein Topos der afroamerikanischen Literatur. Durch eine „*pars-pro-toto-Verzerrung*“ können für die Zuschreibungen auch immer Beispiele gefunden und auf die gesamte unterdrückte Gruppe angewendet werden.⁰³ Das liegt auch an einer Vertauschung von Ursache und Wirkung: Einer Gruppe wird der Zugang zu verschiedensten Tätigkeitsfeldern verweigert oder zumindest erschwert, dann wird ihnen eine Neigung zu den übrig gebliebenen Tätigkeiten nachgesagt, etwa der physischen Arbeit, dem Sport, dem Kreditwesen oder kriminellen Handeln.

Schließlich konstruiert lang anhaltende Unterdrückung die Gruppe, die sie postuliert: Wer eine spezifische historische Erfahrung von Diskriminierung teilt, versteht sich irgendwann als Gruppe, und die Solidarität, die hier entstehen kann, ist sowohl Selbstschutz als auch ein erster Schritt der Ermächtigung – aber auch dies wird wieder als Bestätigung der Postulierung einer Gruppe verstanden.

Den Soziologen Matthew Desmond und Mustafa Emirbayer zufolge wird „Rasse“ so zu einer „begründeten Fiktion“ – zugrunde aber liegt der „Rasse“ ein Machtverhältnis.⁰⁴ Deshalb ist es falsch, von der Langlebigkeit des Rassismus zu reden. Vielmehr muss die Beständigkeit einer ungerechten Machtordnung reflektiert werden, in diesem Fall der Rassenordnung (*racial order*), die in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen wirksam ist.

RASSENORDNUNG IN BILDUNG UND WIRTSCHAFT

Die Erfahrungen von Unterdrückung und Widerstand, von wiederholten Versprechen, Hoffnungen und Enttäuschungen, von gespaltenem Bewusstsein und der Formierung kollektiven Widerstands sind nicht nur tief in die afroamerikanische Literatur eingeschrieben, die somit von der Rassenordnung Zeugnis ablegt. Literatur kann diese auch an vielen Stellen reproduzieren: Die Literaturkritik, der Literaturunterricht, die Literaturtheorie und die Literaturwissenschaft überhaupt waren sicher und sind möglicherweise immer noch Komplizen in der Aufrechterhaltung dieser Ordnung.

01 W.E.B. Du Bois, The Evolution of the Race Problem, in: National Negro Conference (Hrsg.), Proceedings of the National Negro Conference, New York 1909, S. 142–158.

02 Vgl. hier und im Folgenden Norbert Elias/John L. Scotson, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M. 2002, S. 27. Ich widerspreche mit Elias der geläufigen Auffassung, dass sich Menschen über andere erheben, „weil diese irgendwie anders sind“. Dies wurde von Laura Cwiertnia et al. in Bezug auf den Antisemitismus behauptet, Wie antisemitisch ist Deutschland?, in: Die Zeit, 1. 2. 2018, S. 14.

03 Elias/Scotson (Anm. 2), S. 13.

04 Matthew Desmond/Mustafa Emirbayer, What is Racial Domination?, in: Du Bois Review 2/2009, S. 335–355, hier S. 339.

Diese unbequeme Einsicht existiert schon lange, aber erst in den 1960er Jahren hat sie zu massiven Veränderungen an US-amerikanischen Universitäten geführt: zur Revision des Literaturkanons, zur Einrichtung neuer Studiengänge und neuer Departments, zur statistischen Erfassung der Zusammensetzung der Studentenschaft, zur aktiven Rekrutierung afroamerikanischer Studenten und Dozenten. Gleichwohl hat dies nicht zu einer gleichen und gerechten Verteilung der Ressource Bildung geführt: Unter Studierenden sind Afroamerikaner wie auch Hispanics gemessen am Bevölkerungsanteil in der entsprechenden Altersgruppe weiterhin unterrepräsentiert. Die Entwicklung der Studierendenzahlen verdeutlicht, dass *affirmative action* zwar den Anteil dieser Minderheiten steigern, aber die Kluft nicht schließen kann.⁰⁵

Die fortlebende Unterrepräsentation deutet darauf hin, dass ihre Ursachen nicht allein in den Quotenregelungen der Universitäten zu suchen sind, sondern tiefer liegen: im Bildungssystem insgesamt, in der Verteilung von Wohlstand und Armut, in den Bildungsambitionen einzelner Familien und in der Geschichte all dieser Faktoren. Um dieses Zusammenspiel in aller Kürze darzulegen: Qualität und Ausstattung selbst staatlicher Kindergärten und Grundschulen sind in den USA stark standortabhängig, nämlich vom Wohlstand des Schulbezirkes. Familien, die Wert auf gute oder auch nur gewaltfreie Bildungseinrichtungen legen, werden ihren Wohnort entsprechend wählen, wenn sie sich dies leisten können. Der Sozialwissenschaftler Thomas Shapiro zeigte, dass die Einkommensdiskrepanz zwischen schwarzen und weißen Amerikanern seit den 1960er Jahren zwar gesunken, die Schere bei Kapital und Vermögen sowie Immobilieneigentum jedoch gewachsen ist.⁰⁶ Dies hat vor allem damit zu tun, dass weiße Arbeitnehmer vom Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit sehr viel stärker profitierten als Afroamerikaner und dass dieser Vorteil immer weiter vererbt wird. Viele weiße Familien nutzen ererbtes Vermögen oder Hauseigentum

für Entscheidungen, die letztlich die Segregation von Wohngebieten und Bildungseinrichtungen fortführen und ihren Kindern Chancen geben, die Kinder aus schwarzen Familien mit demselben Einkommen nicht haben: Die Unterschiede im Vermögen verstärken die soziale Ungleichheit zwischen schwarzen und weißen Familien und erhalten so die Rassenordnung aufrecht. Maßnahmen wie *affirmative action* ändern nichts an der Ungleichheit der Chancen, diese sind das Resultat historischer Ungleichheit, die von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird.

Offenbar wohnt der Rassenordnung als Machtordnung eine Trägheit inne, die vergangene Benachteiligung in der Gegenwart weiterleben lässt – und zwar trotz der Versuche, in der Gegenwart Ungleichheiten zu verringern. Zugespitzt: Selbst wenn es möglich wäre, eine Reset-Taste zu drücken und eine historisch lang anhaltende systematische Ungleichheit im Verhältnis zweier Gruppen heute auf Null zu stellen, so würde es morgen immer noch systematische Ungleichheiten geben. Diese Trägheit der Ordnung findet ihre Entsprechung in der Trägheit der Einstellungen und Wahrnehmungsdiskpositionen einzelner Menschen und Gruppen. Pierre Bourdieu spricht hier von der „Hysteresis“ des Habitus, der die Vergangenheit in der Gegenwart weiterleben lässt.⁰⁷ Er hat dieses Phänomen zuerst in einem postkolonialen Kontext untersucht, was wie die Hinweise auf die Geschlechterordnung darauf hindeutet, dass wir es mit zum Teil verallgemeinerbaren Beobachtungen über ungerechte Ordnungen zu tun haben.

Festzuhalten ist auch, dass die Stabilisierung durch das Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Bereiche geschieht, in die Ungleichheiten in jeweils bereichsspezifischen Weisen eingeschrieben sind. In dem geschilderten Beispiel der Bildung ist es der rechtliche Rahmen von Privateigentum, der über wirtschaftliches Handeln von Familien zum Erhalt der Rassenordnung beiträgt, obwohl die Gesetze zu *affirmative action* sie gleichzeitig abschwächen sollen. Weil Gesetze und ihre Umsetzungen viele soziale Beziehungen regeln, spielt das Rechtssystem in Hinblick auf die Rassenordnung eine besondere Rolle. Je unabhängiger es ist, desto mehr Möglichkeiten bietet es zur Gegenwehr.

05 Vgl. Jeremy Ashkenas/Haeyoun Park/Adam Pearce, Even With Affirmative Action, Blacks and Hispanics Are More Underrepresented at Top Colleges Than 35 Years Ago, 24.8.2017, www.nytimes.com/interactive/2017/08/24/us/affirmative-action.html. *Affirmative action* bezeichnet die gezielte Bevorteilung von sozialen Gruppen, um gesellschaftliche Benachteiligung zu kompensieren.

06 Vgl. Thomas M. Shapiro, *The Hidden Cost of Being African American: How Wealth Perpetuates Inequality*, Oxford 2004, S. 1–18.

07 Pierre Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 168 und S. 183.

KOMPLIZENSCHAFT DES RECHTS MIT DER RASSENORDNUNG

Bereits um die Jahrhundertwende hatte die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) damit begonnen, über das Rechtssystem gegen die Rassenordnung zu kämpfen. Unterstützt durch die Mobilisierung einer schwarzen Mittelschicht und vieler sich solidarischer weißer Amerikaner war diese Strategie in der Nachkriegszeit auch erfolgreich: Über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren – zwischen 1954, dem Jahr, in dem der Oberste Gerichtshof entschied, dass die Segregation von Schulen nicht verfassungsgemäß ist, und der Verabschiedung des Civil Rights Act 1964 – wurde der Segregation im öffentlichen Raum die rechtliche Grundlage entzogen. Gleichzeitig engagierte sich die NAACP auch gegen das Rechtssystem – etwa gegen die Praxis, die Verdächtigen in Lynchmorden vor lokale Gerichte zu stellen, wo sie in der Regel freigesprochen wurden. Die NAACP forderte vergeblich, den Lynchmord stattdessen als Fall für höher geordnete Gerichte anzusehen. Somit kann das Recht, also die geschriebenen Gesetze und ihre Umsetzung, sowohl der Affirmation der Rassenordnung dienen als auch als Mittel zu ihrer Bekämpfung.

Es ist vor allem die Komplizenschaft des Rechtssystems – sowohl im engeren Sinne der Gerichtsbarkeit als auch im weiteren Sinne unter Einschluss von Polizei und Gefängnissen –, die immer wieder in den Blick einer breiten Öffentlichkeit gerät: Amnesty International etwa wies 2003 anlässlich der 300. Hinrichtung eines Afroamerikaners seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1977 darauf hin, dass Schwarze überproportional häufig zum Tode verurteilt werden. Zwischen 1977 und 2003 wurden in den USA etwa eine halbe Million Menschen Opfer eines Mordes – zu fast gleichen Teilen handelte es sich um schwarze und weiße Amerikaner. Dennoch waren 80 Prozent der Hingerichteten wegen eines Mordes an Weißen verurteilt worden.⁰⁸

Die Rechtswissenschaftlerin Michelle Alexander erregte 2010 mit dem Buch „The New Jim Crow“ Aufsehen: Alexander sieht im *war on drugs* ein Bündel an Maßnahmen, mit denen über

das Strafrecht vor allem junge afroamerikanische Männer unter rigide soziale Kontrolle durch die Polizei und ins Gefängnis gebracht werden.⁰⁹ Sie sieht die Masseninhaftierung von Afroamerikanern in einer funktionalen Analogie zur Sklaverei, in denen eine rigide Kontrolle der Afroamerikaner über ihre rechtliche Definition als Eigentum ermöglicht wurde, wie auch in Analogie zur „alten“ Jim-Crow-Ära, also der Zeit, in der die Segregation durch Gesetze festgelegt war.¹⁰ Ein Unterschied zu dieser Zeit besteht allerdings darin, dass damals Einkommen und sozialer Status keine Rolle spielten, weil die Kategorisierung „Colored“ alles dominierte. Heute dagegen spielen diese Faktoren eine Rolle, weil Familien mit höherem Einkommen sich, etwa über den Wohnort, der Wahrscheinlichkeit in Polizeikontrollen oder kriminelle Auseinandersetzungen verwickelt zu werden, stärker entziehen können, als dies Bewohner der Ghettos amerikanischer Innenstädte können. Dennoch: Der Anteil von Afroamerikanern an der ohnehin in der westlichen Welt ungewöhnlich hohen Gefängnispopulation ist ein weiteres klares Indiz für das Wirken der Rassenordnung in das Rechtssystem hinein. 2009 machten Afroamerikaner 39,4 Prozent der Gefangenenpopulation in den USA aus.¹¹ Signifikant sind diese Zahlen auch deshalb, weil in fast allen Bundesstaaten der USA strafrechtlich verurteilte Gefängnisinsassen das Wahlrecht verlieren, was entsprechend wieder überproportional viele Afroamerikaner trifft.

Es überrascht nicht, dass eine wichtige neue soziale Bewegung, die gegen die Rassenordnung und das damit verbundene Unrecht mobilisiert, Black Lives Matter, aus der Reaktion auf ein Gerichtsurteil entsprungen ist, nämlich dem Freispruch für den Nachbarschaftswächter George Zimmerman, der im Februar 2012 den Jugendlichen Trayvon Martin erschossen hatte.¹² Der Eindruck, dass schwarze Leben weniger zählen, wurde im August 2014 durch den Tod Michael

⁰⁹ Michelle Alexander, *The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Colorblindness*, New York 2010.

¹⁰ Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Hochgeschwender in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

¹¹ Vgl. Katharina Motyl, *Der War on Drugs. Die Hyperinhaftierung sozial schwacher Amerikaner und Perspektive der Strafrechtsreform*, in: Michael Butter/Astrid Franke/Horst Tonn (Hrsg.), *Von Selma bis Ferguson. Rasse und Rassismus in den USA*, Bielefeld 2016, S. 191–214, hier S. 191 f.

¹² Vgl. Nicole Hirschfelder, *#BlackLivesMatter: Protest und Widerstand heute*, in: Butter/Franke/Tonn (Anm. 11), S. 231–260.

⁰⁸ Amnesty International, *United States of America. Death by Discrimination – the Continuing Role of Race in Capital Cases*, 23.4. 2003, www.amnesty.org/en/documents/AMR51/046/2003/en.

Browns in Ferguson bestärkt – ein weiterer junger schwarzer Mann, der in diesem Fall von einem Polizisten erschossen wurde, der wiederum freigesprochen wurde. Zu den vielen ähnlichen Fällen gehört auch der von Freddie Grey, der im April 2015 nach einer Verhaftung gefesselt in einem Polizeiwagen abtransportiert wurde und sich auf der Fahrt so schwere Rückenverletzungen zuzog, dass er eine Woche später an den Folgen starb. Der Fall ist auch deshalb bemerkenswert, weil nicht nur das Opfer, sondern auch ein freigesprochener Polizist, die anklagende Staatsanwältin und der urteilende Richter Afroamerikaner waren. Die Verstrickungen der Rassenordnung mit dem Rechtssystem ist so komplex, dass systemisches Unrecht oft nicht direkt aus dem individuellen Handeln Einzelner herausgelesen werden kann. Zur Annäherung an die Komplexität der Verstrickungen eignet sich ein literarisches Werk aus den 1960er Jahren.

SYSTEMISCHES UNRECHT IM STRAFRECHT

1960 erschien in den USA Harper Lees Roman „Wer die Nachtigall stört“. Die Handlung spielt im US-amerikanischen Süden der 1930er Jahre, in dem ein weißer Anwalt sein Leben riskiert, um einen schwarzen Mann, zu verteidigen, der eine weiße Frau vergewaltigt haben soll. Lange Zeit wurde der Roman als Darstellung eines vorbildhaften Rechtsanwaltes gelesen. Heute stören sich viele an der Idealisierung des weißen Mannes und der Passivität der schwarzen Charaktere. Man kann den Roman aber auch als Beispiel lesen für die Stabilität der Rassenordnung und für das Scheitern einer weißen Elite, die dem Mann ein gerechtes Verfahren gewähren will: Zwar kann diese Elite ein Verfahren erkämpfen und zunächst verhindern, dass der Beschuldigte, Tom Robinson, gelyncht wird. In diesem aber spricht die weiße Jury allen Indizien zum Trotz den Angeklagten schuldig: Er kommt ins Gefängnis und wird dann bei einem Fluchtversuch erschossen. Die Anzahl der Kugeln, von denen Robinson durchlöchert wird, deutet an, dass doch eine Art Lynchmord mit legalen Mitteln stattgefunden hat. Damit beleuchtet der Roman die Verstrickungen von Recht und Rassenordnung sowohl außerhalb als auch innerhalb des Gerichtssaals, nämlich anhand des (historisch älteren) Lynchmordes und des (jüngeren) Strafrechtsverfahrens.

Der Lynchmord an Afroamerikanern nach der Abschaffung der Sklaverei war Teil des Terrors, der Schwarze von Positionen der Macht fernhalten und sie davon abbringen sollte, ihre Rechte einzuklagen. Über den Zeitraum von 1890 bis etwa 1930 sank die Anzahl von Lynchmorden an Afroamerikanern fast proportional zum Anstieg an ihren legalen Exekutionen, und zwar sowohl auf gesamt- als auch auf einzelstaatlicher Ebene. Dieses Phänomen bildet einen argumentativen Baustein für die These, dass die Todesstrafe in den USA im Grunde die Fortsetzung des Lynchmordes mit legalen Mitteln ist.¹³ Schließlich kann man historisch (1920er und 1930er Jahre) einen Übergang von offenen Lynchmorden zu verdeckteren Formen rekonstruieren, in denen zunächst kurze Schauprozesse und dann öffentliche Exekutionen durchgeführt werden.

In „Wer die Nachtigall stört“ gibt es einen entscheidenden Dialog zwischen Atticus Finch und seiner Tochter: Der Rechtsanwalt legt nahe, dass es die weiße männliche Jury war, die ihre Ressentiments unzulässigerweise ins Spiel gebracht hatte. Eine solche Diagnose ist vorhersehbar nicht nur, weil sie so plausibel ist, sondern auch weil die Jurymitglieder als Laien das schwächste Element in dem ansonsten von ausgebildeten Juristen dominierten Gerichtsverfahren sind. Laien kann man am leichtesten die Schuld zuschieben. Richter und Staatsanwälte hingegen sind im Roman von der Kritik am Gerichtsverfahren noch ausgeschlossen.

Darin äußert sich eine auf schrittweise Verbesserung setzende Haltung, die die tiefe Verstrickung der scheinbar unabhängigen Experten in die Rassenordnung verkennt. Symbolisch zentral sind die Richter. An ihnen hängt die Fiktion einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, in der Menschen mit Robe quasi entkörperlichte Wesen sind: Ihrer Sozialisation und allem, was sie zu Menschen macht, enthoben, sollen sie zu Repräsentanten des Gesetzes werden. Tatsächlich sind es in den Südstaaten häufig die Richter, die sich bei der Entscheidung über das Strafmaß – oft auch gegen die Empfehlung der Jury – für die Todesstrafe aussprechen.¹⁴ Während man bei Jurymitgliedern durchaus den Verdacht der Voreingenommenheit

¹³ Vgl. Manfred Berg, *Popular Justice. A History of Lynching in America*, Chicago 2011.

¹⁴ Vgl. Carol S. Steiker, *Things Fall Apart, But the Center Holds. The Supreme Court and the Death Penalty*, in: *New York University Law Review* 77/2002, S. 1475–1490.

haben kann und sie entsprechend genau befragt und belehrt, ist dies bei Richtern anders: Obwohl auch Richter in eine Machtordnung hineinsozialisiert worden sind und sich in der Regel der entsprechenden Haltungen und Einstellungen kaum bewusst sind, gilt die Fiktion ihrer Unvoreingenommenheit oft als notwendig für das Funktionieren der Justiz. So schrieb, bezogen auf den Fall eines französischen Gerichtspräsidenten, der seine Befangenheit in einem Verfahren um sexuelle Belästigung zugab, der Philosoph und Soziologe François Ewald: „Wie sähe eine Justiz aus, in der die Parteien ihre Richter auswählen könnten, abhängig davon, wie sie deren Urteile einschätzten, deren Geschlecht, Hautfarbe, soziale Herkunft oder andere Eigenschaften?“ Er beantwortete seine rhetorische Frage mit der Dystopie eines „ewigen Krieges“.¹⁵ Folglich fällt es schwer, für eine proportionale Repräsentation schwarzer Richter im Rechtssystem der USA oder analog für die Repräsentation von Minderheiten auf Schlüsselpositionen im Rechtssystem zu argumentieren.

Eine solche Schlüsselposition in US-amerikanischen Strafverfahren kommt den Staatsanwälten zu. Sie können etwa Menschen von der Liste der Juroren streichen – wenngleich der Oberste Gerichtshof 1986 entschied, dass es nicht verfassungsgemäß ist, eine identifizierbare Menschengruppe systematisch von der Jury auszuschließen. Staatsanwälte entscheiden über die Art der Anklage und führen vor Beginn des eigentlichen Verfahrens eine Reihe von Gesprächen hinter verschlossenen Türen, in denen sie dem Angeklagten verschiedene Optionen eröffnen können, aber nicht müssen, darunter etwa den Verzicht auf ein Verfahren vor einer Jury, ein Schuldgeständnis gegen verringertes Strafmaß. Da etwa 95 Prozent der Strafverfahren über Schuldgeständnisse abgeschlossen werden, haben die Staatsanwälte eine außergewöhnliche Macht – zumal sie bei ihren Verhandlungen niemandem Rechenschaft schuldig sind und ihre Entscheidungen kaum transparent machen müssen.¹⁶

Auch bei der Todesstrafe sind die Staatsanwälte ganz entscheidend: In den USA gibt es 16 Bezirke, in denen seit 2010 fünf oder mehr Menschen zum Tode verurteilt wurden. Diese Bezir-

ke zeichnen sich durch aggressive Staatsanwälte und überforderte Pflichtverteidiger aus – für Angeklagte, die sich keinen Anwalt leisten können, eine fatale Kombination. Hinzu kommt in einigen Bezirken eine Geschichte von Rassismus und Ausgrenzung,¹⁷ die über komplizierte Mechanismen in die Konstellation von Staatsanwalt und Pflichtverteidiger hineinwirkt. Im Gegensatz zum Amt des Richters nämlich, ist das des Staatsanwaltes in den USA politisiert: In den allermeisten Bezirken werden die Staatsanwälte lokal gewählt oder müssen zumindest durch eine Wahl in ihrem Amt bestätigt werden. Um einen Wahlkampf zu führen, braucht man Geld, und wie anderswo in Amerika auch investieren Lobbyorganisationen gezielt in solche Wahlkämpfe: Hier kann man mit relativ wenig Geld relativ nachhaltig Politik gestalten. So trifft die Relevanz von „Rasse“ für die Wahrscheinlichkeit, vor Gericht gerecht behandelt zu werden, auf die offene Politisierung und Ökonomisierung der Gerichtsbarkeit.

SCHLUSS

Die Rassenordnung ist mit leichten, aber nicht unwichtigen Modifizierungen erhalten geblieben: Mit hohem Einkommen und Vermögen können sich heute auch Afroamerikaner Bildung und Gerechtigkeit leisten. Tatsächlich gibt es, stärker noch als vor 50 Jahren, eine schwarze Elite an Ärzten, Wissenschaftlern, Juristen, Geschäftsleuten, Sportlern, Politikern oder Schauspielern, die mit den Ghettos der Innenstädte, mit Gewalt, schlecht ausgestatteten Schulen oder gar Drogen und Beschaffungskriminalität kaum in Berührung kommen. Wenn sie sich nicht aus Überzeugung dennoch gegen Armut und Diskriminierung engagieren, bedeutet eine solche Differenzierung in der Erfahrung von Afroamerikanern auch eine Spaltung der Gruppe der Unterdrückten und dies wiederum einen relativen Machtverlust. Zu kompensieren wäre er allenfalls durch eine Solidarisierung von armen Menschen über die Grenzen der Rassenordnung hinweg, was unwahrscheinlich ist: Die historische Erfahrung ist ja gerade umgekehrt die Spaltung von ökonomisch Benachteiligten durch die Rassenordnung.

¹⁵ François Ewald, *Justitia ist keine Frau*, 11. 1. 2018, www.nzz.ch/feuilleton/das-geschlecht-der-richter-ld.1346025.

¹⁶ Vgl. Angela J. Davis, *Arbitrary Justice. The Power of the American Prosecutor*, Oxford 2007.

¹⁷ Vgl. Emily Bazelon, *Where the Death Penalty Still Lives*, 23. 8. 2016, www.nytimes.com/2016/08/28/magazine/where-the-death-penalty-still-lives.html.

So verdeutlicht die Langlebigkeit dieser ungerechten Ordnung, dass Stabilität und Wandel, verstanden als gerichtete Veränderungen, nicht notwendig Gegensätze sind.

Die Rassenordnung reproduziert sich auch durch Wandel. Die vielen Reformen, zum Beispiel die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung, sind sicher Verbesserungen, aber sie ließen die darunterliegende Machtordnung weitgehend unangetastet: Sie kleideten sie in ein neues, feineres Gewand – nicht so hässlich wie das des 19. Jahrhunderts mit seinen Lynchmorden oder das der 1950er Jahre, in denen Diskriminierung noch explizit in Gesetzen festgeschrieben war. Nachhaltig zu erschüttern wäre die Machtordnung nur

durch tiefgreifende Veränderungen und Umverteilungen: nicht nur im Rechts- und Bildungswesen, sondern in den ökonomischen Bedingungen, die ihnen zugrunde liegen. Dies war der Grund, warum Martin Luther King 1968 erneut nach Washington marschieren wollte.

ASTRID FRANKE

ist Professorin für Amerikanistik an der Eberhard Karls Universität Tübingen und im Sonderforschungsbereich 923 „Bedrohte Ordnungen“ Leiterin eines Projektes zu Rassenbeziehungen in den USA. astrid.franke@uni-tuebingen.de

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf www.bpb.de/apuz





AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Call for Papers

ZUM THEMA „INSELN“

„No man is an island“, schrieb der englische Schriftsteller John Donne im frühen 17. Jahrhundert. Damals wie heute enthält der Satz ein Wortspiel, übersetzbar mit: Kein Mensch ist ein Ich-Land. Die Botschaft: Alleine, ohne Gesellschaft, kann kein Mensch bestehen – auch wenn er sich manchmal einsam und unverstanden fühlt. Das Gleiche gilt für Länder und Nationen: Kein Staat, nicht einmal der abgelegenste Inselstaat, kann seinen regionalen und globalen Kontext ausblenden – Verflechtung und Globalisierung schreiten voran. Die Versuchung, sich abzuschotten, bleibt, für Staaten wie für Menschen.

Der Begriff „Insel“ ist heute eine Chiffre für viel mehr als „von Wasser umgebenes Land“: Inseln sind Sehnsuchtsorte des globalen Tourismus' und stehen fernab des Alltags für Erholung und Robinson-Crusoe-gleiche Abenteuer. Inseln sind (literarische) Orte der Utopie und Dystopie. Inseln sind, spätestens seit sie in der Frühen Neuzeit zu Stützpunkten auf dem Weg in die „Neue Welt“ wurden, Orte des Neubeginns und der Exotik: Dank ihrer Abgeschiedenheit existieren dort etwa einmalige Flora und Fauna oder außergewöhnliche Sprachen, Kulturen und Bräuche. Doch ihre Erkundung schlug allzu oft in koloniale Eroberung und Ausbeutung, gar Unterdrückung um; die Einzigartigkeit wird heute zusätzlich durch Erderhitzung und steigende Meeresspiegel bedroht.

Diese Vielfalt und gleichzeitig die Unschärfe des Inselbegriffes ist es wohl, die die Insel als Ort und Metapher bis heute interessant macht, und ihr widmet sich die Ausgabe 32–33/2018 von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ). Dafür suchen wir wissenschaftliche Beiträge (bis zu 26 000 Zeichen inkl. Fußnoten), die sich aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven mit dem Thema „Inseln“ in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen.

Exposés mit einem Umfang von höchstens 4000 Zeichen können bis zum 30. April 2018 per E-Mail an apuz@bpb.de eingereicht werden. Aus den Exposés sollen die zugrunde liegenden Leitfragen, die Struktur des Beitrags und die Vorgehensweise der Autor_innen klar hervorgehen. Bitte fügen Sie auch einen Kurzlebenslauf bei.

Die Auswahl aus den Exposés wird von der APuZ-Redaktion vorgenommen. Kriterien sind Wissenschaftlichkeit, Originalität und politische Relevanz. Die Autor_innen haben anschließend bis Ende Juni 2018 Zeit, ihre Beiträge zu schreiben. Diese werden in der Print- wie auch in der Online-Ausgabe der APuZ veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung
Redaktion „Aus Politik und Zeitgeschichte“
Adenauerallee 86
53113 Bonn

apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/apuz_bpb

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. März 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
Tanja Benker (Praktikantin)
Jonas Geweke (Praktikant)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
13-14/2018, 26. März 2018
POLITISCHE
BILDUNG



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz